

Studien Nr. 1

Ronny Heidenreich
Die Organisation Gehlen
und der Volksaufstand
am 17. Juni 1953

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte des
Bundesnachrichtendienstes 1945-1968

Herausgegeben von
Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke,
Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller

Inhalt

Einleitung	4
1. Die Krise in der DDR in der Berichterstattung der Organisation Gehlen	14
2. Informationsbeschaffung während des Volksaufstandes	24
3. Interpretationen und Erkenntnisse	41
3.1. Interpretationen: Inszenierter Aufstand	42
3.2. Erkenntnisse über den Aufstand	51
4. Manöverkritik	58
5. Zur Frage einer Beteiligung an den Unruhen	70
Schlussbemerkung	81

Einleitung

Seit dem frühen Morgen des 17. Juni 1953 demonstrierten zehntausende Menschen in den Straßen Ostberlins. Binnen weniger Stunden entlud sich der in den zurückliegenden Jahren aufgestaute Unmut in einem landesweiten spontanen Volksaufstand gegen das SED-Regime. Zur gleichen Zeit fuhr der Agent¹ der Organisation Gehlen V-3543 zu einem planmäßigen Treff nach Westberlin, um sich als Funker ausbilden zu lassen. Gegen Mittag begleitete ihn sein Instrukteur bis an die Sektorengrenze. Im Ostteil der Stadt waren inzwischen sowjetische Panzer aufgefahren, welche die Erhebung gewaltsam niederschlugen. V-3543 erwischte noch die letzte Bahn nach Ostberlin, bevor mit Verhängung des Ausnahmezustandes die Grenzen geschlossen wurden. Als sich die beiden am U-Bahnhof Gleisdreieck trennten, waren über dem nahe gelegenen Potsdamer Platz Rauchfahnen zu sehen, in den Straßen Schüsse zu hören. Neugierig geworden, begab sich der Ausbilder für einige Stunden an den Ort des Geschehens und kehrte am frühen Abend in seine Westberliner Wohnung zurück. Fünf Tage später lag sein Bericht in Pullach vor: Nicht ohne Anerkennung schilderte er ausführlich das Vorgehen der sowjetischen Truppen und der ostdeutschen Polizei gegen die aufgebrachte Menschenmenge.²

Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes sicherte dem SED-Regime das Überleben. Die desavouierte DDR-Führung beschuldigte noch am 17. Juni westliche Dienste, so auch die Organisation Gehlen, die Erhebung herbeigeführt zu haben.³ Reinhard Gehlen, Leiter des nach ihm benannten Geheimdienstes und später erster Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), wehrte sich in seinen Memoiren gegen diesen Vorwurf. Gleichzeitig ließ

¹ Unter Agenten werden im Folgenden Quellen der Organisation Gehlen verstanden, die intern als V-Männer bezeichnet wurden. Das in der Zentrale und in den Außenstellen hauptamtlich beschäftigte Personal wird als Mitarbeiter bezeichnet.

² E/N (Bezirksvertretung E) an Zentrale, Meldung Ereignisse in Ostberlin, 21.06.1953, S. 1–3, Bundesarchiv (BArch) B 206/934, Blatt 110–112.

³ Stellvertretend: Albert Charisius und Julius Mader: Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin (Ost) 1978, S. 527–532; Heinz Felde: Im Dienste des Gegners, 10 Jahre Moskaus Mann im BND, Hamburg 1986, S. 164–167.

er durchblicken, die Diffamierungskampagne sei ein indirekter Beweis für die Schlagkraft seiner Organisation.⁴ Andere Autoren, die sich mit der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes beschäftigten, griffen diesen Aspekt bei der Darstellung des 17. Juni auf. Die Spiegel-Journalisten Hermann Zolling und Heinz Höhne schilderten erstmals in ihrer 1971 erschienenen Artikelserie „Pullach intern“, wie der überraschende Volksaufstand den größten nachrichtendienstlichen Coup des BND verhinderte: Mit Hermann Kastner sollte ein Agent der Organisation Gehlen auf Betreiben des damaligen sowjetischen Hochkommissars in Ostberlin, Wladimir Semjonow, Ministerpräsident der DDR werden und die SED-Führung um Walter Ulbricht ablösen.⁵ Nach dem Fall der Berliner Mauer wurden solche Geschichten mit neuen Aspekten angereichert. Im Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit fanden sich einzelne Originaldokumente, die eine Beteiligung der Organisation Gehlen aber auch eine zutreffende Bewertung des Volksaufstandes durch diese fraglich erscheinen ließen. Es deutete sich an, dass man in Pullach in der sowjetischen Führung den Initiator des Aufstandes gesehen hatte.⁶

Eine systematische Untersuchung der Frage, welche Kenntnis über den Aufstand, dessen Ursachen, Ablauf und gegebenenfalls Anteil die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes hatte und wie sie diese Ereignisse interpretierte, erfolgte bislang nicht, da die Akten des Bundesnachrichtendienstes nicht zugänglich waren.⁷

Der vorliegende Aufsatz zeigt, wie die Organisation Gehlen die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung im Umfeld des Volksaufstandes

⁴ Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, München 1973, S. 150–151.

⁵ Hermann Zolling und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 133–135. Diese Erzählung wurde von Heinz Höhne in seinem 1983 erschienen Buch „Krieg im Dunkeln“ ausgeweitet und zuletzt von Peter F. Müller und Michael Mueller in ihrem Überblickswerk zur Geschichte des Bundesnachrichtendienstes übernommen. Heinz Höhne: Der Krieg im Dunkeln. Macht und Einfluss der deutschen und russischen Geheimdienste, München 1985, S. 534–538; Peter F. Müller und Michael Mueller: Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Hamburg 2002, S. 110–112. Hermann Kastner stand bis zur Vorbereitung seiner Flucht in den Westen 1956 nicht mit der Organisation Gehlen bzw. dem BND in Kontakt.

⁶ Roger Engelmann und Karl Wilhelm Fricke: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit, 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003, S. 75–78.

⁷ Lediglich unter dem Blickwinkel der Militärsplionage wurde auf Grundlage der im Bundesarchiv zugänglichen Teilüberlieferung des BND eine erste Bestandsaufnahme von Armin Wagner und Matthias Uhl vorgenommen. Armin Wagner und Matthias Uhl: BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin 2007, S. 87–93 sowie Matthias Uhl: „Am 17.6.53 führen sowj. Panzer auf, die das Feuer eröffneten.“ Die militärischen Informationen der „Organisation Gehlen“ über den 17. Juni 1953, www.17juni53.de/chronik/5306/UHL-BND.pdf, letzter Zugriff 11.02.2013.

einschätzte, auf welcher Grundlage diese Bewertungen beruhten und was sie über den 17. Juni berichtete. Die Erkenntnisse der von Pullach aus betriebenen DDR-Spionage wurden der CIA als Dienstherr und dem Bundeskanzleramt in Bonn zur Verfügung gestellt. Es wird gezeigt, welche Bedeutung den Berichten von beiden Institutionen beigemessen wurde und welche Rückwirkungen dies auf die Organisation Gehlen hatte, deren Ziel es von Anfang an gewesen war, Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland zu werden. In diesem Zusammenhang sind die internen Einschätzungen und Konsequenzen zu sehen, die aus den Erfahrungen des Volksaufstandes gezogen wurden. Ob eine Beteiligung der Organisation Gehlen an den Unruhen in der DDR nachweisbar ist, wird ebenfalls überprüft. Auch wenn über Aufgabe und Arbeitsweise der Organisation Gehlen keine fundierte Forschung existiert, so kann für die Geschichte des 17. Juni auf eine breite Literatur zurückgegriffen werden.⁸ Der Volksaufstand ist in seinen Ursachen, Abläufen und Folgen für das SED-Regime, für die DDR-Bevölkerung und für den sowjetischen Herrschaftsbereich inzwischen umfassend erforscht.⁹ Über die Wahrnehmung des Aufstandes im Westen, auch unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten, liegen gleichfalls erste Arbeiten vor.¹⁰ In diesem Zusammenhang sind im Hinblick auf die von den Vereinigten Staaten finanzierte und kontrollierte Organisation Gehlen vor al-

8 Die auf amerikanischen Geheimdienstquellen gestützten jüngeren Monografien über die Organisation Gehlen beschäftigten sich vorrangig mit deren Beziehungen zu US-Diensten sowie der politischen Führung der Bundesrepublik und Personalproblemen, geben aber über die eigentliche operative Tätigkeit des Dienstes kaum Auskunft. Auf den 17. Juni gehen sie nicht ein. Mary Ellen Reese: Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des Deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992; James H. Critchfield: Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948–1956, München 1998.

9 Karl Wilhelm Fricke und Ilse Spittmann (Hg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988; Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953, Ursachen-Abläufe-Folgen, Bremen 2003; Jens Schöne: Volksaufstand. Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR, Berlin 2013; Engelmann/ Fricke, Tag X; Roger Engelmann, Ilko-Sascha Kowalczyk: Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005; Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Erhard Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004. Zur sowjetischen Deutschlandpolitik: Gerhard Wettig: Sowjetische Deutschland-Politik 1953–1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, Göttingen 2011; Elke Scherstanow: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 46 (1998), S. 497–549; András B. Hegedüs und Manfred Wilke (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“ 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000; Gerhard Wettig (Hg.): Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997; Wilfried Loth: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow, Göttingen 2007; Aleksej M. Filitov: Germanija v sovetskom vnešnepolitičeskom planirovanii 1941–1990, Moskau 2009; Jan Foitzik: Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1949–1954, München 2012.

10 Eigenständige Monographien über die westliche Wahrnehmung des 17. Juni liegen noch nicht vor, dafür aber diverse Aufsätze in den Sammelbänden: Christoph Kleßmann und Bernd Stöver (Hg.): 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999; Jan Foitzik (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001.

lem Strategien und Einschätzungen der US-Geheimdienste von Bedeutung, die insbesondere bei der Untersuchung einer möglichen Beteiligung zu berücksichtigen sind.¹¹

Was die DDR-Spionage der Organisation Gehlen angeht, so lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließenden Aussagen treffen. Diese Fragen werden gegenwärtig von der Unabhängigen Historikerkommission untersucht. Gesichert erscheint, dass der CIA-Stab in Pullach für die Festlegung der Aufklärungsschwerpunkte verantwortlich war und sie der Führung der Organisation Gehlen übermittelte. Bis 1949 betrieb die Organisation Gehlen unter Ägide der US-Army vorrangig militärische Aufklärung. Mit der Übernahme des Dienstes durch die CIA wurde seit 1950 der Ausbau anderer Aufklärungszweige forciert, um die Organisation Gehlen zu einem funktionstüchtigen deutschen Auslandsnachrichtendienst zu entwickeln. Entsprechend wurden seit 1951 von Pullach wöchentlich so genannte „Übersichten“ herausgegeben, die für Empfänger in den politischen Entscheidungsinstanzen der Bundesrepublik, vornehmlich dem Kanzleramt, bestimmt waren.¹² Die Wochenberichte wurden in der Auswertungsabteilung verfasst, dem Stab Gehlen zugeleitet, redigiert und dann verteilt.

Für die Informationsbeschaffung verfügte die Organisation Gehlen 1953 über zwei getrennte, aber miteinander verwobene Apparate. Die militärische und wirtschaftliche Aufklärung gegen die DDR wurde von der Dienststelle 50 D koordiniert, welche die politische Spionage der Dienststelle 40 organisatorisch unterstützte. Beide Apparate griffen auf ein Agentennetz zurück, das von etwa einem Dutzend Außenstellen unterhalten wurde. Dort wurden die Gewährleute rekrutiert und mit den in Pullach festgelegten Aufträgen versehen. Hauptsächlich mit DDR-Spionage befasst waren im Frühjahr 1953 die so genannten Generalvertretungen B mit Sitz in Bremen, G in Frankfurt/Main und H in Darmstadt sowie die kleinere in Augsburg ansässige Bezirksvertretung E. Sie verfügten zusammen über schätzungsweise

11 Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy vom Kalten Krieg 1947–1991, Köln u.a. 2002; Christian Ostermann (Hg.): Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the first major upheaval behind the Iron Curtain, Budapest, New York 2001; ders. The United States, the East German Uprising of 1953 and the Limits of Rollback, Washington DC 1994 (Cold War International History Project Working Paper No. 11).

12 Über den Verteiler der „Übersichten“ liegen bislang keine Informationen vor, die über den Kenntnisstand in der Literatur hinausgehen. Gesichert ist, dass das Bundeskanzleramt die Berichte über Hans Globke bezog. Außerhalb der Regierung gingen die Ausarbeitungen im Sommer 1953 auch der SPD-Führung zu. Critchfield, Auftrag Pullach, S. 165.

700 Agenten.¹³ Die eingehenden Agentenberichte wurden in mehrstufigen Verfahren bewertet und nach positiver Prüfung zu Meldungen verarbeitet. Anschließend erfolgte eine direkte Weiterleitung an die CIA sowie in noch nicht genau geklärtem Umfang auch an das Bundeskanzleramt. Innerhalb der Organisation Gehlen gingen die Meldungen an die Auswertungsabteilung, wo sie zu Berichten verarbeitet wurden.

Die mit großem Aufwand betriebene Informationsbeschaffung und -verarbeitung müsste sich im BND-Archiv eigentlich in einer dichten Überlieferung spiegeln. Dem ist leider nicht so, denn gegenwärtig ist in Pullach nur sehr fragmentarisches Schriftgut aus den frühen 1950er Jahren greifbar. Für den vorliegenden Aufsatz konnten trotz intensiver und breit angelegter Recherchen nur verstreute Quellen ermittelt werden, die mit den bereits an das Bundesarchiv abgegebenen Akten ergänzt wurden. Schriftgut der CIA stand bis auf eine Dokumentenedition nicht zur Verfügung.¹⁴ Trotz dieser noch nicht befriedigenden Grundlage erlauben die zur Verfügung stehenden Quellen doch eine erste Bilanz. Sie ist nicht abschließend, da im Zuge der Forschungstätigkeit der Historikerkommission und der fortschreitenden Erschließung neuer Aktenbestände im BND-Archiv einzelne Aspekte künftig noch vertieft und präzisiert werden dürften.

Für den vorliegenden Aufsatz waren vier Einsatzberichte von zentraler Bedeutung. In diesen fassten einzelne Dienststellen im Sommer 1953 ihren Kenntnisstand über die Entwicklung in der DDR retrospektiv zusammen.¹⁵ Solche an die Führung der Organisation Gehlen bzw. den CIA-Stab in Pullach

13 Stärkemeldung Außenstellen mit Stand vom 31.08.1953, BND-Archiv 120826, Blatt 737. Herangezogen wurden Angaben über in der Nahaufklärung eingesetzten V-Leute der hauptsächlich gegen die DDR arbeitenden Außenstellen B, E, G und H.

14 Für die vorliegende Untersuchung fanden sich nur zwei einschlägige Dokumente in: Forging an Intelligence Partnership. CIA and the Origins of the BND 1949-1956, hg. von Kevin C. Ruffner, 2 Bände, CIA Europe Division, National Clandestine Centre, 2006, National Archives Record Administration, Washington D.C. (NARA), RG 263 Vol. 01 und Vol. 02, 0031/230/86/25/04.

15 Zur Verfügung standen insgesamt fünf solcher Berichte: Der von der Organisation Gehlen erarbeitete Einsatzbericht 50/D (Siegfried Graber), Bericht „Die Unruhen in der Ostzone. Überblick und Betrachtungen im Spiegel der 50 D-Tätigkeit“ (Einsatzbericht), undatiert [Ende Juli 1953], BArch B 206/934, Blatt 9–192, die für die Leitung der Organisation Gehlen bestimmte Ausarbeitung der Wirtschaftsaufklärung: 50/W (Wirtschaftsaufklärung), Bericht „Der „Neue Kurs“ und der Aufstand in der SBZD. (Ablauf, Beurteilung und Lehren der wirtschaftlichen Aufklärung bis zum Aufstand)“, 28.07.1953, BND-Archiv 3196, sowie die Einsatzberichte der Außenstellen Generalvertretung (GV) B: Leiter GV B (Hans-Heinrich Worgitzky) an Zentrale, Bericht „Aufträge zur Lage in Berlin und der Ostzone“, 24.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 284–303, und des Meldekopfes Berlin: „Unionversicherung Berlin“ (Meldekopf Berlin) an „SWU“ (Dienstseinheit 33), Bericht „Erfahrungsbericht über Krisentage“ (Abschrift), 30.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 279–281. Ein fünfter Einsatzbericht liegt von der für Ernstfallplanungen zuständigen Dienststelle 34 vor, die jedoch nur auf dem Territorium der Bundesrepublik operierte und für das hier behandelte Thema nicht relevant ist.

gerichteten Ausarbeitungen sind in erster Linie als Rechtfertigungsschriften zu lesen. Sie entstanden in dem Bemühen, eigene Fehleinschätzungen oder erkannte strukturelle Probleme der Nachrichtenbeschaffung und -auswertung zu erklären. Das dort rekonstruierte und zum Teil sehr dichte Meldungsbild kann für die Untersuchung der Frage, was die Organisation Gehlen aktuell über die Vorgänge in der DDR wusste, nur insofern Berücksichtigung finden, als die entsprechenden Angaben tatsächlich verarbeitet bzw. weitergegeben worden waren. Der auf Anforderung des CIA-Stabes Ende Juli 1953 erarbeitete zentrale Einsatzbericht der Organisation Gehlen enthält darüber hinaus eine detaillierte und ausführliche Einsatzanalyse sowie einen umfangreichen Anhang mit Anordnungen, Berichten und Meldungen, die zwischen dem 15. Juni und dem 5. Juli 1953 entstanden. Autor dieses Berichtes war der Leiter der DDR-Aufklärung in Pullach und ehemalige Abwehr-Offizier, Siegfried Graber.¹⁶ Er gab die Aufträge des militärisch-wirtschaftlichen sowie des politischen Aufklärungsapparates an die agentenführenden Außenstellen weiter und hielt den Kontakt zur Führung der Organisation Gehlen sowie dem CIA-Stab. In umgekehrter Richtung liefen alle eingehenden Agentenmeldungen und Lageberichte über seinen Schreibtisch. Er hatte damit nicht nur einen unmittelbaren Einblick in das Informationsaufkommen während des Aufstandes, sondern war auch an vielen Entscheidungen persönlich beteiligt. Welche Maßnahmen darüber hinaus in der Zentrale und den Außenstellen im Umfeld des Volksaufstandes getroffen wurden, lässt sich im BND-Archiv nur bruchstückhaft nachvollziehen. Weder in den vorhandenen Gesprächsnotizen der Führung mit nachgeordneten Dienststellen oder dem CIA-Stab finden sich Hinweise auf den 17. Juni oder eine Einsatznachbereitung. Es ist nicht auszuschließen, dass die in Pullach angefertigten Aufzeichnungen vernichtet wurden. Lediglich in einer Sammelakte über den Volksaufstand, die zu einem unbekanntem Zeitpunkt vermutlich im Büro Gehlen entstand und nicht vollständig überliefert sein dürfte, fanden sich einschlägige Notizen.

Neben den erwähnten vier Einsatzberichten wurden für diese Fallstudie die Ablagen der einzelnen Aufklärungsgebiete Politik, Wirtschaft und Militär ausgewertet. Aus der politischen Beschaffung liegt im BND-Archiv ein Band mit Meldungen aus dem Zeitraum von Herbst 1952 bis Ende Juni 1953

16 Siegfried Graber (DN Gay), 1916–2008, Berufssoldat, 1944–1945 Offizier der Abwehr, 1946 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1946–1949 Mitarbeiter der Beschaffung, etwa 1948/49–1956 Leiter der Nah- bzw. DDR-Aufklärung, 1956–1958 Schule des BND, 1958–1961 Außenstellenleiter, 1961–1972 Außenstellenleiter im Strategischen Dienst, 1972–1981 Sachgebietsleiter in der Zentrale, 1981 Pensionierung.

vor.¹⁷ Erkenntnisse über die wirtschaftliche Entwicklung sind, soweit sie einzelne Betriebe und Kombinate in der DDR betreffen, gegenwärtig nur in den einschlägigen Objektakten greifbar. Für diesen Aufsatz wurden die Ablagen derjenigen Fabriken ausgewertet, über die die Organisation Gehlen im Umfeld des Volksaufstandes konkrete Erkenntnisse vorlegte.¹⁸ Die so genannte Standortkartei der sowjetischen Streitkräfte in der DDR gibt über alle von der Organisation Gehlen beobachteten militärischen Entwicklungen Auskunft.¹⁹ Punktuell konnten die zentral erfassten Meldungen mit den ihnen zugrunde liegenden Agentenberichten abgeglichen werden.²⁰ Trotz der unterschiedlichen Überlieferungsdichte in den einzelnen Ablagen, die durch zusammenfassende Erkenntnisse in den Einsatzberichten ergänzt werden, erlauben die zur Verfügung stehenden Quellen eine doch verhältnismäßig dichte Rekonstruktion des Erkenntnishorizontes der Organisation Gehlen über den Volksaufstand.

Für die Untersuchung der Berichterstattung standen die wöchentlichen „Übersichten“ sowie einschlägige Sonderausarbeitungen zur Verfügung. Ein Zwischenbericht über die Unruhen wurde dem Kanzleramt am 29. Juni 1953 vorgelegt.²¹ Der Abschlussbericht der Organisation Gehlen entstand nicht vor Mitte Juli und wurde neben der Bundesregierung mindestens auch der SPD-Führung übersandt.²² Darüber hinaus fertigte die Organisation Gehlen tägliche Lageberichte an, die aber bis auf ein Fragment vom 18. Juni nicht auffindbar waren. Sie dürften in erster Linie für die CIA bestimmt gewesen

17 BND-Archiv 121285.

18 Insgesamt wurden 31 Objektakten zu Betrieben und Kombinatenauswertungen, die sich überwiegend im Industrieviertel Leipzig-Halle-Magdeburg sowie im Großraum Berlin befanden. BArch B 206 1107–1578.

19 In dieser Kartei wurden alle eingehenden Informationen chronologisch erfasst, allerdings lässt diese Ablage keine Rückschlüsse darauf zu, wann die Berichte in Pullach vorlagen. BArch B 206 107–115.

20 Dies betrifft in erster Linie die von den Funkern der Organisation Gehlen aus der DDR abgesetzten Meldungen.

21 Organisation Gehlen an Bundeskanzleramt, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Eigener Bericht (Stand 26.6.53)“, 29.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt, 35001/4, Band 1, Blatt 39–52.

22 Periodische Berichterstattung: BArch B 206/856 sowie der Abschlussbericht: Organisation Gehlen, „Der Juni-Aufstand in Ostberlin und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands“ (im Folgenden: Abschlussbericht), undatiert [Mitte Juli 1953], BArch B 206/933, Blatt 1–55. Der Autor des Abschlussberichtes ist nicht bekannt. Grundsätzlich war die Auswertungsabteilung für die Berichtsabfassung zuständig. In der Sammelakte zum 17. Juni befinden sich jedoch handschriftliche Aufzeichnungen, die vermutlich auf Eberhard Blum zurückgehen und möglicherweise als Vorlage gedient haben. Anonym [Eberhard Blum?], Notizen, undatiert [Juni/Juli 1953], S. 1–8, BND-Archiv 7361, Blatt 241–248.

sein.²³ Unklar ist, in welchem Umfang die Organisation Gehlen neben zusammenfassenden Berichten auch einzelne Meldungen an die CIA und das Bundeskanzleramt weiterleitete. Entsprechend den normalen Arbeitsabläufen ist anzunehmen, dass der amerikanische Stab alle Erkenntnisse erhielt. Aus der Ablage des Bundeskanzleramtes ist ersichtlich, dass am 25. Juni 1953 eine Meldung über den Volksaufstand vorgelegt wurde.²⁴ Im BND-Archiv ist die Parallelüberlieferung der nach Bonn abgesetzten Einzelberichte für die hier interessierenden Monate Mai und Juni 1953 gegenwärtig nicht auffindbar. Es ist daher noch nicht abschließend zu klären, ob neben der im Kanzleramt aufgefundenen Meldung noch andere Berichte über den Volksaufstand vorhanden sind.²⁵

Neben den zeitgenössischen Quellen entstand 1985 im BND-Archiv eine ziemlich wohlwollende Ausarbeitung „Der Volksaufstand vom 17. Juni – Erste große Bewährungsprobe der Organisation Gehlen.“²⁶ Autor dieser Studie war Kurt Weiß²⁷, der im Sommer 1953 in der politischen Beschaffung für die Aufklärung gegen die SED zuständig war und von 1954 bis 1969 diese Abteilung leitete. Nach seiner Pensionierung beauftragte ihn der damalige BND-Präsident Eberhard Blum²⁸, zum Zeitpunkt des Volksaufstandes persönlicher Mitarbeiter von Gehlen, mit der Anfertigung von Studien, welche die Erfolge des Dienstes während internationaler Krisen herauszustellen

23 Ein entsprechender Hinweis findet sich im Einsatzbericht, S. 21, BArch B 206/934, Blatt 29. Aus den frühen 1950er Jahren wurden bislang überhaupt keine Tagesmeldungen aufgefunden.

24 Organisation Gehlen an Bundeskanzleramt, Meldung Nr. 755 „Zur Revolte in Berlin“, 25.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 36.

25 Die Meldungen wurden 1957 verfilmt und vermutlich 1982 im BND-Archiv neu verzeichnet. Gegenwärtig sind sie verschollen. Für die Weiterleitung der Meldungen war das Verbindungsbüro der Organisation Gehlen in Bonn zuständig. In dessen Überlieferungen sind im Umfeld des Volksaufstandes keine weitergegebenen Meldungen nachweisbar.

26 Anonym (Kurt Weiß), „Der 17. Juni 1953 - Erste große Bewährungsprobe für die Organisation Gehlen“, 1985, BArch B 206/1974.

27 Kurt Weiß (DN Winterstein, Weitz), 1916–1994, bis 1945 Offizier der Wehrmacht, 1952 Eintritt in die Organisation Gehlen als Mitarbeiter der politischen Aufklärung, 1954–1969 Leiter der Außenpolitischen Aufklärung, 1969–1971 Leiter der Nachrichtenbeschaffung des BND, 1971–1981 Leiter der Schule des BND, Pensionierung, 1984–1990 Wiederanstellung im BND-Archiv.

28 Eberhard Blum (DN Hartwig), 1919–2003, bis 1945 Berufsoffizier, 1947 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1948–1950 Abteilungsleiter in der Auswertung, 1950–1953 Referent im Auslandsverbindungsdienst, Juni 1953–1961 persönlicher Mitarbeiter Gehlens, 1961–1964 Unterabteilungsleiter Personalwesen, 1964–1968 Resident des BND in London, 1968–1970 Leiter der Abteilung Verwaltung in Pullach, 1970–1982 Resident des BND in Washington, 1982–1985 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

suchten.²⁹ Diese Berichte geben in erster Linie Auskunft über die interne Selbstwahrnehmung des BND in den 1980er Jahren und sind aufgrund ihrer selektiven Darstellung sehr kritisch zu beurteilen. Da die Ausarbeitung von Weiß über den 17. Juni keine anderen als die für die Abfassung des vorliegenden Aufsatzes herangezogenen Quellen verwendet, wurde sie nicht weiter berücksichtigt.

Mit Erscheinen dieser Studie wird eine Dokumentenedition vorgelegt, die alle zentralen Quellen dieses Aufsatzes im Faksimile wiedergibt und über den BND bezogen werden kann.³⁰ Allen Mitarbeitern der Historikerkommission, insbesondere Prof. Klaus-Dietmar Henke, Gerhard Sälter, Andreas Hilger und Thomas Wolf, bin ich sehr zu Dank verpflichtet. Nicht nur unter den besonderen Bedingungen dieses Projektes waren ihre Bereitschaft zu kritischer Lektüre und Diskussion für das Gelingen der Arbeit unverzichtbar.

29 UAL 41 [?] an Präsident des BND, Ausarbeitungen durch Herrn Weitz, 27.06.1986; 41 E [?] an UAL 41 [?], Informationsgewinnung des BND in Krisenfällen, 15.02.1985, beide in BND-Archiv 42507. Die Signatur BND-Archiv 42507 unterliegt einer archivischen Schutzfrist und wurde nur für die UHK freigegeben.

30 Bodo Hechelhammer (Hg.): Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953, bearbeitet von Ronny Heidenreich (Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“, Nr. 6), Berlin 2013.

1

Die Krise der DDR in der Berichterstattung der Organisation Gehlen

Mit dem im Sommer 1952 von der SED-Führung verkündeten „Aufbau des Sozialismus“ begann in der DDR ein tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozess, dessen Auswirkungen ein Jahr später den Ausbruch des Volksaufstandes hervorriefen. Die Herrschaft des SED-Regimes sollte durch Zentralisierung und Politisierung von Verwaltung, Justiz und Bildungssystem einerseits sowie durch gezielte Repressionen gegen die bürgerliche Mittelschicht und die Kirchen andererseits ausgebaut werden. Im wirtschaftlichen Bereich gingen der forcierte Aufbau der Schwerindustrie, umfangreiche Wirtschaftsleistungen für die Sowjetunion und nicht zuletzt der beabsichtigte Aufbau von Streitkräften zu Lasten der Konsumgüterindustrie, was zusammen mit der intensivierten Kollektivierung bereits Ende 1952 zu einer deutlichen Verschlechterung der Versorgungslage führte. Bei der Durchsetzung all dieser Maßnahmen bediente sich die SED-Führung zum Teil offenen Terrors. Ständig steigende Flüchtlingszahlen, die im ersten Halbjahr 1953 ein bislang nicht gekanntes Ausmaß erreichten, waren ein deutliches Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit, die im Frühsommer 1953 den Bestand der DDR zu gefährden drohte.

Den Wochenberichten der Organisation Gehlen ist zu entnehmen, dass diese Entwicklungen erkannt wurden. Gleichwohl spielte die Berichterstattung über die Lage in der DDR nur eine nachgeordnete Rolle. Schwerpunkt der nach Bonn übermittelten Lageanalysen waren Einschätzungen über außenpolitische Konzepte und Strategien der sowjetischen Staats- und Parteiführung sowie Erhebungen über Stärke und Dislozierung der sowjetischen Streitkräfte östlich des Eisernen Vorhangs.³¹ Den Berichten nach zu urteilen, war es

³¹ Die Berichte gliedern sich in einen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Teil, wobei die jeweiligen Entwicklungen in der Sowjetunion an erster Stelle behandelt wurden. Danach kamen die Erkenntnisse aus den einzelnen Staaten des Ostblocks und erst an letzter Stelle wird die „Sowjetzone“ behandelt.

aus der Perspektive der Organisation Gehlen in erster Linie wichtig zu erkennen, welche Konzepte die Moskauer Führung in den einzelnen Staaten des sowjetischen Herrschaftsbereiches und insbesondere im Hinblick auf die DDR verfolgte.

Die im ersten Halbjahr 1953 von der SED-Führung verstärkten innenpolitischen Repressionen wurden in den Berichten der Organisation Gehlen immer wieder erwähnt. Sie galten als Beleg für die sowjetische Absicht, mit der Stärkung der Staatspartei die DDR als einen „eindeutigen Ostsatelliten“ in ihren Herrschaftsbereich einzubinden.³² So heißt es unter anderem in der Wochenübersicht vom 7. Mai 1953:

Die Zuspitzung des Kampfes gegen die Evangelischen und strukturellen Angleichung der Sowjetzone an die SU.³³

Dieser Analyse folgend, ging die Organisation Gehlen bis zum Ausbruch des Aufstandes davon aus, dass der eingeschlagene Kurs den Vorgaben der sowjetischen Führung entsprach und auf eine Festigung des SED-Regimes unter Walter Ulbricht hinauslaufen werde.³⁴ Da nicht über bevorstehende Maßnahmen und Planungen der DDR-Führung berichtet wurde, sondern nur eine nachträgliche Feststellung und Einordnung erfolgte, waren augenscheinlich keine Informationen aus dem Partei- und Staatsapparat verwendet worden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR verfolgte die Organisation Gehlen vor allem hinsichtlich rüstungswirtschaftlicher Vorgänge. Die Berichte enthalten mitunter detaillierte Angaben über Treibstoffproduktion, die Planerfüllung in der Schwerindustrie, beabsichtigte Bauvorhaben an Eisenbahn- und Brückenanlagen für militärische Transporte oder Analysen über das Potential der DDR-Wirtschaft, den Aufbau einer Rüstungsindustrie voranzutreiben.³⁵

³² Übersicht, 29.01.1953, S. 1, BArch B 206/856, Blatt 12.

³³ Übersicht, 07.05.1953, S. 3, BArch B 206/856, Blatt 111. Ähnliche Einschätzungen sind auch in den Übersichten vom 14., 21. und 28. Mai sowie am 3. Juni zu finden.

³⁴ Dazu auch die Einschätzungen in den Übersichten vom 21. und 28.05.1953. Mit der Rückkehr des sowjetischen Hochkommissars Semjonow nach Berlin wurde in Erwägung gezogen, dass sich dieser Schritt als „Kritik“ am bisherigen politischen Kurs deuten lasse, aber es „ist anzunehmen, dass sie Sowjetisierungspolitik [...] durch Gesten außenpolitischen Entgegenkommens ergänzt wird“. Übersicht, 03.06.1953, S. 3, BArch B 206/856, Blatt 134. Ebenso zurückhaltend die Bewertung in der darauffolgenden Übersicht, 10.06.1953, S. 4, BArch B 206/856, Blatt 144.

³⁵ Übersichten vom 29.01., 19.03., 26.03., 09.04., 23.04., 07.05. und 21.05.1953, BArch B 206/856.

Die Erhebung derartiger interner Informationen zeigt, dass die Organisation Gehlen zumindest in Teilbereiche der DDR-Wirtschaft gute Einblicke hatte. Entsprechend finden sich auch Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Planerfüllung und Produktionsengpässe.³⁶ Obwohl man solche Symptome einer krisenhaften Entwicklung erkannt hatte, konstatierte die Organisation Gehlen erst im Wochenbericht vom 17. Juni – als die Fehlentwicklungen von der SED-Führung bereits öffentlich eingestanden worden waren – eine Wirtschaftskrise in der DDR. Nach dem Aufstand behauptete die Organisation Gehlen gegenüber der CIA, dass mit der Quelle V-3000 ein Gewährsmann in der Staatlichen Plankommission vorhanden gewesen sei, der bereits 1952 gemeldet habe, dass der Wirtschaftsplan zu „allergrößten Schwierigkeiten“ führen würde und undurchführbar sei.³⁷ Aus den Berichten ist allerdings nicht erkennbar, dass solche grundsätzlichen Zweifel bei der Lageanalyse im Vorfeld des Aufstandes berücksichtigt wurden. Graber räumte in seinen Erinnerungen ein, dass diese Darstellung deutlich übertrieben war:

*Außer einer Quelle, die in Ostberlin innerhalb der Planungskommission für die Org. arbeitete und die ganz vage Andeutungen und Vermutungen über mögliche Auswirkungen der Beschlüsse des ZK zum Thema Leicht- und Schwerindustrie machte, waren keine verwertbaren Informationen eingetroffen.*³⁸

Weniger eingehend beschäftigten sich die Berichte mit den Folgen der Wirtschaftspolitik für die Bevölkerung. Zwar finden sich in den ersten beiden Monaten allgemeine Aussagen über eine Verschlechterung der Versorgungslage in der DDR, eine ausführliche Untersuchung dieses Problems erfolgte aber erst in der Wochenübersicht vom 21. Mai. So seien die „Mangelercheinungen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen und der industriellen Versorgungsgüter“ eine Folge der einseitigen Wirtschaftspolitik und der fortgesetzten Kollektivierung. Die Organisation Gehlen ging davon aus, dass mit „einer weiteren Verschärfung der Lebensmittelkrise“ in der DDR zu rechnen sei.³⁹ Trotz der zutreffenden Analyse wurde das Ausmaß

36 Übersichten vom 26.02. und 09.04.1953, BAArch B 206/856.

37 Einsatzbericht, S. 4, BAArch B 206/934, Blatt 13.

38 Übersicht, 17.06.1953, S. 5, BAArch B 206/856, Blatt 160-161; Siegfried Graber, Erinnerungsbericht, undatiert [1994], S. 49, BND-Archiv Nachlass 4, Band 20. Hervorhebung im Original.

39 Übersicht, 21.05.1953, S.4–6, BAArch B 206/856, Blatt 151-153. Hervorhebung im Original.

der Krise unterschätzt. Eine Woche später widmete sich der Wochenbericht der Versorgungslage im gesamten Ostblock und kam zu dem Schluss, dass die sowjetische Führung das Problem erkannt habe und deshalb die Kollektivierung nur soweit vorantreiben würde, dass „regionale Katastrophen vermieden werden.“⁴⁰ Als Reaktion auf die dramatische Versorgungslage in der DDR verwies die Organisation Gehlen auf fiskalische Maßnahmen, die den entstandenen Kaufkraftüberhang auffangen sollten.⁴¹

Eine Zusammenschau der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die möglicherweise Anhaltspunkte für eine innere Destabilisierung des SED-Regimes hätten liefern können, ist in den Berichten bis zum Ausbruch des Aufstandes nicht zu finden. Der im Frühsommer 1953 anschwellende Flüchtlingsstrom als unübersehbarer Indikator für die sich verschlechternde Stimmung wird nicht thematisiert. Dies deutet darauf hin, dass der DDR-Bevölkerung als politischen Akteur in den Analysen keine Bedeutung beigemessen und damit die Brisanz der Lage verkannt wurde.⁴² Aus Sicht der Organisation Gehlen war eine solche Perspektivenerweiterung auch nicht notwendig. Politische Unterdrückung und ökonomische Missstände, wie sie in der ersten Jahreshälfte 1953 festgestellt wurden, galten als normale Erscheinungen im sowjetischen Herrschaftsbereich, welche die Machtverhältnisse aber nicht gefährden konnten. Ende Dezember 1952 konstatierte der Wochenbericht mit Blick auf die sich abzeichnende Versorgungskrise:

*Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Bedeutung solcher und ähnlicher Krisenerscheinungen in den Satellitenländern (einschl. Ostzone) in ihrer Auswirkung auf die gesamtpolitische Lage keinesfalls überschätzt werden darf. Derartige Krisen bleiben so gut wie ohne Einfluss auf das politische Geschehen.*⁴³

Die im Vorfeld des Volksaufstandes Anfang Juni 1953 in der DDR eingeleitete innenpolitische und wirtschaftliche Liberalisierung erfolgte in der Wahrnehmung der Organisation Gehlen nur in zweiter Linie wegen der prekären inneren Verhältnisse, sondern war vor allem auf eine Änderung der

40 Übersicht, 28.05.1953, S. 6, BAArch B 206/856, Blatt 128.

41 Übersicht 21.05.1953 sowie 03.06.1953, BAArch B 206/856, Blatt 135-136, 152-153.

42 Die steigende Zahl von Flüchtlingen wird den Wochenberichten nur am 15. Januar und 12. Februar 1953 erwähnt. Siehe Übersichten, BAArch B 206/856.

43 Übersicht 11.12.1952, S. 3, BAArch B 206/855, Blatt 411.

deutschlandpolitischen Konzepte der sowjetischen Führung zurückzuführen. Nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 war für westliche Beobachter unklar, welche außenpolitische Linie die neue Kreml-Führung einschlagen würde. Noch im März 1953 signalisierte die Moskauer Führung Gesprächsbereitschaft mit dem Westen, was auch die Behandlung der deutschen Frage einschloss. Ob eine Wiedervereinigung auf neutraler und demokratischer Grundlage in Moskau ernstlich zur Debatte stand, ist wenig wahrscheinlich, doch lässt sich das bis heute aus den Quellen heraus auch nicht endgültig verwerfen; die internen Machtkämpfe in der sowjetischen Führung hätten die Ausarbeitung und Umsetzung einer einheitlichen Strategie jedenfalls erschwert. Zu einer eigenen Deutschlandinitiative Moskaus ist es in den Wochen vor dem Volksaufstand nicht gekommen. Spätestens ab Mitte Mai 1953 galten alle Bemühungen der sowjetischen Führung dem Ziel, die prekäre Lage in der DDR zu stabilisieren.

Die öffentliche Initiative in der Deutschlandfrage lag im Frühjahr 1953 auf der westlichen Seite. Während sich die amerikanische Regierung zurückhaltend äußerte, schlug der britische Premierminister Winston Churchill am 11. Mai vor, im Rahmen einer Konferenz der Großmächte über die Herstellung der deutschen Einheit auf neutraler und demokratischer Grundlage zu beraten. Die Vorbedingungen für solche Verhandlungen wurden aber von sowjetischer Seite abgelehnt.⁴⁴ Zeitgleich trieb die Bundesregierung unter Konrad Adenauer die Westbindung der Bundesrepublik voran.⁴⁵ In Reaktion auf diese Schritte verstärkte die Sowjetunion nach Ratifizierung des EVG-Vertrages im Bundestag am 15. Mai in den Wochen vor dem 17. Juni ihre Angriffe auf die Bundesregierung. Den Verlautbarungen auf der internationalen Bühne folgend, gewann auch in den Berichten der Organisation Gehlen die Frage möglicher sowjetischer Pläne für ein neutralisiertes Gesamtdeutschland ab Mai 1953 an Bedeutung. Unter beständigem Verweis auf die anhaltende politische und wirtschaftliche Sowjetisierung der DDR wurde betont, dass eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nicht ernsthaft beabsichtigt sein könne. Alle diesbezüglichen Signale würden

44 Zur britischen Deutschlandpolitik im Vorfeld des 17. Juni: Klaus Larres, Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen 1995 sowie ders.: Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod. In: Kleßmann/Stöver (Hg.): 1953, S. 155–179.

45 Michael Lemke, Konrad Adenauer und das Jahr 1953. Deutschlandpolitik und 17. Juni; in: Kleßmann/Stöver (Hg.), 1953, S. 141–154; Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 80–92.

das Ziel verfolgen, die „Verteidigungspolitik des westlichen Blocks aufzulockern.“⁴⁶ Angebliche Äußerungen „sowjetischer Diplomaten“ in Wien deuteten in der Übersicht vom 21. Mai erstmals an, dass eine Preisgabe des Sozialismus in der DDR doch möglich sein könne. In Botschaftskreisen sei verlautet, dass „das wesentliche Hindernis für eine Lösung der deutschen Frage [...] die Starrheit der westdeutschen Politik, die viel unversöhnlicher sei als die Englands und Frankreichs.“⁴⁷ Eine Woche später wurde unter Verweis auf dieses Zitat bekräftigt, die weitere Entwicklung hätte gezeigt, dass die „feste außenpolitische Haltung der Bundesrepublik [...] ein entscheidendes Hindernis für die Durchsetzung der Pläne“ sei.⁴⁸ Am 3. Juni berichtete die Organisation Gehlen unter dem Eindruck der Ernennung von Wladimir Semjonow⁴⁹ zum Sowjetischen Hochkommissar in Ostberlin, dass nunmehr das „alte Stalin'sche Ziel“ eines „neutralisierten und entmilitarisierten“ wiedervereinigten Deutschlands in Moskau auf der Tagesordnung stünde. Erste Anhaltspunkte, die im Bericht vom 10. Juni 1953 auf eine innenpolitische Veränderung in der DDR hindeuteten, könnten auf die Absicht Semjonows zurückzuführen sein, durch „gesamtdeutsche Tendenzen [...] die Bonner Integrationspolitik [...] zu stören.“⁵⁰ Dass die erwähnte „Verständigung mit der Pfarrerschaft“⁵¹ und die Zurückstellung der vormilitärischen Ausbildung für SED-Mitglieder bereits Bestandteile des am Vortag in der Parteiführung beschlossenen grundlegenden Kurswechsels in der DDR gewesen sind, war in Pullach nicht bekannt.⁵²

46 Übersicht, 28.05.1953, S. 1, BArch B 206/856, Blatt 123.

47 Grundlage dieser Äußerungen war eine Meldung des V-Mannes 11548, der in Kontakt mit einem sowjetischen Korrespondenten stand. Dieser hatte, ohne zu wissen mit wem er sich unterhielt, von Gesprächen mit Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Wien berichtet. Obwohl intern von einer in ihrer Zuverlässigkeit nicht zu beurteilenden Quelle stammend und als nur möglicherweise zutreffend bewertet (F-3), wurde diese Meldung in der Wochenübersicht ausführlich zitiert. Meldung Stimmungsäußerungen von Wiener Russen, 21.05.1953, BND-Archiv 121285, Blatt 1007–1009.

48 Übersicht, 28.05.1953, S. 2, BArch B 206/856, Blatt 124.

49 Wladimir Semjonow, 1911–1992, sowjetischer Diplomat, 1945–1953 politischer Berater der Sowjetischen Militäradministration bzw. Kontrollkommission in der DDR. Er wurde im April 1953 in das Außenministerium der UdSSR zurückbeordert. Nach Auflösung der Militärverwaltung kehrte Semjonow am 28. Mai 1953 als Chef der Sowjetischen Hohen Kommission in die DDR zurück und wurde später sowjetischer Botschafter in Ostberlin.

50 Übersicht, 10.06.1953, BArch B 206/856, Blatt 144.

51 Otto Dibelius, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, hatte sich am 5. Juni 1953 in einem Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gewandt und um Gespräche über die Lage seiner Kirche gebeten. Entsprechend dem Kurswechsel reagierte die DDR-Führung schnell auf diese Bitte und beraumte für den 10. Juni Besprechungen an, auf welcher die staatlichen Repressalien zurückgenommen wurden. Wilke/ Hegedüs, Satelliten nach Stalins Tod, S. 62–63.

52 In dem Bericht findet sich zwar der allgemeine Hinweis auf mögliche „größere Änderungen des Staats- und

Bereits in den letzten Maitagen war in Moskau die Entscheidung gefallen, die tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise in der DDR durch eine grundlegende Änderung der bisherigen Politik zu beheben. Diese Anordnung wurde in den ersten Junitagen der SED-Führung in Moskau übermittelt, die daraufhin die Einführung des „Neuen Kurses“ vorbereitete. Von dieser Entwicklung erfuhr die Leitung der Organisation Gehlen am 11. Juni aus der SED-Zeitung „Neues Deutschland“.⁵³ Die Veränderung ließ sich in Pullach in die bisherigen Prognosen einfügen. Ziel der neuen Politik sei es, mit Hinblick auf die Deutschlandpolitik die „Konzessionsbereitschaft der Sowjetunion glaubhaft zu machen“ um die „Aufspaltung der westlichen Front“ voranzutreiben und nicht zuletzt die im September 1953 bevorstehenden Bundestagswahlen zu beeinflussen. Es wird zwar ausführlich und zutreffend dargelegt, dass wirtschaftliche und innenpolitische Probleme bei der Kursänderung in der DDR eine Rolle gespielt hätten, abschließend aber betont:

*Die Wirtschaftskrise trifft zeitlich mit der politischen Absicht der Sowjetunion zusammen, das Deutschlandproblem mit den Westmächten zu diskutieren. Die neuen Maßnahmen lassen sich gleichsam als Nachgeben auf westliche Forderungen darstellen.*⁵⁴

Noch deutlicher wurde der vermutete Zweck des „Neuen Kurses“ innerhalb der Organisation Gehlen kommuniziert: Es handele sich zwar um eine innenpolitische Maßnahme zur „Behebung tatsächlicher Notstände in der SBZ“, deren Ziel sei aber die „tiefzielende Störung der westlichen Politik.“⁵⁵ Eine solche Interpretation des „Neuen Kurses“ war zu diesem Zeitpunkt

Parteiwesens sowie der Spitzenbesetzung.“ Es ist unwahrscheinlich, dass diese Spekulation auf Kenntnis der bevorstehenden Kursänderung beruhte, zumal personelle Veränderungen in der SED-Führung nicht Teil des Programms waren. Wilke/ Hegedüs, Satelliten, S. 56–57. Entscheidend ist, dass der Bericht keinerlei Hinweise auf eine Änderung der DDR-Wirtschaftspolitik enthält. Übersicht, 10.06.1953, S. 4, BArch B 206/856, Blatt 144–146. Von der Rückstellung der vormilitärischen Ausbildung erfuhr die Organisation Gehlen nach Aktenlage aus der Presse. Der Rundbrief des Informationsbüros West (IWE) hatte am 6. Juni 1953 eine entsprechende Meldung verbreitet. Meldung IWE Berlin, 06.06.1953, BND-Archiv 120629, Blatt 20.

53 Zwar hatten zwei Gewährsleute der Organisation Gehlen vor dem 10. Juni Anhaltspunkte für eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik aufgefangen. Diese Informationen erreichten die Zentrale aber wegen organisatorischer Schwierigkeiten nicht rechtzeitig und wurden in ihrer Bedeutung erst nachträglich erkannt. 50/W (Wirtschaftsaufklärung), Die wirtschaftliche Aufklärung, S. 5, BND-Archiv 3196 sowie Einsatzbericht, S. 7, BArch B 206/934, Blatt 15.

54 Übersicht, 17.06.1953, S. 6, BArch B 206/856, Blatt 161. Hervorhebung im Original.

55 30 (Leitung), 50/D (Siegfried Graber) an alle Dienststellen, Anweisung Jetzige Maßnahmen der Ostzonen-Machthaber, 15.06.1953, S. 1, BArch B 206/934, Blatt 83.

nicht vollkommen abwegig. Aus den Verlautbarungen der DDR-Presse ließ sich ablesen, dass der Kurswechsel eine Doppelstrategie verfolgen könnte: Einerseits ging es um dringend notwendige innenpolitische Korrekturen, mit denen andererseits Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung geschaffen würden.⁵⁶ Welchen Stellenwert mittelfristige deutschlandpolitische Absichten der Moskauer Führung bei der Anordnung des „Neuen Kurses“ tatsächlich hatten, ist in der Forschung umstritten. Unumstritten ist jedoch, dass die Maßnahmen auf eine kurzfristige Stabilisierung der DDR abzielten, ohne die die Sowjetunion ihre Verhandlungsmasse verloren hätte.⁵⁷ Dieser zweite und für den Aufstand ausschlaggebende Aspekt wird in den Analysen der Organisation Gehlen unterbewertet. Wie sehr das Ausmaß und die Notwendigkeit zur Behebung der inneren Krise unterschätzt wurden, zeigt sich im Wochenbericht vom 17. Juni, der die Ereignisse seit dem Erlass des „Neuen Kurses“ zusammenfasste. Hierin wurden die Empfänger gewarnt, auf die Reformen in der DDR zu vertrauen. Diese seien außenpolitisch begründete „taktische Maßnahmen“ und bedeuteten „nur ein Stillhalten [...], keineswegs ein Aufgeben der erreichten Positionen.“ Ob eine wirkliche Änderung der Wirtschafts- und Innenpolitik erfolge, werde sich erst im Verlaufe der kommenden Monate zeigen.⁵⁸ Eine solche Warnung erschien aus Sicht der Organisation Gehlen wohl notwendig, um die Bundesregierung in ihrem innenpolitisch umstrittenen Kurs der Westintegration zu bestätigen, der durch

56 Sowohl in der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ wie auch im Organ der sowjetischen Besatzungsmacht in der DDR, „Tägliche Rundschau“ wurde betont, dass die Maßnahmen „auf das große Ziel der Wiedervereinigung des deutschen Volkes“ ausgerichtet seien. Wichtige Beschlüsse, Tägliche Rundschau 13.06.1953, S. 1 sowie Neues Deutschland, 11.06.1953, S. 1.

57 Der nicht aufgelöste Zielkonflikt zwischen „Besitzstandswahrung“ und Wiedervereinigungsabsichten wird in der Forschung diskutiert und mehrheitlich in Richtung einer primären Stabilisierung der DDR interpretiert. Wettig, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 21–27, Scherstanow, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 529, Wilke/ Hegdüs, Satelliten, S. 61 und 120, Foitzik, Sowjetische Interessenpolitik, S. 112. Eine stärkere Betonung der Wiedervereinigungsabsichten findet sich unter anderem bei Loth, Sowjetunion und deutsche Frage.

58 Übersicht, 17.06.1953, S. 5–7, BArch B 206/856, Blatt 160–162.

die Kursänderung in der DDR weiterhin gefährdet erschien.⁵⁹ Entsprechend wurde der Auftrag für die Gewährsleute im Osten gestaltet: Da „an einen echten Gesinnungswandel nicht geglaubt wird“, sollten Nachrichten beigebracht werden, die den „Neuen Kurs“ widerlegen und ein Festhalten an der „bolschewistischen Grundlinie“ beweisen sollten.⁶⁰

Was die Analysen der Organisation Gehlen im Vorfeld des Volksaufstandes trübte, war die Grundüberzeugung ihrer Leitung, die Absichten der sowjetischen Führung ohnehin zu durchschauen. Voraussetzung einer solchen Sicherheit war ein festes Weltbild, das sich zumindest in Teilen der Führung auf alte Gewissheiten und neue Ressentiments gründete. Ein Beispiel hierfür sind die prägnanten Einlassungen des Vertreters der Organisation Gehlen in Berlin, Helmut Kleikamp⁶¹, der am 12. Juni seine Lageeinschätzung an die Zentrale übermittelte:

Man darf nicht vergessen, daß alles, was jetzt drüben geschieht, nur Propagandamache ist, um auf die Bermuda-Konferenz und die Bundestagswahlen entsprechend einzuwirken. Es besteht kein Zweifel, dass der Osten Erfolge mit diesen Maßnahmen haben wird, vor allem bei den ewig Gestrigen, die aus ihren Mauslöchern herauskommen, und bei der SPD, die dem Adenauer die Butter auf dem Brot nicht gönnt und daher lieber zur Selbstentmannung schreitet.

Wenn man die ganzen Maßnahmen des Ostens betrachtet, so könnte man auf die Idee kommen, daß eine gewisse Molotowkluge im Kreml Stalin tatsächlich umgebracht hat, um den starren Kurs Stalins, der den westlichen Leichnam wieder zum Leben erweckt, durch Katzenpfötchenmaßnahmen abzulösen und zur Einschläferung des Westens. Wenn wir nicht sehr aufpassen und rechtzeitig furchtbar schreien, dann einigen sich diese smarten Brüder in Ost und West

59 Der Kurswechsel in der DDR sorgte in der Bundesrepublik für innenpolitische Auseinandersetzungen, indem die Liberalisierung von Teilen der Opposition als Zeichen eines sowjetischen Entgegenkommens interpretiert wurde, welche das Ziel der Westbindung der Regierung Adenauer gefährdete. Schwarz, Adenauer, S. 81–82; Otto Lenz: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearbeitet von Klaus Gotto, Düsseldorf 1989, S. 639–646.

60 30 (Leitung), 50/D (Siegfried Graber) an Dienstseinheiten und Außenstellen, Anweisung Jetzige Maßnahmen der Ostzonen-Machthaber, 15.06.1953, S. 1–2, BArch B 206/934, Blatt 82–83.

61 Helmut Kleikamp (DN Kleiber), 1901–1985, Generalmajor der Wehrmacht, 1950 Eintritt in die Organisation Gehlen, bis Herbst 1953 Vertreter der Leitung der Organisation Gehlen in Westberlin, 1953–1955 Mitarbeiter einer Außenstelle.

*auf unserem deutschen Rücken. Churchill hat schon einmal West-Europa an den Russen verkauft und verraten, dem kommt es auch nicht auf das zweite Mal an.*⁶²

Am Vorabend des 17. Juni ging die Organisation Gehlen also davon aus, dass der Kurswechsel in der DDR in erster Linie ein außenpolitisches Manöver der sowjetischen Führung sei, um die Westintegration der Bundesrepublik zu hintertreiben. Dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise des jungen Staates ausschlaggebend für diese veränderte Politik war und der „Neue Kurs“ das Ziel verfolgte, die DDR zu stabilisieren, wurde in den Analysen verkannt. Die Fokussierung auf die außenpolitischen Vorgänge lenkte den Blick von den inneren Entwicklungen ab.

62 „Feuerversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Brief, 12.06.1953, S. 1–2, hier S. 1, BND-Archiv 120826, Blatt 1536–1537, hier 1536.

2

Informationsbeschaffung während des Volksaufstandes

Die Verkündung des Kurswechsels am 10./11. Juni 1953 wurde in der DDR-Bevölkerung als Zeichen der Schwäche des SED-Regimes aufgefasst und schuf damit die Voraussetzung für offenen Protest. Als verhängnisvoll sollte sich erweisen, dass der „Neue Kurs“ zwar Erleichterungen für Teile der Bevölkerung mit sich brachte, aber die prekäre Lage der Arbeiter ausklammerte. Die nicht zurückgenommene Erhöhung der Arbeitsnormen sorgte in den Betrieben für wachsenden Unmut, der sich vielerorts in ersten Streiks manifestierte, die von den Quellen der Organisation Gehlen bis auf eine Ausnahme allerdings nicht gemeldet wurden.⁶³ An der Normenfrage entzündete sich schließlich auch der Protest von Arbeitern einer Ostberliner Großbaustelle, der schließlich auf die Bauarbeiter in der Stalinallee übergriff und am 16. Juni in einen spontanen Demonstrationzug zum Regierungsgebäude in der Leipziger Straße mündete.

Für die Tage zwischen Verkündung des „Neuen Kurses“ am 11. Juni und dem Beginn des Aufstandes am 16. Juni lagen in Pullach keine Erkenntnisse vor, die auf eine dramatische Zuspitzung der Lage hinwiesen. Auch von den Ereignissen am 16. Juni erfuhren die Mitarbeiter in der Zentrale und insbesondere der für die DDR-Aufklärung zuständige Siegfried Graber – dem Einsatzbericht nach zu urteilen –, erst aus den Abendnachrichten des Bayerischen Rundfunks; obwohl der RIAS seit dem Nachmittag über die Lageentwicklung in Ostberlin berichtete.⁶⁴ Die Außenstellen der Organisation

63 Graber berichtet in seinen Erinnerungen, dass ihn sein Vorgesetzter bei der Abfassung des Einsatzberichtes aufgefordert hätte nachzuweisen, dass von den Quellen Anzeichen für den Ausbruch von Unruhen gemeldet worden seien. Dies sei aber „reines Wunschdenken“ gewesen. Graber, Erinnerungsbericht, S. 49, BND-Archiv Nachlass 4, Band 20. Bestätigt wird dies rückblickend auch von der Wirtschaftsaufklärung. Bis auf eine Ausnahme hätte keine der Quellen über die Streiks im Vorfeld des 17. Juni berichtet. 50/W (Wirtschaftsaufklärung), Die wirtschaftliche Aufklärung, S. 4, BND-Archiv 3196. Die Meldung über den Sitzstreik im Stahlwerk Henningsdorf am 29. Mai 1953 in BArch B 206/1305, Blatt 419–420.

64 Manfred Rexin: Zur Rolle Westdeutschland und West-Berlins am 16./17. Juni 1953, in: Engelmann/Kowalczyk, Volkserhebung, S. 84–91, hier S. 86–87.

Gehlen hatten um 16.00 Uhr ihre Berichte per Funk nach Pullach durchgegeben, doch ohne diese Ereignisse zu erwähnen. Möglicherweise ging man davon aus, dass andere Stellen die Zentrale bereits informiert hatten. Da die einzelnen Agentenfamilien streng voneinander abgeschirmt arbeiteten und nur entsprechend den ihnen übertragenen Aufträgen berichteten, ist eine solche Fehlkommunikation durchaus denkbar. Eine am Mittag in Pullach eingegangene Mitteilung des Vertreters der Organisation Gehlen in Westberlin, dass der Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, Heinrich Vockel⁶⁵, aus Pullach eine „möglichst eingehende und schnelle“ Unterrichtung über „die Lage Ost“ wünschte, zeigt, dass er in der Zentrale solche Informationen vermutete.⁶⁶ Dies traf nach Aktenlage aber nicht zu. Gehlen traf sich am Nachmittag des 16. Juni mit dem Leiter des CIA-Stabes in Pullach, James Critchfield, zu einer Besprechung. Die Vorgänge in Berlin wurden der Gesprächsnotiz nach nicht thematisiert, was wohl darauf schließen lässt, dass sie noch nicht bekannt waren.⁶⁷ Die erste Reaktion auf den beginnenden Volksaufstand ist am Abend des 16. Juni nachweisbar. Aufgeschreckt durch die Radiomeldung, versuchte der Leiter der DDR-Beschaffung, Siegfried Graber, nach 20 Uhr Kontakt mit Hans Lutz⁶⁸, dem Leiter der gegen die DDR arbeitenden Generalvertretung G aufzunehmen. Der war jedoch telefonisch nicht erreichbar. Graber wandte sich daraufhin an Heinz-Danko Herre⁶⁹, der als Chef der Auswertungsabteilung für die Erstellung des Gesamtgebildes verantwortlich war. Beide verfügten in Pullach über die größte Expertise zur Beurteilung der Vorgänge in der DDR. Herre schlug vor, den Außenstellen angesichts der neuen Entwicklung besondere Aufträge zu erteilen. Er ließ sich jedoch von Graber davon überzeugen, dass die „bekannte Tüchtigkeit der Berliner-ND-Führer“ ausreiche,

65 Heinrich Vockel (1892–1968), Wirtschaftspolitiker, Gründungsmitglied der Berliner CDU, 1950–1962 erster Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Westberlin.

66 „Feuerversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Notiz Unterredung mit Vockel, 16.06.1953, BND-Archiv 120826, Blatt 1533.

67 Besprechungsnotiz 30 mit 25 am 16.6., 17.06.1953, BND-Archiv 1107, Blatt 287. Zur Lage der CIA am 17. Juni: David E. Murphy, Sergej A. Kondrashev und George Bailey: Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War, New Heaven 1997, S. 169–170; Ostermann, Uprising, S. 175–176, David E. Murphy: The CIA's Berlin Operation Base and the Summer of 1953; in: Heike Bungert, Jan G. Heitmann und Michael Wala (Hg.): Secret Intelligence in the Twentieth Century, London 2003, S. 147–158.

68 Hans Lutz (DN Roth), geb. 1906, vor 1945 Oberst im Generalstab, 1946 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1947–1956 Außenstellenleiter, 1956–1968 Mitarbeiter in der Zentrale.

69 Heinz-Danko Herre (DN Herdahl), 1909–1988, bis 1945 bei Fremde Heere Ost, nach Kriegsende am Aufbau der Organisation Gehlen beteiligt, 1946–1953 im Leitungsstab Gehlen, 1952–1958 Leiter der Auswertung, 1960–1964 Leiter militärische Beschaffung, danach Resident des BND in Washington, 1971 Pensionierung.

um die Entwicklung weiter zu beobachten. Beide kamen schließlich überein, dass die Demonstrationen keine weiteren Maßnahmen rechtfertigen würden und verabschiedeten sich – wie Graber rückblickend berichtete – unter gegenseitiger Versicherung „dumpfer und ahnungsvoller Gefühle.“⁷⁰

Noch vor Dienstbeginn in Pullach berichteten die Rundfunkstationen am 17. Juni 1953 schon in den Morgennachrichten über Massenkundgebungen in Ostberlin, an denen noch weit mehr Menschen teilnahmen als am Vortag. Unter dem Eindruck der Ereignisse am 16. Juni, die inzwischen auch außerhalb Berlins bekannt geworden waren, radikalisierte sich in der gesamten DDR der Protest und schlug in einen Volksaufstand gegen das SED-Regime um. Seit den Mittagsstunden wurde er durch den Einsatz sowjetischer Truppen niedergeschlagen. Während in Ostberlin die Verhängung des Ausnahmezustandes das Ende der Erhebung markierte, hielt der Widerstand in anderen Orten noch einige Tage an.

Die Mitarbeiter der Organisation Gehlen in Pullach erfuhren von dieser dramatischen Entwicklung aus dem Rundfunk. Anfragen von Dienststellen, die im Verlaufe des Vormittags bei der DDR-Aufklärungsabteilung eingingen, konnten nicht beantwortet werden. Es lagen keine eigenen Erkenntnisse vor. Um 12.15 Uhr ging in der Zentrale ein erneuter Funkspruch des Vertreters der Organisation Gehlen in Berlin ein:

Die rasante Lageentwicklung in Ost-Berlin, die heute vormittags auch auf West-Berlin übergreift, macht schnellste Nachrichtenübermittlung notwendig. Vor allem ist Volkmann⁷¹ an Lageentwicklung Zone interessiert. Erbitten schnellstmögliche Nachrichtenübermittlung auch auf diesem Wege, falls neue Meldungen und Erkenntnisse.⁷²

Als Radio München in den Mittagsnachrichten über den Einsatz der Volkspolizei gegen die Demonstranten berichtete und in Bonn eine Regierungserklärung zu den Ereignissen vorbereitet wurde, machte sich in

70 Einsatzbericht, S. 9, BArch B 206/934, Blatt 17.

71 „Volkmann“ war der Tarnname für Heinrich Vockel.

72 Führungsexponent Berlin (Helmut Kleikamp) an Dienststelle 33, Funkspruch Lageentwicklung in Berlin, 17.06.1953, BND-Archiv 120826, Blatt 1531. Graber datiert im Einsatzbericht den Eingang auf 11.00 Uhr, auf dem Funkspruch ist 12.15 Uhr als Eingangszeit vermerkt. Einsatzbericht, S. 10, BArch B 206/934, Blatt 18.

der Zentrale der Organisation Gehlen Unruhe breit.⁷³ Um 12.50 Uhr traf dann die erste eigene Nachricht über den Aufstand ein. Sie bestätigte den seit dem Morgen im Radio gemeldetem Demonstrationszug der Hennigsdorfer Arbeiter.⁷⁴ Nachdem um 13 Uhr der Bayerische Rundfunk die Verhängung des Ausnahmezustandes und den Einsatz sowjetischen Militärs gegen die Demonstranten bekanntgab, setzte sich Graber mit den Leitern der Aufklärungsabteilungen Politik und Funk, Vertretern des Gehlen-Stabes und den Außenstellen in Verbindung, um das Lagebild der DDR-Beschaffung mit den Erkenntnissen der anderen Dienststellen abzugleichen. Nach Grabers Schilderung herrschte, wie er sich ausdrückte, überall die Ansicht, „Zentrale hat keine Zeit mehr, kleine Helle zu trinken“ und müsse nunmehr reagieren. Ein solcher Schritt konnte aber nur von der Leitung angeordnet werden. Horst von Mellenthin⁷⁵, Gehlens Stellvertreter, gab zwei Stunden später bekannt, dass für 16 Uhr eine Besprechung der Abteilungsleiter anberaumt sei.⁷⁶

Erst drei Stunden nach Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Eingreifen der sowjetischen Truppen, der das Ende des Volksaufstandes bedeutete, reagierte die Organisation Gehlen auf die Vorgänge. Aus den zur Verfügung stehenden Quellen geht nicht hervor, weshalb die Leitung nicht zu einem früheren Zeitpunkt Maßnahmen ergriff. Fehlende Kenntnis der Ereignisse ist unwahrscheinlich, da die Mitarbeiter spätestens seit dem Vormittag aus Presse und Rundfunk informiert waren. Denkbar ist, dass die Leitung der Organisation Gehlen den Demonstrationen selbst keine besondere Bedeutung beimaß, die Mobilisierung der Roten Armee in Ostberlin und anderen Orten der DDR am Mittag hingegen als potentielle Bedrohung wahrnahm, auf die sie glaubte, reagieren zu müssen.

An die Außenstellen erging am späten Nachmittag des 17. Juni die Anweisung, eine „laufende schnelle Berichterstattung über die Vorgänge in Berlin und in

73 Meldung Radio München, Mittagsnachrichten, 17.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 264.

74 40/P (Politische Beschaffung) an 30 (Leitung), Meldung „Demonstration in Berlin“, 17.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 263 sowie die zugrunde liegende Meldung „Demonstrationen in Berlin“, 17.06.1953, BND-Archiv 121285, Blatt 1019.

75 Horst von Mellenthin (DN Merker), 1898–1977, General der Wehrmacht, 1948 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1949–1956 verschiedene Funktionen im Leitungsstab, 1951–1955 Stellvertreter Gehlens, 1956–1959 Resident des BND in Washington, 1959–1966 Mitarbeiter der Zentrale, 1966 Pensionierung.

76 Einsatzbericht, S. 9–12, BArch B 206/934, Blatt 17–20.

der Zone“ sicherzustellen.⁷⁷ Gleichzeitig wurden die Schwerpunkte der zu beschaffenden Informationen festgelegt. In unangefochtener Weiterführung der bisherigen Lageanalyse nahm die Führung der Organisation Gehlen an, dass die ausgebrochenen Unruhen Bestandteil der veränderten sowjetischen Deutschlandpolitik sein müssten. Priorität besaß daher die Beibringung von Nachrichten, welche eine Inszenierung der Demonstrationen in Ostberlin durch sowjetische Dienststellen belegen und die Gründe für das „Entgleiten der Regie“ erklären konnten. Außerdem sollten die „sowjetischen Absichten“ hinsichtlich einer Regierungsumbildung in der DDR und die „gesamtdeutschen Absichten der Sowjets“ geklärt werden. An letzter Stelle stand die Beschaffung von Berichten über die Fortführung des „Neuen Kurses“ und das Verhalten der Volkspolizei.⁷⁸

Diese Anweisung hatte mit Verhängung des Ausnahmezustandes jedoch kaum noch praktische Bedeutung. Die damit einhergehende Schließung der Sektorengrenzen in Berlin hatte zur Folge, dass die bislang hauptsächlich über Westberlin laufende Verbindung zu den Gewährsleuten unterbrochen war. Den meisten Agenten aus der DDR war es nicht mehr möglich, über die stark bewachte Grenze zu gelangen. In Pullach bestand zwar am 17. Juni noch die Hoffnung, die Konsequenzen der Absperrung durch vorbereitete Einsatzmaßnahmen auffangen zu können. Da diese aber bei den Außenstellen noch überwiegend im Planungsstadium waren, kamen sie kaum zum Tragen.⁷⁹ Der nahezu vollständige Ausfall der Agentennetze traf die Organisation Gehlen unerwartet. Graber konstatierte mit dem Abstand von einem Monat, dass die Tage nach dem 17. Juni eine „Periode der Ungeduld und des Zweifelns an der eigenen, erwiesenen Leistung und an dem vorhandenen Können des Feldapparates“ waren, was angesichts der desaströsen Nachrichtenlage eine deutliche Untertreibung sein dürfte.⁸⁰

77 Einsatzbericht, S. 63, BArch B 206/934, Blatt 72.

78 30 (Gehlen) an alle Dienststellen und CIA, Anweisung Entwicklung in der SBZD, 17.06.1953, BND-Archiv 4317; Einsatzbericht, S. 41, BArch B 206/934, Blatt 50. Die Anweisung erwähnt die Beobachtung der sowjetischen Truppen nicht, was auch darauf zu führen sein dürfte, dass dieser Auftrag ohnehin bestand. Es existiert eine Entwurfsversion dieser Anweisung, die auf den persönlichen Mitarbeiter Gehlens, Eberhard Blum, zurückgeht. Diese wurde vermutlich mit der Führung abgestimmt, überarbeitet und in der obigen Form abgesetzt. 30d (Eberhard Blum), Notiz, 17.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 262.

79 50/D (Siegfried Graber) Maßnahmen für den A-Fall (Abschnürung Berlins), 19.03.1953, BND-Archiv 120100, Blatt 885–891; BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), Brief, 21.06.1953, S. 2, BArch B 206/934, Blatt 153; Anonym [BV E] an Filiale 120/E, 15.07.1953; abgedruckt in: Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 280–282, hier S. 281.

80 Einsatzbericht, S. 16, BArch B 206/934, Blatt 24.

Wie groß das Entsetzen und die Verunsicherung während des Aufstandes gewesen sind, lässt sich aus dem Brief des Bremer Außenstellenleiters und späteren Vizepräsidenten des BND, Hans Worgitzky⁸¹, ablesen, den er zwei Tage nach dem 17. Juni an die Zentrale schickte:

*Zunächst war gähnende Leere. [...] Das ist unerträglich. Wir haben so viele Nachrichtenleute in Berlin, Berlin ist wieder einmal Brennpunkt der Welt, und kaum Nachrichten! [...] Wenn man in diesen Tagen die Zeitung liest, wird man neidisch und etwas traurig. Dabei haben wir [...] bewiesen, dass wir auch aktuell sein können. [...] Wenn wir solche Aufgaben [...] nicht meistern, so werden wir weltfremde Spezialisten. Nachrichtenbeamte für historische Sonderverbindungen, alles Mögliche, nur keine Nachrichtenführer sein, die in die Welt passen!*⁸²

Bei der Beurteilung der Vorgänge in der DDR war die Organisation Gehlen in der Woche nach dem Aufstand in erster Linie auf die Berichterstattung von Presse und Rundfunk angewiesen. Der unerwartete Ausbruch des Volkszorns gegen das SED-Regime erweckte international großes Aufsehen. Trotz der Abriegelung der Sektorengrenzen bestanden für die Medien offensichtlich bessere Möglichkeiten, die Vorgänge in Ostberlin und mit einiger Verzögerung in den anderen Regionen der DDR zu verfolgen. Insbesondere die Berichterstattung des RIAS trug dazu bei, dass Informationen über das Ausmaß und den Ablauf des Volksaufstandes im Westen rasch bekannt wurden.⁸³ Innerhalb der Organisation Gehlen erlaubten die wenigen bis zum 22. Juni vorliegenden eigenen Meldungen über den Aufstand lediglich die Feststellung, dass sich die Rote Armee in der DDR „in Bewegung“ befände.⁸⁴ Der CIA-Stab war über das offensichtliche Versagen des Gehlen-Dienstes verärgert. Nach Graber soll die „befreundete Seite“ am Nachmittag des

81 Hans-Heinrich Worgitzky (DN Wagner), 1907–1969, bis 1945 Oberst der Wehrmacht, 1946 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1946–1956 Außenstellenleiter, 1956 Stellvertreter Gehlens, 1957–1967 Vizepräsident des BND, seit 1965 erkrankt, 1967 offizieller Ruhestand.

82 Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Brief, 19.06.1953, S. 1–2, BArch B 206/934, Blatt 134–135. Dazu auch Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 17, BND-Archiv 7361, Blatt 301.

83 Martin Krämer: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1996, S. 167–174 sowie Manfred Rexin, Zur Rolle Westdeutschlands, S. 89–90.

84 Insgesamt lagen 81 Meldungen vor, die zu 90% aus dem Großraum Berlin stammten. 30d (Eberhard Blum), Protokoll Gruppenleiterbesprechung, 22.06.1953, S. 1, BND-Archiv 7361, Blatt 257.

18. Juni 1953 geäußert haben: „Wo bleiben Meldungen? Wir haben doch so viel Geld investiert.“⁸⁵ Entsprechend wurden Überlegungen angestellt, wie der Nachrichtenausfall kompensiert werden könne. Abgesehen von der Auswertung der Presse- und Rundfunkberichterstattung blieben nur zwei Möglichkeiten, Informationen zu beschaffen. Zum einen mussten Informationsquellen im Westen erschlossen werden, die über Kontakte in den Osten verfügten. Zum anderen stand das für den Kriegsfall aufgebaute Netz von Außenfunkern (AfU) in der DDR zur Verfügung, die trotz der Grenzschießung in der Lage gewesen wären, aktuell zu berichten. Da eine plötzliche Aktivierung des Funknetzes die Gefahr einer Enttarnung mit sich brachte, wurde von seinem Einsatz zunächst abgesehen. Erst als am 19. Juni klar war, dass die Abriegelung in Berlin bis auf weiteres bestehen bleiben würde, ordnete die Leitung der Organisation Gehlen – vermutlich auf Druck des CIA-Stabes – den Einsatz der AfU an.⁸⁶ Allerdings erwies sich die Umsetzung dieses Planes als schwierig. Es bestand nämlich praktisch keine Möglichkeit, die 23 einsatzbereiten Agentenfunker zu alarmieren. Die Leitung hatte beim CIA-Stab vergeblich versucht, in Krisenfällen die Durchgabe einschlägiger Codes im Rundfunkprogramm des RIAS zu erreichen.⁸⁷ Es lag damit während des 17. Juni im Ermessen der einzelnen Funker, ihren Auftrag, sich nur im Falle eines militärischen Konfliktes zu melden, zu übergehen und selbstständig den Kontakt zu den Führungsstellen im Westen herzustellen.⁸⁸ Dem Einsatzbericht nach zu urteilen, traten bis zum 22. Juni lediglich acht Funker in Erscheinung, nur fünf von ihnen übermittelten Informationen.⁸⁹ Bis zum 5. Juli meldeten sich noch elf weitere. Insgesamt gingen auf diesem Weg innerhalb von drei Wochen lediglich 41 Meldungen ein.⁹⁰ Trotz der in den ersten Tagen großen Bedeutung der Funksprüche, die die einzige Verbindung in die DDR darstellten, ist dem Einsatzbericht zu entnehmen, dass die Inhalte „im Allgemeinen schwach“ und die Funker „zu stark auf

85 Einsatzbericht, S. 15, BArch B 206/934, Blatt 23.

86 Einsatzbericht, S. 17, BArch B 206/934, Blatt 25.

87 30d (Eberhard Blum), Protokoll der Gruppenleiterbesprechung, 22.06.1953, S. 2, BND-Archiv 7361, Blatt 258.

88 Einsatzbericht, S. 57, BArch B 206/934, Blatt 67. Der Auftrag der Funker schloss innere Unruhen nicht mit ein.

89 Zur Zahl der in Erscheinung getretenen Funker: 50 D (Siegfried Graber) an 25.50 (Verbindungsoffizier CIA), Aktenvermerk, 22.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 155–156, zur Zahl der am 22. Juni vorliegenden Funksprüche: 30d (Eberhard Blum), Protokoll der Gruppenleiterbesprechung, 22.06.1953, S. 1, BND-Archiv 7361, Blatt 257.

90 Einsatzbericht, S. 34, BArch B 206/934, Blatt 43.

die Spruchkurzfassung“ festgelegt waren.⁹¹ Tatsächlich dürften die meisten eingegangenen Sprüche schlicht wertlos gewesen sein. Der AfU „Bär“ teilte am 18. und 19. Juni aus Ostberlin lediglich mit, dass seine Versuche nach Westberlin durchzukommen, infolge der Grenzschießung gescheitert seien.⁹² Aus dem an der südlichen Stadtgrenze gelegenen Schönefeld erreichte Pullach am 19. Juni die wenig überraschende Mitteilung, dass seit dem 17. Juni sowjetisches Militär um Berlin zusammengezogen würde.⁹³ Von Interesse dürften zumindest die Informationen des Funkers „Lohengrin“ gewesen sein, der seit dem 18. Juni über das Ausrücken sowjetischer Truppen in Richtung Magdeburg berichtete.⁹⁴ Auf diese Weise konnten im besten Fall zwar knappe Angaben über militärische Vorgänge durchgegeben werden, eine ausführliche Berichterstattung über das Verhalten der Bevölkerung und die Reaktionen des Staatsapparates war aber nicht möglich. Ein Teil der Funksprüche erwies sich zudem als unbrauchbar, da mitunter Datum, Zeit und Ort der mitgeteilten Beobachtung fehlte.⁹⁵ Auf westlicher Seite sollte das in Berlin eingesetzte Personal durch Beobachtungen an den Sektorengrenzen Informationen über die Lage in Ostberlin beschaffen. Solche Erkundungsgänge waren mitunter schwierig, da die verdeckten Ermittler von der Westberliner Polizei aus dem Grenzgebiet vertrieben wurden.⁹⁶ Nachträglich wurde dieser sogenannte „Reporter“-Einsatz kritisch beurteilt, da so etwas nach Meinung der Leitung nicht zu den Aufgaben eines Nachrichtendienstes gehöre. Für das Informationsaufkommen erwies er sich aber dennoch als wichtig, da in den Tagen nach dem 17. Juni „andere Klärungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung standen.“⁹⁷ Der Erkenntnisgewinn aus der „Eigen-Meldetätigkeit des West-Berliner ND-Führungspersonals“ war

91 Einsatzbericht, S. 60, BArch B 206/934, Blatt 60.

92 Funksprüche 9 und 10 von Bär, 18. und 19. Juni 1953, BND-Archiv 120817, Blatt 3328–3329 sowie Einsatzbericht, S. 15 und 17, BArch B 206/934, Blatt 23 und 25.

93 Funkspruch von Ariadne, 18.06.1953, BND-Archiv 120817, Blatt 1771 sowie Einsatzbericht, S. 17, BArch B 206/934, Blatt 25.

94 Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 11, BND-Archiv 7361, Blatt 295.

95 Einsatzbericht, S. 60, BArch B 206/934, Blatt 60.

96 50 (50/D) (Siegfried Graber) an 25 (25.50 D) (Verbindungsoffizier CIA), Vorläufiger Bericht, 27.06.1953, S. 6, BArch B 206/934, Blatt 177.

97 Einsatzbericht, S. 44, BArch B 206/934, Blatt 53.

zudem geschmälert, da eine augenscheinlich große Anzahl von Meldungen entweder nur Unwesentliches enthielt oder aufgrund fehlender Angaben nicht zu verwerten war. Das wiederum gab Anlass zu interner Kritik an den Qualifikationen des hauptamtlichen Personals.⁹⁸ Ebenfalls wenig Erfolg war Versuchen beschieden, den Ostberliner Polizeifunk abzuhören, da keine verwertbaren Informationen aufgefangen werden konnten.⁹⁹

Eine vergleichsweise einfache Möglichkeit, Informationen aus Ostberlin und der DDR zu erhalten, war die Befragung von Flüchtlingen. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes setzten sich vor allem jene DDR-Bürger in den Westen ab, die als Streikaktivisten und Anführer in Erscheinung getreten waren. Die Generalvertretung G meldete am 20. Juni, dass die Vernehmung von DDR-Bürgern an der innerdeutschen Grenze begonnen habe.¹⁰⁰ Ähnliche Berichte gingen in den kommenden Tagen auch von anderen Außenstellen ein.¹⁰¹ Jenseits der Lager war das hauptamtliche Personal in Berlin angehalten, Einwohner aus dem Ostsektor auszufragen. Ende Juni 1953 gelang es der Organisation Gehlen, mit Bauarbeitern aus der Stalinallee in Kontakt zu kommen. Deren Aussagen über die Entstehung und den Ablauf der Demonstrationen am 16. und 17. Juni 1953 wurden dann zur wesentlichen Grundlage für die Berichterstattung über den Aufstand in Ostberlin.¹⁰²

Ein anderer Weg bestand in der Ausnutzung offizieller und inoffizieller Kontakte zu Journalisten, Politikern, westlichen Sicherheitsbehörden und nicht zuletzt zu antikommunistischen Widerstandsgruppen wie den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UfJ), der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) oder den Ostbüros von SPD und DGB. Es gibt jedoch nur wenige Anhaltspunkte, dass die Organisation Gehlen von dieser

98 Einsatzbericht, S. 53, BArch B 206/934, Blatt 62.

99 Einsatzbericht, S. 29 sowie 50 (50 D) (Siegfried Graber) an 25 (25.50 D) (Verbindungsoffizier CIA), Vorläufiger Bericht, 27.06.1953, S. 6, BArch B 206/934, Blatt 38 und 177.

100 Einsatzbericht, S. 20, BArch B 206/934, Blatt 29.

101 Wie systematisch die Flüchtlingsbefragung erfolgte, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen. Nachweisbar ist, dass die Generalvertretung B die Aussagen eines Streikführers aus Halle nach Pullach weitergab. Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 12, BND-Archiv 7361, Blatt 162. In den Objektakten der einzelnen Betriebe und Kombinate fanden sich nur zwei Vernehmungsberichte aus dem Sommer 1953, die Angaben zum 17. Juni enthielten. Vernehmungsbericht Leiter Stahl- und Walzwerk Brandenburg in BArch B 206/1210 sowie Vernehmungsbericht VEB Optische Werke Rathenow in BArch B 206/1423.

102 40/P/2 (Politische Beschaffung), Meldung Zusammenstellung von Augenzeugenberichten zu den Ereignissen am 16./17.6.1953 in Ost-Berlin, 26.06.1953, BND-Archiv 121285, Blatt 1065–1078.

Möglichkeit tatsächlich Gebrauch machte. Kontakte der Organisation Gehlen zum Verfassungsschutz oder dem Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst¹⁰³ sind überhaupt nicht nachweisbar.¹⁰⁴ Der Leiter der Bezirksvertretung E, Ebrulf Zuber¹⁰⁵, ordnete zwar am 18. Juni 1953 eine „sofortige Kontaktaufnahme“ seiner Mitarbeiter mit den Ostbüros und Widerstandsgruppen an. Es gelang in seinem Zuständigkeitsbereich jedoch bis auf Gespräche mit der Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO)¹⁰⁶ nicht, Informationen einzuholen. Die spätere Empörung Zubers, dass trotz „des Abgeschnittenseins von den Quellen“ kein „Bedürfnis“ bestanden hätte die bestehenden Verbindungen zur Informationsgewinnung zu nutzen, lässt den Schluss zu, dass aus Pullach ein entsprechendes Verbot ergangen war.¹⁰⁷ Möglicherweise bestanden in der Zentrale Bedenken, dass durch ein allzu offensichtliches Bemühen um Informationen unvorteilhafte Rückschlüsse auf das Vermögen der eigenen Organisation gezogen werden könnten.

Nachweisbar sind Kontakte der Organisation Gehlen zu Westberliner Sicherheitsbehörden, die zum Informationsaustausch genutzt wurden. Eine dieser Verbindungen bestand über den Vertreter der Organisation Gehlen, Kleikamp, zur Westberliner Polizei. Dieser hatte „in den Tagen des

103 Der Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst war ein im Juli 1950 gegründeter und den Vorläufereinrichtungen des Verteidigungsministeriums, Dienststelle Schwerin und später Amt Blank, angegliederter Geheimdienst, der im Auftrag des Bundeskanzleramtes militärische und politische Spionage betrieb. Er stand in Konkurrenz zum Bundesamt für Verfassungsschutz und der Organisation Gehlen, welche die Zerschlagung des Heinz-Dienstes betrieben. Mit dem Rücktritt des Leiters, Friedrich Wilhelm Heinz, am 1. Oktober 1953 verlor er an Bedeutung, bestand formal aber noch bis zum Frühjahr 1956. Susanne Meinel: Friedrich Wilhelm Heinz (1899–1968). Verschwörer gegen Hitler und Spionagechef im Dienste Bonns; in: Dieter Krüger und Armin Wagner (Hg.), Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 61–83; Susanne Meinel: Im Mahlstrom des Kalten Krieges. Friedrich Wilhelm Heinz und die Anfänge der westdeutschen Nachrichtendienste 1945–1955; in: Wolfgang Krieger und Jürgen Weber (Hg.): Spionage für den Frieden?, München, Landsberg a. L., 1997, S. 247–266.

104 Die Generalvertretung B holte über Dritte Erkundigungen ein, zu welchen Einschätzungen über den Aufstand diese beiden Nachrichtendienste gekommen waren. Ein direkter Kontakt kam offenbar nicht zustande. Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 15, BND-Archiv 7361, Blatt 299.

105 Ebrulf Zuber (DN Ackermann), 1920–2005, vor 1945 Angehöriger der Waffen-SS, zuletzt im Rang eines Obersturmbannführers, 1947 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1947–1950 Mitarbeiter einer Außenstelle, 1950–1963 Außenstellenleiter, 1963–1985 Abteilungsleiter in der Nachrichtenbeschaffung in der Zentrale, 1985 Pensionierung.

106 Die Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge (VPO) war 1949 vermutlich im Auftrag amerikanischer Dienste gegründet worden, führte Propaganda- und Sabotageaktionen in der DDR durch und fungierte zugleich als eine Art „Mittlerstelle“ zwischen verschiedenen antikommunistischen Organisationen in Westberlin. Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 269–270.

107 Anonym [BV E], Schreiben an Filiale 120/A, 15.07.1953; abgedruckt in: Fricke/Engelmann, Tag X, S. 281.

Juniaufstandes wiederholt Besprechungen“ im Polizeipräsidium und erhielt von dort Unterlagen.¹⁰⁸

Dass es der Organisation Gehlen überhaupt gelang, wieder Informationen aus der DDR zu erhalten, war in erster Linie der schrittweisen Aufhebung der Grenzschießung seit dem 23. Juni zu verdanken. So musste Graber gegenüber der CIA eingestehen:

Von der Org. muss ehrlicherweise zugegeben werden, dass sie bei den Unruhen Glück hatte. Hätte nämlich der Gegner die Strangulierung Berlins wirklich hermetisch durchgeführt, dann wäre ein beachtliches Meldungs-vakuum entstanden. Es besteht hier kein Zweifel, dass es im Laufe mehrerer Wochen und Monate gelungen wäre, auch die hermetische Abschließung zu durchbrechen - aber wie viel Mühe hätte dies unter den Augen des Gegners gekostet!¹⁰⁹

Bei den nun eingehenden Meldungen offenbarte sich ein strukturelles Problem der Nachrichtenbeschaffung. Die Organisation Gehlen verfügte zwar im Sommer 1953 in der DDR über ein dichtes Netz an Gewährsleuten, doch waren diese in erster Linie auf Militärspionage ausgerichtet. Für die am 17. Juni von der Zentrale angeordnete Aufklärung der politischen Absichten der sowjetischen Führung wären aussagekräftige Quellen notwendig gewesen, die Einblicke in die DDR-Führung oder gar die Sowjetische Hochkommission in Karlshorst hatten. Über solche Verbindungen verfügte die Organisation Gehlen im Sommer 1953 nicht.¹¹⁰ Dem politischen Aufklärungsapparat war lediglich die Rekrutierung einiger weniger Gewährsleute in Ostberlin gelungen. Deren Informationen wurde bei der Erarbeitung des Lagebildes allerdings umso größere Bedeutung beigemessen. Mit Elli Barczatis, Mitarbeiterin

108 „Unionversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Erfahrungsbericht über die Krisentage, 30.06.1953, S. 2, BND Archiv 7361, Blatt 281. Im September 1953 übersandte Kleikamp umfangreiche „Film- und Fotokopien“ aus der Abteilung V nach Pullach, die „Auskunft über die Vorgänge um dem 17. Juni 1953 geben.“ „Feuerversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Brief Lage Berlin, 07.09.1953, BND-Archiv 120826, Blatt 1448.

109 Einsatzbericht, S. 49, BArch B 206/934, Blatt 58.

110 Udo Ritgen, im Sommer 1953 Mitarbeiter in der politischen Beschaffung, berichtete 1994: „Da sie [die Organisation Gehlen] über keinerlei politische Quellen verfügte, ist ihr Meldungsbild über die soeben geschilderten Vorgänge [den Volksaufstand] mehr als lückenhaft. [...] Auf dem politischen Sektor gibt es weder eine nachrichtendienstliche Organisation noch genügend vorgebildetes Personal. Aber das auf diesen Wegen erstellte Lagebild hinkt ständig hinter der aktuellen Lage her. Die ‚Fallführung‘ ist umständlich und zu zeitraubend, die Presseanalyse kann auch anderswo gemacht werden.“ Ritgen, Erinnerungsbericht, 1983, S. 6–7, BND-Archiv Nachlass 28, Band 7.

im Sekretariat des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, hatte der Dienst eine Verbindung in die DDR-Regierung. Die auf diesem Wege gewonnenen Erkenntnisse waren aber für die politische Lageanalyse nur von bedingtem Nutzen. Zum einen wurden politische Entscheidungen in der DDR nicht in der Regierungskanzlei, sondern in der SED-Führung gefällt. Sie waren überdies von Vorgaben der sowjetischen Führung abhängig. Dass Barczatis Einblicke in die Unterlagen Grotewohls als Mitglied der SED-Führung erhielt, ist unwahrscheinlich. Ein deutliches Indiz hierfür ist die Berichterstattung der Organisation Gehlen im Vorfeld des 17. Juni; denn weder von dieser noch von anderen Quellen wurden entscheidende Informationen über Vorgänge in der Parteiführung erbracht.¹¹¹ Eine andere und aus Sicht der Organisation Gehlen vielversprechende politische Verbindung im Umfeld des 17. Juni war der Direktor des Verlages der Nationen und Mitglied im Vorstand der Blockpartei NDPD, Günter Hofé. Im Juni 1953 bestand dieser Kontakt erst wenige Wochen. Hofé war noch keine Quelle, sondern arbeitete in erster Linie für den französischen Geheimdienst und hatte, ähnlich wie Barczatis, in seiner Funktion kaum Möglichkeiten, über Pläne der DDR-Führung nach Pullach zu berichten. Bei der Beurteilung der politischen Vorgänge war die Organisation Gehlen somit in erster Linie auf die Presseberichterstattung sowie auf Zufallserkenntnisse ihrer übrigen Quellen angewiesen. Daneben versuchte die politische Auswertung aus der Beobachtung wirtschaftlicher und militärischer Vorgänge Prognosen über politische Konzepte abzuleiten. Für eine zeitnahe Beurteilung der sich in der DDR vollziehenden Veränderungen, wie sie während und nach dem Volksaufstand dringend notwendig gewesen wäre, war dieser Ansatz ungeeignet.

Die Umsetzung der am 17. Juni erlassenen Aufklärungsforderung war aus Sicht der DDR-Beschaffung nicht möglich, da es „einer gewissen Anzahl von Spitzenquellen auf dem politischen Sektor bedurft hätte.“¹¹² Auch in

111 Barczatis wurde zudem seit 1951 von der Staatssicherheit wegen Spionageverdacht observiert. Von Januar bis Juni 1953 war sie zu einem Lehrgang abkommandiert und nicht im Büro Grotewohl tätig. Dorthin kehrte sie Mitte Juni zurück, wurde aber in die Eingabenbearbeitung versetzt, da das MfS sie nicht mehr für vertrauenswürdig hielt. Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 182–189.

Im BND-Archiv ist im Umfeld des Volksaufstandes nur eine Meldung von Barczatis nachzuweisen. Am 21. Juni lag von ihr eine Bestätigung für die im Wochenbericht vom 10. Juni erwähnte Meldung über die Zurückstellung der vormilitärischen Ausbildung in Pullach vor. Meldung SBZD, Gesellschaft für Sport und Technik, 21.06.1953, BND-Archiv 121285, Blatt 1055.

112 Einsatzbericht, S. 41–42, BArch B 206/934, Blatt 50–51.

den Außenstellen, die mit der eigentlichen Agentenführung befasst waren, erschien die Umsetzung dieses Vorhabens nicht realistisch. Ebrulf Zuber, dessen Bezirksvertretung E einige Verbindungen zu Wirtschafts- und Verwaltungsfachleuten in den Ministerien und Hauptverwaltungen der DDR hatte, äußerte sich am 21. Juni in einem Schreiben an die Zentrale daher pessimistisch:

Einige wesentliche Quellen in Ostberliner SED, Polizei und SSD wären jetzt von großem Nutzen. Nur die wesentliche politische Quelle nützt in einer solchen Situation, weil der Normalverbraucher (und das sind auch die meisten unserer Spitzenquellen außerhalb ihres Spezialgebietes) viel zu harm- und urteilslos ist, als dass er bei Geschehnissen wie den augenblicklichen hinter die Kulissen sehen könnte.¹¹³

Gleichwohl erteilte Zuber wie auch der Leiter der Generalvertretung B, Worgitzky, seinen Agenten den Auftrag, eine Klärung der politischen Hintergründe zumindest zu versuchen. Solche Schritte wurden nicht von allen geteilt. Der Leiter der Generalvertretung G schätzte die Kapazitäten seiner auf Militäraufklärung ausgerichteten Netze realistisch ein und ordnete wie bisher in erster Linie die Beobachtung der sowjetischen Truppen und DDR-Sicherheitskräfte an.¹¹⁴

Was die Organisation Gehlen in den letzten Junitagen aus eigenen Quellen über den Volksaufstand in Erfahrung bringen konnte, basierte damit auf den Aussagen ihrer militärischen Gewährsleute.¹¹⁵ Bis zum 5. Juli 1953 lagen zu beinahe zwei Dritteln von 90 beobachteten sowjetischen Militärstandorten Erkenntnisse vor.¹¹⁶ Die Verteilung der eingegangenen Berichte deckte sich mit den Schwerpunktregionen des Volksaufstandes im Großraum Berlin und

113 BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), Brief, 21.06.1953, S. 3, BArch B 206/934, Blatt 154. Ebenfalls in dieser Richtung äußerte sich auch die Generalvertretung B in ihrem Einsatzbericht. Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 284–303.

114 GV G an Dienststellen, Anweisung Entwicklung Lage in der Ostzone, 17.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 102–107.

115 Trafen am 23. Juni noch 15 Berichte in der Zentrale ein, stieg deren Zahl zwei Tage bereits auf 30 um schließlich am 27. Juni den Stand von 57 meldenden Quellen zu erreichen. Vgl. die Einträge im Einsatzbericht, BArch B 206/934.

116 Karte Einzelmeldungen vom 18.06.-05.07.1953, BArch B 206/934, Blatt 193.

dem mitteldeutschen Industrieviertel.¹¹⁷ Auf diese Weise war die Organisation Gehlen in der Lage, Angaben über den Einsatz von Sicherheitskräften, Demonstrationsstärken sowie den kursorischen Ablauf der Kundgebungen in der DDR zu erheben. Insgesamt gingen dem Einsatzbericht zufolge in Pullach 1288 einschlägige Meldungen ein.¹¹⁸

Inhaltlich beschränkten sich die Erkenntnisse zumeist auf militärische Entwicklungen. Einige Außenstellen versuchten, diese einseitige Informationserhebung durch gezielte nachträgliche Befragungen auszugleichen.¹¹⁹ Dabei handelte es sich nach Aktenlage aber nur um punktuelle Maßnahmen, welche auf die Eigeninitiative einzelner Außenstellen zurückgingen. Umgekehrt berichteten einige Quellen von sich aus über die Vorgänge an ihrem Wohnort oder in ihrem Betrieb, ohne einen besonderen Auftrag erhalten zu haben. Auf das Lagebild hatten diese Bemühungen kaum Auswirkung. Die Wirtschaftsaufklärung stellte rückblickend fest, dass zwar die militärischen Bewegungen von den eigenen Quellen umfassend berichtet worden seien, Informationen über „Streikgründe und wirtschaftliche Folgen [...], beteiligte Kreise [und] führende Aufstandsgruppen“ aber kaum vorlagen.¹²⁰ Erschwerend kam hinzu, dass sich die vorhandenen Wirtschaftsquellen, die zumeist in leitenden Positionen in Ostberlin tätig waren, nach der Niederschlagung des Aufstandes zunächst scheuten, Verbindung zu ihren Führungsstellen aufzunehmen. Die Mehrheit dieser Gewährsleute legte erst im Verlaufe des Julis Meldungen vor.¹²¹ Was die

117 Dieses nachträglich erhobene dichte und detaillierte Meldungsbild spiegelt sich in der Standortkartei der Organisation Gehlen über die Rote Armee, BArch B 206 106–115 sowie Wagner/ Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 91–92.

118 Die im Einsatzbericht angeführte Bilanz des Meldungsaufkommens bedarf der Erläuterung. Zwar wurden 1288 Meldungen von 548 Quellen abgesetzt. Die Zahl der von den Agenten „abgesetzten Meldungen“ gibt aber nur die Menge der in der Zentrale eingegangenen Rohmeldungen wieder, die keine Rückschlüsse auf die nach Prüfung tatsächlich verwertbaren Informationen zulässt. Vor dem Hintergrund der geschilderten mangelhaften Berichterstattung, besonders in den ersten Tagen nach dem Aufstand, dürfte die Zahl der brauchbaren Meldungen deutlich geringer gewesen sein. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Masse der Informationen die Zentrale erst zwei Wochen nach dem 17. Juni erreichte. Unter den Quellen subsumiert der Bericht entgegen den üblichen Gepflogenheiten nicht nur die Agenten aus der DDR, sondern gleichfalls einmalige Gelegenheitsquellen, das im Umfeld des 17. Juni meldende Westberliner Personal und die Vernehmer der Organisation Gehlen in den Auffanglagern. Setzt man die angeführte Zahl von 548 meldenden Quellen ins Verhältnis zu den etwa 700 in der DDR tätigen Agenten, so dürfte etwa nur ein Drittel der Gewährsleute über den Aufstand berichtet haben. Einsatzbericht, S. 33, BArch B 206/934, Blatt 42.

119 UV-Leiter E-120 an Zentrale, Bericht vom 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 143–144.

120 50/W (Wirtschaftsaufklärung), Die wirtschaftliche Aufklärung, 28.07.1953, S. 8, BND-Archiv 3196.

121 Einsatzbericht, S. 16 und 48, BArch B 206/934, Blatt 24 und 52, Anonym (BV E), Schreiben an Filiale 120/A, 15.07.1953; abgedruckt in: Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 281.

politischen Erkenntnisse angeht, so war die Bilanz noch schlechter ausgefallen: In der Berichterstattung über den 17. Juni sind keine Hinweise enthalten, die auf eine Kenntnis der Vorgänge innerhalb des Partei-, Staats- oder Sicherheitsapparates schließen lassen.

Neben dem vorübergehenden Verlust der Quellen wirkten sich noch andere Faktoren nachteilig auf den Kenntnisstand der Organisation Gehlen aus. Die Außenstellen waren am 17. Juni angewiesen worden, nur über Vorgänge zu berichten, die nicht Presse und Rundfunk zu entnehmen waren.¹²² Angesichts der dichten öffentlichen Berichterstattung leiteten einige Außenstellen einen Teil der angefallenen Erkenntnisse nicht weiter, da man sich unsicher war, ob die eingegangenen Informationen nicht bereits aus anderer Quelle vorlagen.¹²³ In anderen Fällen wurde diese Anweisung dahingehend interpretiert, dass eine zeitnahe Berichterstattung nicht vordringlich sei. Der Leiter der Generalvertretung G erklärte seinen nachgeordneten Stellen am 17. Juni:

Die gegenwärtigen Ereignisse gehen so und so über uns hinweg, d.h. sie sind nur nachträglich erfassbar. [...] Eine Unterrichtung über Vorgänge, die vermutlich kurz darauf in Rundfunk und Presse verbreitet werden, erübrigt sich.¹²⁴

So verhielt sich ein signifikanter Teil des Personals in den Außenstellen abwartend. Der Einsatzbericht führt zwar auch abenteuerliche Versuche an, über die geschlossenen Grenzen hinweg Informationen aus der DDR zu beschaffen. Die Herausstellung dieser Unternehmungen deutet aber darauf hin, dass solche Aktionen nicht an der Tagesordnung waren.¹²⁵ Zuber empörte sich nachträglich über die Untätigkeit seiner Mitarbeiter, die sich in den Tagen nach dem 17. Juni Verwaltungsaufgaben zugewandt hätten, anstatt sich um die Nachrichtenbeschaffung zu kümmern.¹²⁶ Dass sich solches Verhalten nicht auf seinen Bereich beschränkte, lässt sich aus den Unterlagen des Berliner Meldekopfes ablesen, der für die Übermittlung aller in Westberlin

122 30d (Eberhard Blum), Berichterstattung wegen besonderer Lage, 17.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 261.

123 Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 17, BND-Archiv 7361, Blatt 301.

124 Leiter GV G an Außenstellen, Anweisung, 17.06.1953, S. 1 und 6, BArch B 206/934, Blatt 103 und 107.

125 Funkspruch an GV G, 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 142.

126 Anonym (BV E), Schreiben an Filiale 120/A, 15.07.1953; abgedruckt in: Fricke/Engelmann, Tag X, S. 280–281.

eingegangenen Meldungen in die Bundesrepublik verantwortlich war. Die Mitarbeiter verfügten offenbar über ausreichende Kapazitäten, um sich während der Aufstandstage um Lohnangelegenheiten zu kümmern.¹²⁷

Die in den Außenstellen aufgelaufenen Berichte benötigten angesichts des komplizierten Kurierweges mehrere Tage, bis sie in der Zentrale eintrafen. Selbst die Weiterleitung eines Funkspruches hatte eine längere Laufzeit als ein „Luftpost-Eilbrief“, wie Worgitzky kritisch anmerkte.¹²⁸ In der Zentrale bereiteten selbst die am 17. Juni angeordnete ständige Presse- und Rundfunkauswertung sowie die Verarbeitung der wenigen eingehenden Meldungen während der Aufstandstage offenbar größere Probleme. Da es keine Planungen für die Einrichtung eines Krisenstabes gab, nahm die interne Abstimmung zwischen den einzelnen Referaten und Abteilungen einen Großteil der Kapazität in Anspruch.¹²⁹ Die Erarbeitung von Lageeinschätzungen litt unter diesen organisatorischen Problemen.¹³⁰ Erst nach einer Woche gelang es durch ad hoc Maßnahmen auf der Arbeitsebene, die „zentralen Führungsinstanzen aufeinander einzupendeln.“¹³¹ Am 22. Juni wurde zur schnelleren Weiterleitung der eingehenden Meldungen innerhalb der DDR-Beschaffung ein „Arbeitsstab Aufstand“ gebildet, der die Auswertungsabteilung bei der Erstellung eines Lagebildes unterstützte, aber wenige Tage später wieder aufgelöst wurde.¹³²

Der Volksaufstand in der DDR traf die Organisation Gehlen damit vollkommen unvorbereitet. Die Bedeutung der Vorgänge wurde spät erkannt und unzutreffend eingeordnet. Die Schließung der Sektorengrenzen schnitt den Gehlen-Dienst in den entscheidenden Tagen von seinen Gewährsleuten in der DDR ab. Dies und die internen Probleme ermöglichten dem Dienst nur eine nachträgliche und einseitige Informationsbeschaffung.

127 „Unionversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Brief Steuerabgaben an Coverfirma, 17.06.1953, BND Archiv 120828, Blatt 1595; „SWU“ (Dienststelle 33) an „UVB“ (Helmut Kleikamp), Festsetzung von Lohnpauschalen, 19.06.1953, BND Archiv 120827, Blatt 1211.

128 Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 18, BND-Archiv 7361, Blatt 302. Am 27. Juni lagen in Pullach kaum Originalmeldungen, sondern hauptsächlich Funksprüche vor. 50 (50/D) (Siegfried Graber) an 25 (25.50) (Verbindungsoffizier), Vorläufiger Bericht, 27.06.1953, S. 1, BArch B 206/934, Blatt 172.

129 Einsatzbericht, S. 37–39, BArch B 206/934, Blatt 46–49.

130 Chief of Base Pullach an Chief EE, 16.07.1953; in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 695, NARA; Einsatzbericht, S. 64. BArch B 206/934, Blatt 73.

131 Einsatzbericht, S. 39, BArch B 206/934, Blatt 48.

132 Stabsmitteilung 50, 22.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 157–158.

3

Interpretationen und Erkenntnisse

Für die Militäraufklärung der Organisation Gehlen war der Volksaufstand ein Glücksfall. Der massierte Einsatz der sowjetischen Armee und der DDR-Sicherheitskräfte ermöglichte es, die bisherigen Erkenntnisse über Stärke, Dislozierung und Ausrüstung zu überprüfen und zu ergänzen. Zudem gaben die Truppenbewegungen Aufschluss darüber, welche militärischen Planungen auf sowjetischer Seite für den Ernstfall vorlagen. Das Verhalten der eingesetzten Truppen, insbesondere aber der Kasernierten Volkspolizei, ermöglichte Rückschlüsse über die Zuverlässigkeit und die Moral der Sicherheitskräfte. Diesen Fragen schenkte die Organisation Gehlen in ihren Berichten über den Volksaufstand große Aufmerksamkeit. In der am 29. Juni dem Kanzleramt übermittelten ersten „Kurzorientierung“ wurde der Ablauf des Volksaufstandes anhand des Einsatzes der sowjetischen Armee dargelegt. Knapp zwei Wochen nach dem Ausbruch der Unruhen war die Organisation Gehlen in der Lage, Angaben über den Einsatz einzelner Divisionen im Großraum Berlin sowie in Halle, Weimar und an der Ostseeküste vorzulegen.¹³³ Der im Juli vorgelegte Abschlussbericht beschreibt auf dreizehn Seiten ausführlich Mobilisierung, Einsatz und Rückverlegung der Sicherheitskräfte, gegliedert nach Teilstreitkräften und auf dem gesamten Territorium der DDR. Diese umfassende und dichte Darstellung zeigt, dass die Militäraufklärung nach einem Monat in der Lage war, ein vermutlich in weiten Teilen vollständiges Lagebild zu rekonstruieren.¹³⁴

¹³³ Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, 29.06.1953, S. 7–10, VS-Registatur Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 45–47.

¹³⁴ Dazu ausführlich Wagner, Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 87–93. Das dichte und kleinteilige Informationsaufkommen über die militärischen Vorgänge spiegelt sich auch in der Standortkartei über die sowjetischen Truppen der Organisation Gehlen. BArch B 206/106–115.

Die neusten Ereignisse in Ostberlin zeigen an, dass Ulbricht und Grotewohl schwere Tage bevorstehen. Es besteht kein Zweifel, dass die Demonstrationen der Arbeiterschaft, zumindest in der Anfangsphase, inszeniert wurden, um damit die scheinbare Bereitschaft der Sowjets anzukündigen, den Sowjetisierungskurs zugunsten der Wiedervereinigung Deutschlands nachhaltig zu bremsen - vielleicht sogar unter Preisgabe der mit ihm verbundenen hohen Funktionäre. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (17.6. 15 Uhr) scheint die Bewegung allerdings den Regisseuren aus der Hand geglitten zu sein.¹³⁵

Die These eines inszenierten, aber schließlich den Absichten der Initiatoren zuwiderlaufenden Aufstandes gegen die SED-Führung wurde nicht nur von der Organisation Gehlen vertreten. Die Vorstellung, dass es sich bei den Vorgängen in der DDR um einen spontanen Aufstand handeln könnte, überstieg zunächst die Vorstellungskraft vieler westlicher Beobachter.¹³⁶ Vor allem der Umstand, dass der am 16. Juni formierte Demonstrationzug ungehindert bis vor das Regierungsgebäude ziehen konnte, galt als Indiz für eine Inszenierung der Erhebung.¹³⁷ Auch Adenauer teilte diese Vermutung und äußerte sich in seiner am Frühlernachmittag abgegebenen Regierungserklärung über die Entstehungszusammenhänge unbestimmt und zurückhaltend:

Wie auch die Demonstrationen der Ost-Berliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone und Berlin geworden.¹³⁸

¹³⁵ Übersicht, 17.06.1953, BArch 206/856, Blatt 156–166, hier 159. Hervorhebung im Original. Siehe dazu auch die vermutlich von Ebrulf Zuber verfasste Anweisung an seine Dienststellen: Anonym (BV E), Schreiben an Filiale 120/A, ohne Titel, 20.06.1953; abgedruckt in Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 269–270, hier S. 269. Das Dokument stammt aus der Filiale 120/A der BV E und wurde vom MfS im Zuge der Verhaftung des Mitarbeiters der Organisation Gehlen, Werner Haase, im November 1953 sichergestellt.

¹³⁶ Vor allem auf der Ebene der internationalen Politik wurden die Ereignisse in Ostberlin als Manöver der sowjetischen Führung wahrgenommen. Für die amerikanische Regierung siehe Ostermann, Uprising, S. 175–176. Zur Presseberichterstattung: Manfred Rexin: Zur Rolle Westdeutschlands und West-Berlins am 16./17. Juni 1953, S. 84–91 sowie ders.: Diesseits des Potsdamer Platzes. West-Berlin am 16. und 17. Juni 1953, Berlin 1983, S. 12–13.

¹³⁷ Meinungsbildend wirkte sich die Einschätzung des Chefkorrespondenten der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press aus, der angesichts der Kundgebungen am 16. Juni von einer inszenierten Kampagne ausging. Rexin, Zur Rolle Westdeutschlands, S. 84.

¹³⁸ Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, 17.06.1953; in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Band 16, Bonn 1953, S. 13449.

3.1 Interpretationen: Inszenierter Aufstand

Die Organisation Gehlen benötigte etwa vier Wochen, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte des Volksaufstandes einzuordnen, zu bewerten und zu einer einigermaßen zutreffenden Einschätzung zu gelangen. Wie aus der am 17. Juni erlassenen Aufklärungsforderung ersichtlich, beschäftigte man sich in Pullach vor allem mit der Frage, welche Ursachen dem plötzlich ausbrechenden Aufstand zugrunde lagen.

Am 17. Juni selbst ging die Organisation Gehlen davon aus, der Aufstand sei von der sowjetischen Führung herbeigeführt worden. Der um 15 Uhr abgeschlossene Wochenbericht führt an, dass im Rahmen des primär gegen die Westbindung der Bundesrepublik gerichteten „Neuen Kurses“ in letzter Konsequenz auch eine Entmachtung der SED-Führung mit Hilfe eines inszenierten Aufstandes wahrscheinlich sei. So heißt es einleitend, die sowjetische Führung hätte „ihre politische Aktivität [...] noch gesteigert“ und sei „nunmehr zum Endspurt gegen die Organisation der westlichen Verteidigung angetreten“. Die Veränderungen der letzten Wochen, seien nur „taktische Maßnahmen mit stark propagandistischer Färbung“ gewesen. Jetzt „muss aber damit gerechnet werden, dass Sowjets noch weitergehende, echte Konzessionen [...] anbieten werden“ und bereit seien, „Opfer“ zu bringen:

In der Literatur wird verschiedentlich vermutet, dass die Wahrnehmung des Bundeskanzlers auf eine Unterrichtung durch die Organisation Gehlen zurückzuführen sei.¹³⁹ Ein Kontakt zwischen dem Kanzleramt und Pullach vor Veröffentlichung der Regierungserklärung ist nicht nachweisbar. Adenauer dürften neben einer immerhin denkbaren Unterrichtung noch die Einschätzungen des Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienstes sowie möglicherweise auch Stellungnahmen westlicher Botschafter in Bonn vorgelegen haben, die zunächst ebenfalls von der einer Inszenierung ausgingen.¹⁴⁰ Eine Bestätigung aus Pullach dürfte diese Annahme bestärkt, aber kaum ursächlich herbeigeführt haben. Die Regierungserklärung wurde auf einer Sondersitzung des Bundeskabinetts am Mittag des 17. Juni beschlossen, nachdem der über die Lage in der Ostzone gut unterrichtete Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen über die Vorgänge in der DDR Bericht erstattet hatte.¹⁴¹

Der „Spiegel“ behauptete in seiner ersten Ausgabe nach dem Volksaufstand sogar noch am 24. Juni, dass die Vorgänge „ganz anders geplant“ gewesen seien.¹⁴² Ungeachtet solcher Annahmen ging der Grundtenor in den Tageszeitungen jedoch dahin, die Gründe für den Aufstand seien in der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage in der DDR zu sehen. Vor allem die Berichterstattung des RIAS, der enge Verbindung zu den Aufständischen und der DDR-Bevölkerung hatte und aus erster Hand berichten konnte, prägte die öffentliche Wahrnehmung der Erhebung.¹⁴³ Zum Spektrum der zeitgenössischen Interpretationen gehörte auch die von der SED-Führung noch am 17. Juni erhobene Behauptung, der Aufstand sei vom Westen herbeigeführt worden.

139 Karl Wilhelm Fricke: Zur Geschichte und historischen Deutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953; in: Heidi Roth, Der 17. Juni in Sachsen, Köln 1999, S. 13–100, hier S. 84–85.

140 Der Botschafter Frankreichs äußerte sich am 20. Juni gegenüber Außenminister Hallstein in dieser Richtung. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein, 20.06.1953; in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, 1953, Band 1, 1. Januar bis 30. Juni, München 2001, S. 595–597, hier 595. Zum Heinz Dienst: FHW/Dienst 3c/53, Lage in Berlin, 17.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 28–29.

141 Sondersitzung der Bundesregierung, 17.06.1953; in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, hg. von Hans Booms, Band 6, Boppard am Rhein 1989, S. 348–349. Egon Bahr führt in seinen Erinnerungen aus, dass am Morgen des 17. Juni bereits eine erste Stellungnahme des Kanzlers verbreitet werden sollte, die klar eine sowjetische Urheberchaft unterstrich. Im RIAS sei die Ausstrahlung dieser Mitteilung unterblieben und Bahr hätte sich mit dem Kanzleramt in Verbindung gesetzt, um die Regierung von der Abwegigkeit dieser Interpretation zu überzeugen. Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 78–79 sowie Fricke, Zur Geschichte, S. 85.

142 Juni-Aufstand. Was in der Luft liegt, Der Spiegel, 24.06.1953, S. 6–7, hier S. 6.

143 Krämer, Volksaufstand, S. 168–169.

Da Presse und Rundfunk die Hauptinformationsquellen der Organisation Gehlen waren, dürften diese widersprüchlichen Einschätzungen aufgefallen sein. Zu einer Differenzierung der eigenen Bewertung führte dies nicht. Am 18. Juni lag die Meldung eines Gewährsmannes vor, wonach die Demonstration am Vortag von der SED-Führung angeordnet worden seien. Aus Sicht des Bearbeiters in Pullach hatte die Quelle zwar den Akteur falsch erkannt, die Meldung wurde aber in der Grundaussage als zutreffend eingeschätzt und in die eigenen Ansichten eingepasst:

Die Meldung unterstützt hiesige Auffassung hinsichtlich Entstehungsgrund und unplanmäßiger Weiterentwicklung der Unruhen in Ost-Berlin und der Sowjetzone. Anzunehmen, dass eine derartige Inszenierung (wenn auch mit unbeabsichtigtem Ausmaß) ohne ausdrückliche Billigung bzw. ohne Anstoß von sowjetischer Seite her erfolgt sein könnte, ist abwegig. Seit wann wäre eine Partei bzw. Regierung des sowjetischen Machtbereichs zu einer Selbstbezichtigung - und gar in dieser selbstmörderischen demonstrativen Form - ohne Weisung oder Zwang aus Moskau bereit gewesen?¹⁴⁴

Entsprechend wurde der Beitrag der politischen Auswertung zur Tagesmeldung vom 18. Juni formuliert:

Der aus den bisher vorliegenden Hinweisen (auch der Presse) zu gewinnender Gesamteindruck über die Unruhen in Ost-Berlin und der Sowjetzone bestätigen unsere in der Übersicht vom 17.6. [ein Wort unleserlich] Auffassung, dass es sich bei den betreffenden Vorgängen im Ansatz um eine von offizieller sowjetischer Seite in Szene gesetzte Aktion handelt, mit dem Ziel, die Frage der Wiedervereinigung in innerdeutschem Rahmen ins Rollen zu bringen und hierfür bestimmte Hemmnisse auf östlicher Seite (Ulbricht etc.) zu beseitigen, um auf diese Weise eine für den Osten günstige Ausgangsbasis für evtl. nachfolgende Verhandlungen zu schaffen, (Alte Parole: zuerst Gesamtdeutsche Beratungen!) Im tatsächlichen Verlauf ist die ausgelöste Bewegung über das beabsichtigte Maß hinausgegangen durch Entfesselung von in diesem Umfang¹⁴⁵ offenbar nicht vermuteten Widerstandskräften. Inzwischen

144 Meldung „Demonstrationen in Ost-Berlin“, 18.06.1953, S. 1–2, hier S. 2, BND-Archiv 121285, Blatt 1028–1029, hier 1029.

145 Im Original ursprünglich Maße, handschriftlich geändert in Umfang.

scheint es jedoch gelungen zu sein, die Kettenreaktion abzufangen und überschießende Tendenzen als Störaktionen „westlicher Agenten“ zu erklären.¹⁴⁶

Wurde in dieser Bewertung die Grundthese nicht infrage gestellt, so fallen hinsichtlich ihres Zwecks und der Akteure Differenzierungen auf. Ein erster Hinweis findet sich in der Entwurfsfassung für eine Unterrichtung der Außenstellen, die auf der besagten Tagesmeldung beruht. Hier wurde die von der Auswertung festgestellte „offizielle sowjetische“ Initiative von der politischen Abteilung dahingehend abgeschwächt, dass es sich um eine Aktion von „östlicher Seite“ handele.¹⁴⁷

Aus den folgenden sieben Tagen liegen keine Quellen vor, in denen sich Veränderungen der internen Wahrnehmung ableiten lassen. Zwischenzeitlich hatte die Organisation Gehlen Erkundigungen eingeholt, zu welchen Schlüssen andere geheimdienstlich gegen die DDR arbeitende Organisationen gekommen waren. Diese „Gesprächserkundungen“ ergaben, dass der Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst davon ausging, dass die „Unruhen unter östlicher Regie standen“, wohingegen aus anderer Quelle dem Kanzleramt berichtet worden war, dass die „Vorgänge spontan und ohne Regie“ erfolgt waren.¹⁴⁸ Inwiefern die Organisation Gehlen Einblicke in die Einschätzungen der CIA erhielt, ist schwer zu beurteilen. Ein offizieller Informationsabgleich fand während des Aufstandes jedenfalls nicht statt, wie die Leitung später gegenüber dem CIA-Stab beklagte.¹⁴⁹ Andererseits waren die Arbeitskontakte eng und boten Gelegenheit für einen informellen Austausch. Der amerikanische Nachrichtendienst hielt zumindest Ende Juni 1953 die in Pullach vertretene Einschätzung nicht für ausgeschlossen, dass es sich um einen inszenierten Aufstand gehandelt haben könnte.¹⁵⁰

146 45/P/D (Politische Auswertung) an 40/P (Politische Beschaffung), „Beitrag zur Tagesmeldung vom 18.6.“ [Entwurf], 18.06.1953, BND-Archiv 121285, Blatt 1031. Hervorhebung im Original.

147 45/P/D (Politische Auswertung) an 40/P (Politische Beschaffung), „Zwischenbeurteilung zu den letzten Vorgängen in Berlin und in der Sowjetzone“, 18.06.1953, S. 1–2, BND-Archiv 121285, Blatt 1032–1033.

148 Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 15, BND-Archiv 7361, Blatt 299. Die zweite Meldung bezieht sich möglicherweise auf den Verfassungsschutz, der neben dem Heinz-Dienst für die nachrichtendienstliche Unterrichtung des Kanzleramtes sorgte.

149 30.0 (Horst von Mellenthin) an 25 (James Critchfield), Lessons Learned from the Uprisings, Summer 1953; in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 757, NARA.

150 Ostermann, Uprising, S. 176. Die Aussage bezieht sich auf eine CIA-Meldung vom 26.06.1953.

Am 24. Juni legte die Organisation Gehlen ihre erste Stellungnahme zum Aufstand vor. Aus dem Bericht lässt sich ablesen, dass sie ihre bisherige Interpretation nicht grundlegend in Frage stellte. So müsse „der Kreml [...] die Tatsache [...] berücksichtigen, dass die nichtkommunistische Welt die Erhebung der Arbeiterschaft in der deutschen Sowjetzone als Fanal des Freiheitswillens betrachtet“, was als Bekräftigung der These von einem inszenierten, aber aus dem Ruder gelaufenen Aufstand verstanden werden kann. Der angeordnete Kurswechsel sei „in eine in diesem Maße unerwartete Volkserhebung“ gemündet, die schließlich nur mit Waffengewalt niedergeschlagen werden konnte. Dass die Demonstrationen in Szene gesetzt worden sein müssten, wird mit dem verklausulierten Verweis auf eine von Semjonow beabsichtigte „Form einer demonstrativen Rückorientierung zur ‚Volksmeinung‘“ umschrieben.¹⁵¹ Dass sich hinter solchen Formulierungen weiterhin die Überzeugung verbarg, der Aufstand sei tatsächlich herbeigeführt worden, zeigt eine am folgenden Tag dem Kanzleramt vorgelegte angebliche Äußerung eines Angehörigen aus dem Umfeld der Sowjetischen Hochkommission, der „aus Gesprächen bei Semjonow“ wissen wollte, dass „der Streik der 80 Bauarbeiter in der Stalin-Allee von sowjetischer Seite inszeniert worden ist, um den Abtritt der DDR-Regierung vorzubereiten.“¹⁵² Abgesehen von der Presseberichterstattung lagen in Pullach zu diesem Zeitpunkt durchaus Meldungen vor, die eine andere Deutung der Hintergründe des Volksaufstandes nahe legten. In der Meldung eines prominenten politischen Gewährsmannes vom 20. Juni heißt es beispielsweise, dass die „Demonstrationen und Unruhen nicht von maßgeblichen Stellen inszeniert“ worden seien.¹⁵³ Am 26. Juni ging ein Befragungsbericht ein, der detaillierte Aussagen von Bauarbeitern aus der Stalinallee und Demonstrationsteilnehmern über die Entwicklung der Ereignisse zwischen dem 15. und 17. Juni enthielt. Der Bericht bot keinerlei Anhaltspunkte für

151 Übersicht vom 25.06.1953, BArch B 206/856, Blatt 167–171, hier 169.

152 Die Organisation Gehlen berief sich auf A. K. Krjutko, den die Meldung als Mitarbeiter der Verwaltung des sowjetischen Vermögens in der DDR ausweist. Dieser interpretierte angebliche Äußerungen des sowjetischen Hochkommissars in Ostberlin in dieser Richtung. Die in der Meldung sinngemäß wiedergegebenen Äußerungen Semjonows zeigen jedoch nur, dass auch dieser vom Ausbruch des Aufstandes überrascht wurde. Organisation Gehlen, Meldung Nr. 755 „Zur Revolte in Berlin“, 25.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 36.

153 Generalvertretung B/III an 40/P (Politische Beschaffung), Meldung „Lage DDR Quelle Horaz“, undatiert [vor 20.06.1953] sowie die darauf basierende Meldung Lage DDR, 40/P an 45/P, 20.06.1953, beide in BND-Archiv 35426, Blatt 70–71. Hervorhebung im Original.

die Inszenierungstheorie. Die daraus abzuleitende Schlussfolgerung, dass sich der Aufstand vollkommen ohne Wissen oder Duldung der SED-Führung bzw. der sowjetischen Hochkommission entwickelt haben sollte, ließ sich jedoch nicht in die Vorstellungen einpassen. Auch wenn jeglicher Beweis fehlte, wurde vermutet, dass zumindest der Beginn der Kundgebungen in der Stalinallee am 16. Juni von der SED mit Billigung der sowjetischen Hochkommission gesteuert gewesen sein musste:

Dass der Affekt zum Aufbruch aus den Reihen der Arbeiter selbst kam, kann immerhin sein. Unberührt davon bleibt aber die Auffassung gültig, dass von der SED-Regierung eine demonstrative Form der Kritik [...] erwartet und zugelassen wurde - und dies zweifellos auf Wunsch der sowj. Hochkommission [...] Dass dem späteren Massenaufstand zugrundeliegende Experiment der „Selbstkritik“, die unter Zuhilfenahme eines für zuverlässig gehaltenen Teils der Arbeiterschaft durchgeführt werden sollte, fehlgegangen ist, wird selbst von Grotewohl nicht geleugnet.¹⁵⁴

In abgeschwächter Form wurde die These einer Steuerung auch am 29. Juni dem Kanzleramt vorgetragen, ohne dass allerdings Ziele und Akteure benannt werden konnten:

Es ist erwiesen, dass beide Seiten [Sowjetische Hochkommission und SED-Führung] den Versuch gemacht haben, sie [die Demonstrationen] in den Dienst ihrer Absichten zu stellen und sie zu diesem Zweck stellenweise zunächst sogar zu fördern. [...] Erst als die Bewegung sich zum Aufstand ausgewachsen hatte, der jeder Lenkung Hohn sprach, und im Begriff stand, beide Seiten hinwegzufegen, fanden sich die Spitzen notgedrungen zu gemeinsamer Abwehr zusammen. [...] Die Auseinandersetzung zwischen Sowjets und SED - die schon lange befürchtete im Interesse der sowjetischen Friedenspolitik geopfert zu werden - wurde vertagt.¹⁵⁵

154 40/P/2 (Politische Beschaffung), Meldung „Zusammenstellung von Augenzeugenberichten zu den Ereignissen am 16./17. Juni 1953 in Ost-Berlin“, 26.06.1953, S. 1–14, hier S. 14, BND-Archiv 121285, Blatt 1065–1078, hier 1078.

155 Organisation Gehlen, Meldung 584 „Kurzorientierung“, 29.06.1953, S. 12, VS-Registrierung Bundeskanzleramt, 35001/4, Band 1, Blatt 50. Hervorhebung im Original.

Eine zumindest teilweise Abkehr von diesem Interpretationsmuster lässt sich in den ersten Julitagen nachvollziehen. Obwohl die Agenten in der DDR am 17. Juni den dringlichen Auftrag erhalten hatten, Beweise für eine Inszenierung beizubringen, belegten die nun wieder zahlreich in Pullach eingehenden Meldungen, dass sich eine solche Annahme nicht erhärten ließ. Im Gegenteil deuteten die Berichte darauf hin, dass der Volksaufstand andere Ursachen haben musste.¹⁵⁶ Zudem hatte in der öffentlichen Diskussion die Erörterung dieser Frage kaum noch Bedeutung; sie lief letztlich auf eine Diskreditierung des Aufstandes und vor allem der Opfer hinaus. Diese Entwicklungen dürften dazu beigetragen haben, dass die Einschätzungen intern einer kritischen Überprüfung unterzogen wurden. Unter nochmaliger Heranziehung des Befragungsberichtes sowie weiterer Erkenntnisse über den Ablauf der Demonstrationen, sprachen nunmehr alle zusammengetragenen Indizien gegen eine Steuerung: Sowohl die Entstehung der Protestbewegung in der Stalinallee wie auch das Zustandekommen der ersten Demonstration am Folgetag waren allein in der geforderten Zurücknahme der Normerhöhungen begründet. Überhaupt sei eine Inszenierung abwegig. Angesichts der innenpolitischen Lage in der DDR vor Ausbruch der Unruhen hätten sowohl die SED-Führung als auch die sowjetische Hochkommission „damit rechnen müssen, dass sich mit dieser Aktion Einflüsse verbinden und sich Bevölkerungsabsichten anschließen, deren Ausweitung einfach nicht vorauszuberechnen“ war. Das Ergebnis der Untersuchung mündete in dem Fazit:

Zusammenfassend können diese Überlegungen dazu führen, den Ursprung für die Demonstrationen und den folgenden Aufstand tatsächlich in dem Entschluss einer verbitterten Arbeitergruppe zu sehen, die - ohne eine Lenkung, deren sie gar nicht bedurfte - unbewusst und ungewollt den Anstoß gegeben hat. Dass sich aus einem - zunächst fast harmlos erscheinenden - Protest die machtvolle Volkserhebung entwickelte, kann nur auf die Verhältnisse in der SBZD zurückgeführt werden.¹⁵⁷

156 Dazu die Meldungen der GV B, die am 29. Juni in der Zentrale vorlagen. Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 5–6, BND-Archiv 7361, Blatt 289–290.

157 Anonym, Bericht „Der Ausgangspunkt für die Unruhen in Ostberlin“, undatiert [Anfang Juli], BND-Archiv 7361, Blatt 265–282, hier 276.

Die Einsicht, dass mit den bisherigen Vermutungen falsch gelegen zu haben, setzte sich trotz dieser zutreffenden Analyse innerhalb der Organisation Gehlen nur zögerlich durch. Entsprechend konnte man sich Mitte Juli im Abschlussbericht auch nicht zu einem klaren Dementi durchdringen. Vielmehr zogen sich die Autoren darauf zurück, alle Spekulationen über eine Inszenierung hätten nunmehr an Bedeutung verloren:

Der nachträglichen Betrachtung erscheint es unerheblich, ob der anfänglich kleine Protestmarsch möglicherweise amtlich inspiriert war, ob die vorhandene Empörung über die Normenerhöhung regiemässig ausgenutzt wurde oder ob die zweifellos bekannte Streikabsicht nur toleriert wurde. Dass eine echte Empörung nach 8 Jahren Unterdrückung vorhanden war, ist nicht zu bezweifeln.¹⁵⁸

Letzte Zweifel an einer spontanen Entstehung der Proteste ließen sich gleichwohl nicht ausräumen, denn für die Organisation Gehlen stand

außer Zweifel, dass von der sowjetzonalen Regierung eine demonstrative Form der Kritik in begrenztem und kontrolliertem Umfang erwartet und zugelassen wurde, und zwar fraglos auf Wunsch der Sowjetischen Oberkommission [...].¹⁵⁹

Diese Feststellung gründete sich auf der Beobachtung, dass die DDR-Führung den sich in den Tagen vor dem 17. Juni offen artikulierenden Protest nicht sofort durch den Einsatz von Sicherheitskräften unterband. Die naheliegende Erklärung, dass die SED-Führung ebenso wie die Organisation Gehlen die Entwicklung unterschätzte und von der Wucht des Volkszorns schlicht überrascht wurde, ließ sich nicht in die in Pullach gehegte Vorstellung einer totalitär durchherrschten Gesellschaft einpassen.¹⁶⁰

¹⁵⁸ Abschlussbericht S. 17, BArch B 206/933, Blatt 18. Diese Formulierung wurde wörtlich aus dem Einsatzbericht Worgitzkys übernommen, Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 6, BND-Archiv 7361, Blatt 290.

¹⁵⁹ Abschlussbericht, S. 19, BArch B 206/933, Blatt 20.

¹⁶⁰ Zu den Reaktionen der SED-Führung und des Sicherheitsapparates: Fricke/ Engelmann, Tag X; Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003; Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk-oder-Macht und Ohnmacht des Militärs. Neue Aspekte zur Niederschlagung des Volksaufstandes, in Kleßmann/ Stöver, 1953, S. 58–83.

3.2

Erkenntnisse über den Aufstand

Eine erste umfassende Untersuchung des Volksaufstandes legte die Organisation Gehlen am 29. Juni vor. Der Wochenbericht vom 24. Juni behandelte den Aufstand nur cursorisch und beschränkte sich auf Prognosen über mögliche Auswirkungen dieses Ereignisses auf die sowjetische Außenpolitik.¹⁶¹ Wie stark diese spät einsetzende Berichterstattung vom Meldungsausfall in den Tagen nach dem 17. Juni beeinflusst war, lässt sich augenfällig aus den Angaben über die militärischen Vorgänge und die Ausbreitung der Unruhen ablesen. Während die Organisation Gehlen am 29. Juni über den Einsatz der Roten Armee nur wenig berichten konnte und sich hinsichtlich des Ablaufes und des Ausmaßes der Unruhen auf die Feststellung beschränkte, dass die Erhebung „die gesamte Zone“ erfasst hätte, sind im Abschlussbericht umfassende Angaben über Truppenbewegungen enthalten, die mit einer ausführlicheren Darstellung des Aufstandes außerhalb Berlins einhergingen. Die Informationen basieren für die Vorgeschichte der Unruhen fast vollständig auf den Meldungen der vergleichsweise kleinen Generalvertretung B, deren Erkenntnisse am 29. Juni in der Zentrale vorlagen.¹⁶² Die Darstellung der Ereignisse in Ostberlin geht in wesentlichen Teilen auf die Anfang Juli überarbeitete Version des erwähnten Befragungsberichtes zurück. Es muss offen bleiben, weshalb sich die Organisation Gehlen bei der Abfassung ihres Abschlussberichtes in diesen zentralen Punkten nur auf diese beiden Quellen stützte. Denkbar wäre, dass abgesehen von der Generalvertretung B die übrigen Außenstellen keine für diese Fragen einschlägigen Informationen liefern konnten. Dies wiederum würde die geringe Leistungsfähigkeit der vorhandenen Netze bestätigen.

Im Gegensatz zur Berichterstattung über die Lage in der DDR vor dem 17. Juni, die sich vor allem auf die sowjetische Deutschlandpolitik konzentrierte,

¹⁶¹ Übersicht, 24.06.1953, BArch B 206/856.

¹⁶² Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, BND Archiv 7361.

bezog die Organisation Gehlen bei der Untersuchung des Aufstandes jene inneren Entwicklungen ein, die zu den Unruhen geführt hatten. Nunmehr wurde auch die Bevölkerung als Akteur berücksichtigt. So führt der Bericht vom 29. Juni an, dass die Unruhen „kein spontaner Akt“ gewesen seien, sondern Ergebnis eines sich seit dem Frühjahr 1952 steigernden Unmutes, der frühzeitig auf einen Legitimationsverlust des SED-Regimes hingewiesen habe. Als Beleg werden Beispiele für Proteste und Widersetzlichkeiten zwischen Frühjahr 1952 und den ersten beiden Monaten des Jahres 1953 angeführt, die möglicherweise von Quellen der Organisation Gehlen erfasst und für die Abfassung des Berichtes aus den Karteien zusammengetragen wurden.¹⁶³ Bekräftigt wird diese Argumentation mit angeblich vorliegenden „Berichten aus Karlshorst“, aus denen die Zuspitzung der Lage bereits Februar und März 1953 zu erkennen gewesen sei. Dass derartige Ausarbeitungen tatsächlich jemals in Pullach gelesen wurden, ist – ungeachtet der operativen Möglichkeiten – wenig glaubhaft, da die Berichterstattung der Sowjetischen Kontrollkommission nach Moskau die innere Krise in der DDR bis Mai 1953 kaum berücksichtigte.¹⁶⁴ Über die Entwicklungen in den Wochen unmittelbar vor dem Aufstand liefert der Bericht nur allgemeine Angaben, da noch keine konkreten Informationen in Pullach vorlagen. Im Abschlussbericht werden dann zwanzig Streiks und Unruhen angeführt, die sich im Vorfeld des 17. Juni ereignet hatten und im Zuge der Befragung von Demonstranten bekannt geworden waren.¹⁶⁵

Warum die allgemeine Unzufriedenheit schließlich in einen Aufstand umschlug, bleibt im ersten Bericht noch vage. Dass ein Zusammenhang mit der Normenfrage bestand, wird zwar angedeutet, jedoch erst im Abschlussbericht zutreffend dargelegt.¹⁶⁶ Einen zweiten wesentlichen Faktor,

163 Konkret werden nur Proteste auf dem Flugplatz Schorfheide zur Jahreswende 1952/53 erwähnt. Die anderen Beispiele sind weder örtlich noch zeitlich genau zu fassen und daher nicht nachprüfbar. Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, 29.06.1953, S. 2–4, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 40–42.

164 Scherstanoy, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 513.

165 Abschlussbericht, S. 6–7. BAArch B 206/933, Blatt 7–8 sowie die Erwähnung dieser Proteste in Ausarbeitung Anonym, Bericht „Der Ausgangspunkt für die Unruhen in Ostberlin“, undatiert [Anfang Juli 1953], S. 2, BND-Archiv 7361, Blatt 266.

166 Der Bericht vom 29. Juni verweist darauf, dass es eine am 1. Mai verkündete Normenerhöhung zu Unzufriedenheit unter den Arbeitern führte. Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, S. 4, VS-Registrierung Bundeskanzleramt, Blatt 42. Ausschlaggebend war jedoch die nicht erfolgte Zurücknahme der am 28. Mai verkündeten Normenerhöhung nach dem Erlass des Neuen Kurses Anfang Juni und die sich daran entzündenden Proteste in Ostberlin, wie der Abschlussbericht richtig darstellt. Abschlussbericht, S. 3 sowie S. 11–12, BAArch B 206/933, Blatt 4 und 12–13.

der die Eskalation der Proteste beförderte, machte die Organisation Gehlen in der Verunsicherung des Staats- und Parteiapparates aus. Hier waren die Auswirkungen des „Neuen Kurses“ entscheidend, von dem die Organisation Gehlen weiterhin glaubte, er sei der SED-Führung am 28. Mai vom Sowjetischen Hochkommissar befohlen worden.¹⁶⁷ Trotz ihrer rassistischen Überformung werden die Folgen des angeordneten Kurswechsels für den Staats- und Parteiapparates zutreffend dargelegt:

Die öffentliche Selbstanklage und Selbsterniedrigung ist dem slawischen Volkscharakter schon seit altersher nicht fremd; sie ist vielmehr ein Bestandteil seines Wesens. Sie ist von den Sowjets zur sogenannten „Selbstkritik“ weiterentwickelt worden. Für den deutschen und westlichen Menschen kommt eine solche öffentliche Selbsterniedrigung aber der Vernichtung der Persönlichkeit gleich. Wer sie begeht, verliert jegliche Achtung seiner Mitmenschen. [...] Semjonow [zog] durch die abrupte Bekanntgabe der „neuen Linie“ [...] den bestehenden Staats- und Parteiapparat den Boden unter den Füßen weg. Als er die Vertreter des Regimes vom Minister bis zum Zellenleiter [sic!] aber auch noch zur persönlichen, öffentlichen Selbsterniedrigung zwang, machte er sie zum Freiwild der empörten Massen. Dass ein Mann wie Semjonow einen so entscheidenden Fehler begehen konnte, ist erstaunlich. Semjonow beging offensichtlich noch einen weiteren Fehler. Er ist hauptsächlich Diplomat und zu wenig Verwaltungsfachmann um zu wissen, dass ein aufgeblähter und schwerfälliger Apparat wie die staatliche und parteiorganisatorische Befehlsmaschinerie der SBZD nicht schnell und geschmeidig reagieren kann. [...] Semjonow kam wahrscheinlich mit seinen Maßnahmen des „Ventilöffnens“ zu spät.¹⁶⁸

Die Schlussfolgerung, dass das Zusammentreffen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Erlass des „Neuen Kurses“ schließlich den Aufstand herbeigeführt habe, stand im Einklang mit der zeitgenössischen Presse- und Rundfunkberichterstattung und lag dem Kanzleramt bereits aus anderen Quellen vor. Hinsichtlich der Motive, die zum Erlass des „Neuen Kurses“ führten, blieb

167 Abschlussbericht, S. 4, BAArch B 206/933, Blatt 5.

168 Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, S. 10–11, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 48–49.

die Organisation Gehlen aber bei ihrer bisherigen Argumentation. So stand weiterhin fest, dass dieser „eine vorwiegend außenpolitische Zielsetzung“ hatte:

Er strebt an, die westliche Konzeption einer politischen, wirtschaftlichen und insbesondere militärischen Einbeziehung der Bundesrepublik in ein von den USA dirigiertes, betont antisowjetisches System durch eine innerdeutsche Annäherung unter dem Deckmantel der fiktiven Einheitskonstruktion von Potsdam zu zerstören.¹⁶⁹

Diese Einschätzung ist erstaunlich, da beide Berichte auf die prekäre wirtschaftliche und innenpolitische Situation sowie deren Rückwirkung auf die Bevölkerung im Vorfeld des Aufstandes eingehen und sie als Ursachen des Aufstandes erkannten. Die Vorstellung, dass solche Entwicklungen allein die Stabilität der Regime im sowjetischen Machtbereich ernsthaft gefährden könnten, ließ sich aber weiterhin nicht in das Weltbild der Organisation Gehlen einpassen. Entsprechend hebt der Abschlussbericht hervor, dass auch die offensichtliche krisenhafte Entwicklung in der DDR

die Aufhebung der verschiedenen die radikale Zwangsbolschewisierung der Sowjetzonenrepublik zum Ziel habenden Maßnahmen vielleicht beschleunigt haben; die Veranlassung für dieses Einlenken der sowjetzonalen Partei- und Regierungsstellen waren sie sicher nicht.¹⁷⁰

Für die Entstehung des Aufstandes war der Erlass des Neuen Kurses von zentraler Bedeutung. Wie aus der Wochenübersicht vom 10. Juni 1953 ersichtlich, lagen der Organisation Gehlen darüber keine Informationen vor. Im Abschlussbericht wurden später eingegangene Meldungen angeführt, die den Eindruck erwecken konnten, der Dienst hätte den Kurswechsel verfolgen können. Doch die Meldungen über eine Änderung der Wirtschaftspolitik, die Zurückstellung der vormilitärischen Ausbildung oder der Baustopp von Rüstungsprojekten lagen fast ausschließlich nach dem 17. Juni in der Zentrale vor.¹⁷¹ Abgesehen von der zeitlichen Verzögerung zeigen diese Beispiele nur,

¹⁶⁹ Abschlussbericht, S. 7, BArch B 206/933, Blatt 8.

¹⁷⁰ Abschlussbericht, S. 9–10, BArch B 206/933, Blatt 10–11.

¹⁷¹ Abschlussbericht, S. 4–5, BArch B 206/933, Blatt 5–6 sowie Leiter GV B (Hans Worgitzky) an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, S. 2–3, BND-Archiv 7361, Blatt 286–287.

dass die Organisation Gehlen Versatzstücke der Kursänderung aufgefangen hatte, die zur nachträglichen Bestätigung herangezogen werden konnten.

Die eigentliche Darstellung der Ereignisse in der DDR während des Volksaufstandes erschöpft sich in einer mitunter minutiösen Chronologie der Ereignisse. Breiten Raum nimmt die Beschreibung der äußeren Abläufe der Kundgebungen in Ostberlin bis zum Nachmittag des 17. Juni ein. Erkenntnisse über Reaktionen innerhalb der Staats-, Partei- und Sicherheitsapparates der DDR, soweit sie nicht aus Presse und Rundfunk bekannt geworden waren, enthält der Bericht nicht.¹⁷² Hinsichtlich der Ausbreitung des Aufstandes über Berlin hinaus war es immerhin gelungen, Unruhen in 70 Orten festzustellen.¹⁷³ Aus dem Großraum Halle-Leipzig-Magdeburg, einer der Schwerpunktregion des Aufstandes, konnte die Organisation Gehlen recht ausführliche Angaben über Zahl und Herkunft der Demonstranten, den Ablauf der Kundgebungen und sowie den Einsatz des sowjetischen Militärs und der Volkspolizei machen. Allerdings waren solche Angaben zum Teil der Presse zu entnehmen.¹⁷⁴ Weniger ausführliche Berichte lagen über die Ereignisse in der südwestlichen DDR und Brandenburg vor. Aus entfernteren Regionen, wie beispielsweise Görlitz, gab es nur Teilerkenntnisse wie „Gefängnis wird von Demonstranten erstürmt, Häftlinge werden befreit, Bürgermeister wird seines Amtes enthoben“ vor.¹⁷⁵ Aus diesen Angaben ließ sich ein zutreffendes Bild über die unterschiedliche Intensität des Aufstandes ableiten, der im Gegensatz zur Entwicklung in Berlin in einigen Orten sogar zur vorübergehenden Entmachtung des Staats- und Parteiapparates geführt hatte. Eine tiefergehende Analyse der Ziele und Akteure des Aufstandes ließ dieser Informationsstand aber nicht zu. Da detailliertere Angaben über die Unruhen nur aus den Industriezentren vorlagen, identifizierte der Bericht die „vom bürgerlichen Sicherheitsdenken freie Arbeiterschaft“ als Träger des Aufstandes. Die Beteiligung anderer Bevölkerungsteile wird mit dem Verweis auf eine „Volkserhebung“ unterstellt, der sich die Mittelschicht nur

¹⁷² Als einzige Ausnahme ist die erwähnte Zusammenkunft von Redakteuren der DDR-Presse am Vormittag des 17. Juni anzusehen, auf welcher Hermann Axen die offizielle Interpretation der Parteiführung über die Vorgänge bekannt gab. Abschlussbericht, S. 21, BArch B 206/933, Blatt 22.

¹⁷³ Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung kam es in mehr als 700 Orten im Umfeld des 17. Juni zu Unruhen. Kowalczyk, 17. Juni, S. 284.

¹⁷⁴ Beispielsweise die Darstellung des Aufstandes im Raum Halle: Wie ich mich schäme, Der Spiegel, 01.07.1953, S. 6–8.

¹⁷⁵ Abschlussbericht, S. 30, BArch B 206/933, Blatt 31.

zögerlich angeschlossen habe.¹⁷⁶ Über die Ziele der Aufständischen gibt der Bericht überhaupt keine Auskunft. Immerhin wird festgestellt, dass es einen „Übergang von rein ökonomischen zu politischen Forderungen“ gegeben habe.

Einem aufmerksamen Radiohörer oder Zeitungsleser hätten die Berichte der Organisation Gehlen über die Vorgeschichte und den Ablauf des 17. Juni kaum neue Erkenntnisse bieten können. Der Wert der vorgelegten Untersuchungen bestand allein in der ausführlichen Darlegung der militärischen Entwicklung. Die Einschätzungen über die sowjetische Deutschlandpolitik, die einer fundierten Grundlage entbehrten, sind eher als Bestätigung des in der Leitung der Organisation Gehlen ohnehin bestehenden Bildes sowjetischer Außenpolitik anzusehen.

¹⁷⁶ Abschlussbericht, S. 48–49, BArch B 206/933, Blatt 49–50; Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, 29.06.1953, S. 1, VS-Registratur Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 39.

4

Manöverkritik

Während der Unruhen des 17. Juni 1953 sorgte die Unfähigkeit der Organisation Gehlen, Nachrichten aus der DDR zu beschaffen, für Konflikte mit dem CIA-Stab. Vier Wochen später berichtete James Critchfield jedoch nach Washington, die Leistung der Aufklärung in Pullach sei „einigermaßen zufriedenstellend, wenn auch nicht herausragend“ gewesen; es sei gelungen „ausreichende Informationen für ein kontrolliertes Order of Battle Lagebild“ zu erheben.¹⁷⁷ General Truscott, Chef der CIA in Deutschland, übermittelte Gehlen seinen Dank für die „großartigen Order of Battle Berichte im Nachgang der Ereignisse vom 17. Juni in Berlin.“¹⁷⁸

Beide Einschätzungen beziehen sich auf die militärische Berichterstattung über den Volksaufstand, die, wie gezeigt, zu den Stärken der Organisation Gehlen gehörte. Eingehende Meldungen aus anderen Bereichen wurden an den amerikanischen Stab weitergeleitet.¹⁷⁹ Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit spielten sie offensichtlich keine Rolle. Dass die Bewertung der amerikanischen Seite angesichts der schwierigen Nachrichtenbeschaffungslage später nicht kritischer ausfiel, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass auch die amerikanischen Geheimdienste in den Tagen nach dem 17. Juni kaum in der Lage waren, Informationen über die Vorgänge in der DDR zu beschaffen.¹⁸⁰

Auch wenn die Ergebnisse der nachträglichen Informationsbeschaffung zufriedenstellend gewesen sein mögen, belastete das Ausbleiben zeitnaher

177 Chief of Base Pullach an Chief EE, 16.07.1953, in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 695, NARA.

178 Truscott an Gehlen, 10.07.1953, BND-Archiv 1173, Blatt 63. Inwiefern die Mitteilung von Truscott als Ausdruck echter Wertschätzung zu lesen ist oder vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen der CIA und der Organisation Gehlen im Sommer 1953 nur eine freundliche Geste war, muss dahingestellt bleiben.

179 Die politischen Meldungen wurden als EGL-Meldungen an die CIA und den britischen Nachrichtendienst weitergeleitet, BND-Archiv 121285.

180 Ostermann, Uprising sowie Fußnote 67. Diese Probleme waren zumindest im Nachgang der Unruhen auch innerhalb der Organisation Gehlen bekannt geworden. In dem an seinen Vorgesetzten gerichteten Begleitschreiben zum Einsatzbericht erwähnt Graber in Bezug auf die CIA das „eigene Versagen während d. Unruhen“. Graber an 50 (Leiter Aufklärung), Begleitschreiben zum Einsatzbericht, 06.08.1953, S. 4, BAArch B 206/934, Blatt 5.

Meldungen vorübergehend die Beziehungen zwischen der Organisation Gehlen und der CIA. Das militärische Aufklärungsnetz in der DDR war mit erheblichem finanziellem und logistischem Aufwand aufgebaut worden, um eine möglichst lückenlose Überwachung der sowjetischen Streitkräfte auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Diese Erwartungen erfüllte die Organisation Gehlen während des 17. Juni nicht. Aus den Quellen lässt sich ablesen, dass der CIA-Stab den Nachrichtenausfall nicht hinnahm, sondern auf die Beibringung militärischer Erkenntnisse aus der DDR drängte und sich über eingeleitete Maßnahmen und erzielte Fortschritte bei der Wiederherstellung der Verbindungen berichten ließ.¹⁸¹ Was zwischen der Leitung und dem CIA-Stab während des Aufstandes besprochen wurde, ist bei der gegenwärtigen Quellenlage nicht zu beantworten. Auch für die spätere Zeit finden sich in den vorhandenen Aufzeichnungen keine Hinweise auf eine Einsatznachbereitung. Dass aber entsprechende Gespräche stattgefunden haben müssen, belegt eine am 22. Juni erlassene Anweisung Gehlens. In den einzelnen Dienststellen durften die aufgetretenen Probleme nicht im Rahmen der bestehenden engen Arbeitskontakte mit den CIA-Verbindungsoffizieren besprochen werden. Gehlen behielt sich die Klärung aller Fragen mit Critchfield persönlich vor.¹⁸² Dieses Verbot deutet darauf hin, dass die zu erörternden Punkte über das Maß einer normalen Einsatznachbereitung hinausgingen. Ein weiteres Indiz dafür, dass eine umfassende interne Problemdiskussion stattgefunden haben dürfte, ist das Drängen des CIA-Stabes auf Erstellung eines ausführlichen Einsatzberichtes. Bei der Abfassung war die Organisation Gehlen bemüht, ein möglichst dichtes Meldungsbild vorzulegen und die Verzögerungen in der Nachrichtenbeschaffung zu erklären.¹⁸³ Es ist zu bezweifeln, dass die dort formulierten Thesen, nach denen eine Berichterstattung über den Volksaufstand „außerhalb der nachrichtendienstlichen Zuständigkeit“ der Organisation Gehlen gelegen habe und in Krisenfällen das Ausbleiben von Meldungen in den ersten Tagen als normal anzusehen sei, die ungeteilte Zustimmung des amerikanischen Stabes gefunden haben.¹⁸⁴

181 50 D (Siegfried Graber), 10 Thesen zu den jüngsten Ereignissen in der Ostzone, 09.07.1953, S. 3, BND-Archiv 120100, Blatt 850.

182 30d (Eberhard Blum), Protokoll Gruppenleiterbesprechung, 22.06.1953, S. 3, BND-Archiv 7361, Blatt 259.

183 Siegfried Graber, Erinnerungsbericht, S. 49, BND-Archiv Nachlass 4, Band 20.

184 Einsatzbericht, S. 39, BAArch B 206/934, Blatt 48.

Inwiefern die von der Organisation Gehlen erbrachten Erkenntnisse innerhalb des amerikanischen Sicherheitsapparates bei der Beurteilung des 17. Juni eine Rolle spielten, ist aus den vorliegenden BND-Quellen nicht schlüssig zu rekonstruieren. Einer von Critchfield vorgebrachten Beschwerde kann man immerhin entnehmen, dass die Berichte aus Pullach ihre Empfänger außerhalb der CIA infolge organisatorischer Schwierigkeiten nicht erreichten. Die für das amerikanische Armeehauptquartier USAREUR bestimmten Meldungen wurden bis zum 26./27. Juni 1953 fehlgeleitet – offenbar ohne dass dies aufgefallen wäre. Daraus lässt sich ableiten, dass die amerikanischen Streitkräfte nicht auf die Erkenntnisse der Organisation Gehlen angewiesen waren, sondern auf andere Quellen zurückgriffen.¹⁸⁵ In der amerikanischen Botschaft in Bonn kamen die Berichte aus Pullach zwar an, wurden aber aus unbekanntem Gründen nicht nach Washington weitergeleitet, während Dienststellen in Berlin diese Meldungen nicht recht verwerten konnten. Letzteres war weniger auf organisatorische Probleme, sondern auf die Qualität der Berichte zurückzuführen. Diese seien für Nicht-Militärs „not always in usable form“ gewesen, da hauptsächlich aufbereitetes Rohmaterial und nicht die sonst üblichen zusammenfassenden Lageanalysen abgesetzt wurden.¹⁸⁶ Hinsichtlich der CIA-Berichterstattung ist zumindest eine Parallelität mit den in Pullach angefallenen Erkenntnissen erkennbar. Die im CIA-Bericht vom 24. Juni enthaltenen Informationen über den Einsatz der sowjetischen Armee im Großraum Berlin decken sich mit den Angaben im Wochenbericht der Organisation Gehlen vom gleichen Tag.¹⁸⁷ Ob diese Meldungen tatsächlich aus Pullach stammten, lässt sich gegenwärtig nicht belegen. Über den Umfang der Informationen, welche die Organisation Gehlen an die Bundesregierung weiterleitete, liegen widersprüchliche Angaben vor. Gesichert ist, dass die wöchentlichen Lageberichte nach Bonn abgesetzt wurden. Daneben ist aus der Ablage des Kanzleramtes ersichtlich, dass am 25. und 29. Juni Ausarbeitungen aus Pullach eingingen und der Abschlussbericht zu einem unbekanntem Zeitpunkt vorgelegt wurde. Zwei weitere Berichte unbekanntem Inhalts, die allerdings erst in der zweiten Augushälfte übersandt

185 Chief of Base Pullach an Chief EE, 16.07.1953; in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 696, NARA.

186 Chief of Base Pullach an Chief EE, 16.07.1953; in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 695, NARA.

187 Übersicht, 24.06.1953, S.4–5, BArch B 206/856, Blatt 170–171 sowie CIA Intelligence Memorandum „Indications of Soviet Intentions in Europe“, 24.06.1953, abgedruckt in Ostermann, Uprising, S. 286–287, hier S. 286.

worden waren, wurden noch im gleichen Jahr wieder vernichtet.¹⁸⁸ Andere Meldungen der Organisation Gehlen über den Volksaufstand sind derzeit nicht nachweisbar. Aus einer internen Aufzeichnung vom 17. Juni geht jedoch hervor, dass Gehlen persönlich für die Unterrichtung des Kanzleramtes sorgte.¹⁸⁹ Graber betonte später, das Kanzleramt sei zumindest über die militärischen Entwicklungen in der DDR laufend unterrichtet worden.¹⁹⁰ Es ist allerdings zweifelhaft, dass er persönliche Kenntnis über die Meldungsweitergabe an die Bundesregierung haben konnte. Die gesamte Berichterstattung nach Bonn wurde über das Leitungsbüro Gehlens abgewickelt. Dass Graber die Unterrichtung des Kanzleramtes unterstrich, hatte möglicherweise einen anderen Grund. Angesichts der für den 1. April 1953 avisierten Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst war die erstmals in seiner Rede vor Mitarbeitern der Außenstellen am 9. Juli getroffene Aussage vielleicht nur eine Art moralische Aufrüstung seiner Zuhörer.¹⁹¹ Der zeitliche Zusammenhang zwischen den eingehenden Agentenmeldungen und der nachweisbar einsetzenden Berichterstattung legt nach gegenwärtiger Aktenlage den Schluss nahe, dass die politische Führung in Bonn wohl tatsächlich erst eine Woche nach dem 17. Juni Berichte aus Pullach erhielt.¹⁹²

Aus Sicht des Kanzleramtes dürfte es in der Sache nicht sehr erheblich gewesen sein, ob Lageeinschätzungen des Gehlen-Dienstes vorlagen oder nicht. Mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst verfügte die Bundesregierung über zwei Nachrichtendienste, die eingehend und zeitnah über die Lage in der DDR zu berichten vermochten.¹⁹³ Flankiert wurde diese Berichterstattung durch das

188 Akteninhaltsverzeichnis, VS-Registatur Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, ohne Blattzählung.

189 Gehlen soll das Kanzleramt „z.T. telefonisch“ unterrichtet haben. 30d (Eberhard Blum), Berichterstattung wegen besonderer Lage, 17.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 261.

190 50/D (Siegfried Graber), 10 Thesen, 09.07.1953, S. 3, BND-Archiv 120100, Blatt 850.

191 Andere Quellen, in denen eine Unterrichtung des Kanzleramtes thematisiert wird, gehen ebenfalls auf Graber zurück und richteten sich an einen größeren Mitarbeiterkreis. Einsatzbericht, S. 69, BArch B 206/934, Blatt 78.

192 Die am 29. Juni übersandte Kurzorientierung liefert weitere Indizien, dass es sich um den ersten zusammenfassenden Bericht handelt. Erstens sind keine Bezüge zu früheren Unterrichtungen erkennbar, zweitens berücksichtigt die Darstellung alle Aspekte des Aufstandes, die möglicherweise bereits Gegenstand vorheriger Meldungen hätten sein können, und drittens wird die Vorlage einer weiteren „ausführlichen Untersuchung“ angekündigt. Organisation Gehlen, Meldung Nr. 584 „Kurzorientierung“, 29.06.1953, S. 14, VS-Registatur Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 52.

193 Für die Bundesregierung galt die DDR als Inland, weshalb das Bundesamt für Verfassungsschutz auch östlich der Elbe aufklärte. BIV und Organisation Gehlen bzw. der spätere BND bemühten sich bis Ende der 1950er Jahre um eine Zuständigkeitsabgrenzung.

Gesamtdeutsche Ministerium, das Bundespresseamt sowie das Auswärtige Amt.¹⁹⁴ Der Verfassungsschutz setzte allein am 17. Juni 1953 drei Berichte an das Kanzleramt ab, die durch Ausarbeitungen am Folgetag sowie einer ersten umfassenden Analyse des Aufstandes am 20. Juni ergänzt wurden. Am 2. Juli lag der Abschlussbericht aus Köln vor.¹⁹⁵ Die Berichterstattung des Heinz-Dienstes setzte am 18. Juni ein, ist jedoch im Kanzleramt nicht vollständig überliefert. Diese umfassende zeitnahe Unterrichtung dürfte dazu beigetragen haben, dass die später übersandten Ausarbeitungen der Organisation Gehlen im Gegensatz zum Verfassungsschutz und dem Heinz-Dienst im Kanzleramt nur wenig Beachtung fanden. Deren Analysen wurden von Staatssekretär Otto Lenz gelesen und anschließend an Hans Globke zur Kenntnisnahme übersandt.¹⁹⁶ Die beiden Ende Juni 1953 übersandten Berichte aus Pullach wurden nur von Globke zur Kenntnis genommen, während der Abschlussbericht nur Sichtungsvermerke von dessen Mitarbeiter und Leiter des für Nachrichtendienste zuständigen Referates im Kanzleramt, Karl Gumbel, aufweist.¹⁹⁷

Abgesehen von der zeitnahen Unterrichtung durch andere Dienste, zu denen die Organisation Gehlen in scharfer Konkurrenz stand, unterscheidet sich die Berichterstattung des BfV hinsichtlich der Qualität der erhobenen Informationen wie auch in den Bewertungen deutlich von den Schlussfolgerungen der Organisation Gehlen. Während sich die Analysten in Pullach bemühten, die Ereignisse in der DDR in den Kontext der vermuteten deutschlandpolitischen Konzepte der sowjetischen Staats- und Parteiführung einzuordnen und aus eigenen Quellen nur über militärische Vorgänge berichten konnte, fokussierte das BfV auf die innenpolitischen Vorgänge in der DDR und erklärte den Volksaufstand zutreffend vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und

194 Die Ablage des Bundeskanzleramtes zum 17. Juni besteht aus einem im Bundesarchiv offenen und bislang in der VS-Registrierung des Kanzleramtes geheimen Teil und enthält alle einschlägigen Berichte. Nicht vertreten ist die Unterrichtung des Auswärtigen Amtes. Dessen Einschätzungen sind in den publizierten Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1953, Band I, S. 595–600, zumindest in Teilen greifbar.

195 Am 30. Juni legte der Verfassungsschutz in seinem Monatsbericht eine weitere zusammenfassende Analyse über den Volksaufstand vor, die neben dem Kanzleramt allen Ministerien und obersten Behörden der Bundesrepublik zugestellt wurde. Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 30.06.1953, BArch B 443/571, Blatt 1015–1061.

196 In zwei Fällen gingen die Berichte auch an Globke und wurden dann Lenz vorgelegt. Die Möglichkeit, dass die Berichte der Organisation Gehlen aus besonderen Geheimhaltungsgründen Lenz vorenthalten wurden scheidet aus, da ihm andere Berichte aus Pullach vorlagen. Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 539.

197 Sichtungsvermerke Karl Gumbel, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 79.

wirtschaftlichen Lage.¹⁹⁸ Der Verfassungsschutz verfügte – den Berichten nach zu urteilen – augenscheinlich über aussagekräftige Verbindungen in die SED, das Ministerium für Staatssicherheit und die Blockparteien. Das ermöglichte eine realistische Einschätzung der Lage. Auffällig ist zudem, dass das BfV nach Verhängung des Ausnahmezustandes Kontakte zu Quellen in Ostberlin aufrechterhalten konnte. So enthält der am Abend des 17. Juni abgefasste Bericht detaillierte Angaben über eine am Nachmittag stattgefundene Sitzung des NDPD-Parteivorstandes und eine Schilderung der Vorgänge im Staatssekretariat für Schifffahrt, das vom späteren Chef der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, geleitet wurde.¹⁹⁹ Am 18. Juni berichtete der Verfassungsschutz über Maßnahmen der SED-Bezirksleitung Berlin und gab Äußerungen eines Funktionärs des Zentralkomitees wieder.²⁰⁰ Die zahlreichen Angaben über den Ablauf der Kundgebungen und die Stimmung in Ostberlin lassen den Schluss zu, dass neben den politischen Gewährsleuten noch andere Quellen aus dem Ostsektor berichtet hatten.

Den gegenwärtig vorliegenden Quellen nach zu urteilen, scheinen die Schwächen des Gehlen-Dienstes im Kanzleramt keine nachteilige Reaktionen hervorgerufen zu haben.²⁰¹ In den Gesprächen zwischen Gehlen und Globke, die sich nach dem Aufstand erstmals am 7. Juli wieder trafen, wurde den Notizen Gehlens nach zu urteilen das Thema nicht erwähnt. Auch in den Aufzeichnungen über die weiteren Begegnungen spielte die Lage in der DDR entweder keine oder nur eine ungeordnete Rolle.²⁰² Dies legt den Schluss nahe, dass die Bundesregierung an den Ergebnissen der DDR-Spionage aus Pullach kein vorrangiges Interesse hatte, zumal sie auf diesem Gebiet

198 Die in der Literatur angeführte Behauptung, das BfV würde ähnlich wie die Organisation Gehlen von einem inszenierten Aufstand ausgehen, basiert auf einer Notiz des britischen Nachrichtendienstes, findet aber in den Berichten des Verfassungsschutzes keine Bestätigung. Kowalczyk, 17. Juni, S. 117; Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 77.

199 BfV, Weitere Entwicklung und Ereignisse in Berlin, 17.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 18-22.

200 BfV, Weitere Entwicklung der Ereignisse in Berlin, 18.06.1953, VS-Registrierung Bundeskanzleramt 35001/4, Band 1, Blatt 23-27.

201 In einem Vermerk über ein Gespräch mit Globke am 22.07.1953 findet sich eine Notiz von Gehlen, dass Adenauer einen „besonderen Dank für das bisher Geleistete“ habe ausdrücken lassen und an einer Zusendung der „wichtigsten politischen Meldungen“ interessiert sei. Dass sich diese Äußerung auf die DDR-Berichterstattung der Organisation Gehlen bezieht, ist nicht erkennbar. Gesprächsnotiz Globke und Gehlen, 22.07.1953, BND-Archiv 1197, Band 1, Blatt 78. Die Signatur BND-Archiv 1197, Band 1 unterliegt einer archivischen Schutzfrist und wurde nur für die UHK freigegeben.

202 Auch in allen weiteren Gesprächsnotizen aus dem Sommer 1953 fehlen jegliche Bezüge zur DDR und zum 17. Juni. BND-Archiv 1197, Band 1.

auf andere Apparate zurückgreifen konnte. Die aus Pullach übermittelten Einschätzungen der sowjetischen Deutschlandpolitik hingegen – wie valide sie auch gewesen sein mögen – dürften in Regierungskreisen als Bestätigung der eigenen Auffassungen wahrgenommen worden sein. Die Annahme, dass die innenpolitischen Reformen in der DDR auf eine Verhinderung der Westbindung der Bundesrepublik und eine Störung des Wahlkampfes abziele, deckte sich mit der persönlichen Einschätzung Adenauers, der auch der These eines inszenierten Aufstandes anfänglich aufgeschlossen gegenüber stand.²⁰³ Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, die Unterrichtungen aus Pullach hätten die Wahrnehmung des Kanzlers geprägt, wäre eine Überschätzung des Einflusses der Organisation Gehlen. Zum einen konkurrierte ihre Berichterstattung mit den Einschätzungen der Ministerien und anderen Nachrichtendienste.²⁰⁴ Zum anderen verfügte sie zwar mit dem Kontakt zwischen Gehlen und Globke über einen mutmaßlichen engen, aber weder ständigen noch exklusiven Zugang zur Staatsführung. Denkbar ist vielmehr, dass sich der Tenor der Berichte an den Vorstellungen des Kanzlers orientiert haben könnte, aber auch das lässt sich gegenwärtig nicht beweisen. Einer nachträglichen Untersuchung der Frage, welche Ursachen dem Volksaufstand nun genau zugrunde lagen, maß die Bundesregierung im Sommer 1953 keine vorrangige Bedeutung mehr bei. Im Fokus der Aufmerksamkeit stand der Wahlkampf. Der Aufstand und seine Niederschlagung durch die sowjetischen Truppen trugen dazu bei, dass das von der Regierung Adenauer verfolgte, innenpolitisch umstrittene Ziel der Westbindung breitere öffentliche Akzeptanz fand und wohl auch den Wahlsieg beförderte.²⁰⁵

Andererseits räumte Gehlen knapp dreißig Jahre später implizit ein, dass die Berichterstattung über den Volksaufstand der Reputation seines Dienstes im Kanzleramt zumindest nicht förderlich gewesen sei. Ein Faktor, der die Übernahme in den Bundesdienst bis 1956 verzögert habe, sei die „erschwerter [...] nachrichtendienstliche Arbeit“ im Umfeld der Unruhen

203 Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 639-648.

204 Die von der Organisation Gehlen übermittelten Beurteilungen über die Ziele des „Neuen Kurses“ und der sowjetischen Deutschlandpolitik decken sich beispielsweise in den Tagen vor dem 17. Juni mit den Beurteilungen des Auswärtigen Amtes. Vortragender Legationsrat Meynen (Berlin (West)) an Auswärtiges Amt, Neue russische Politik in der Sowjetzone, 15.06.1953; in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1953, Band 1, S. 557–559, sowie Aufzeichnungen des Gesandtschaftsrats Krapf, Paris, 16.06.1953; in: ebenda, S. 562–563.

205 Lemke, Konrad Adenauer; Schwarz, Adenauer, S. 88-89.

gewesen.²⁰⁶ In diesem Zusammenhang ist auch eine Akzentverschiebung der Berichterstattung im Nachgang der Unruhen zu sehen. Ab Mitte Juli setzte die Organisation Gehlen vermehrt Berichte über die innenpolitische Entwicklung in der DDR nach Bonn ab. Eine solch eingehende Unterrichtung über die politischen Vorgänge in Ostberlin hatte es vor diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Als Motiv kann der Organisation Gehlen das Bestreben unterstellt werden, im Nachgang der Unruhen die eigene Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.²⁰⁷ Allerdings war dieser Maßnahme kein Erfolg beschieden. Tenor der Meldungen, die sich auf Gewährsleute im Umfeld der Sowjetischen Hochkommission oder der Regierungskreise beriefen, war die Feststellung einer Schwächung der Position Ulbrichts und die Einsetzung einer Regierung unter Führung bzw. Beteiligung der Blockparteien.²⁰⁸ Die Entwicklung in der DDR verlief in jenen Tagen aber genau entgegengesetzt: Das SED-Regime um Walter Ulbricht ging innenpolitisch gestärkt aus den Unruhen hervor. In den BND-Quellen finden sich nur zwei zeitgenössische Beurteilungen über die eigene Leistung während des Volksaufstandes. Der Leiter der DDR-Beschaffung, Graber, sprach am 9. Juli 1953 während einer zentralen Einsatzauswertung in Pullach davon, der Dienst habe „die ND-Schlacht im Juni 1953 zu gewinnen versucht und auch gewonnen.“²⁰⁹ Ganz anders resümierte Ebrulf Zuber gegenüber seinen Außenstellenmitarbeitern:

Ein Nachrichtendienst, der sich ausschließlich auf [Überwachungsquellen] abstützt, berichtet Historie und versagt als Ratgeber seiner Staatsführung genau im entscheidenden Moment. [...] Ein Nachrichtendienst, dessen

206 Reinhard Gehlen: Der Aufbau und die Integration des Bundesnachrichtendienstes; in: Klaus Gotto (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 184–193, hier S. 190.

207 Ab dem 1. Juli 1953 trugen die Wochenberichte der Organisation Gehlen den Hinweis, dass Aussagen über politische Vorgänge „nur insoweit konkret wiedergegeben werden (könnten) als durch ihre Erwähnung keine Gefährdung der Quellen eintritt.“ Dieser Zusatz dürfte allerdings nicht nur auf die Sorge um die Quellen zurückzuführen sein, sondern vielmehr auf das Bestreben, die eigenen politischen Lageeinschätzungen im Bedarfsfall modifizieren zu können. Die Aussage von Kurt Weiß in seiner Ausarbeitung zum 17. Juni 1953 aus den 1980er Jahren, dass diese Einschränkung notwendig geworden wäre, weil die Organisation Gehlen „über mehrere Spitzenverbindungen in Führungsgremien der Sowjetzone verfügte“ kann nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht bestätigt werden. Der 17. Juni 1953, S. 3, BArch B 206/1974, Blatt 6.

208 Insgesamt wurden zwischen dem 15. und 31. Juli sieben solcher Meldungen abgesetzt. BND-Archiv 152039. Die Prognosen in den Wochenberichten gingen in die gleiche Richtung. BArch B 206/857.

209 Einsatzbericht, S. 67, BArch B 206/934, Blatt 76.

Berichterstattung im entscheidenden Augenblick aussetzt, verliert seinen Sinn und seine Daseinsberechtigung.²¹⁰

Diese Bewertung wurde Jahre später von Udo Ritgen²¹¹ geteilt, der im Sommer 1953 Mitarbeiter der politischen Beschaffung war. Der 17. Juni habe gezeigt, dass die Organisation Gehlen seinerzeit noch weit davon entfernt gewesen sei, ein Auslandsnachrichtendienst zu sein:

Wir [hatten] das Gefühl, mit den bisherigen gepflogenen nachrichtendienstlichen Methoden, die auf die Zukunft ausgerichtete Zielsetzung nicht realisieren zu können.²¹²

Der Widerspruch in diesen Einschätzungen ist neben psychologischem und taktischem Kalkül auch auf unterschiedliche Ansichten über die Aufgabe und das Selbstbild der Organisation Gehlen zurückzuführen. Graber begründete sein positives Urteil damit, dass es nachträglich gelungen war, die militärischen Vorgänge während des 17. Juni mit eigenen Quellen rekonstruieren zu können. Allerdings räumte er ein, dass diese Leistung nicht mit den Maßstäben eines echten Nachrichtendienstes gemessen werden könne.²¹³ Zuber wie auch Ritgen legten ihren Überlegungen die Annahme zugrunde, die Organisation Gehlen sei durchaus ein Nachrichtendienst, der allerdings während des 17. Juni versagt hätte. Inwiefern diese Schlussfolgerungen von der Führung der Organisation Gehlen geteilt wurden, lässt sich nach Aktenlage nicht sagen.²¹⁴ Legt man die erkennbaren Reaktionen des CIA-Stabes und des Kanzleramtes als Ausgangspunkt für mögliche grundsätzliche Überlegungen zugrunde, so dürfte aus Sicht des Gehlen-Stabes

210 Anonym (BV E), Schreiben an Filiale 120A, 15.07.1953; abgedruckt in: Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 282.

211 Udo Ritgen (DN Ritter), 1916–2010, vor 1945 Major der Wehrmacht, 1953 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1953–1956 Mitarbeiter der Abteilung Gegenspionage (bis 1954 gleichzeitig politische Aufklärung), 1956–1969 Mitarbeiter im Strategischen Dienst Ostaufklärung, 1969–1974 Mitarbeiter der militärischen Auswertung, 1975 Pensionierung.

212 Udo Ritgen: Fortsetzung des beruflichen Lebenslaufes (Abschrift) [im Folgenden: Erinnerungsbericht], 1983, S. 8, BND-Archiv Nachlass 28, Band 7.

213 Dieser sei, so Graber, in der Organisation Gehlen „nur in Ansätzen“ vertreten. 50/D (Siegfried Graber), 10 Thesen, 09.07.1953, S. 2–3, BND-Archiv 120100, Blatt 849–850. Eine Zusammenfassung dieser Ausführungen findet sich auch im Einsatzbericht, S. 67–69, BArch B 206/934, Blatt 76–78.

214 Den überlieferten Aufzeichnungen über Besprechungen der Leitung mit Abteilungsleitern und dem CIA-Stab nach zu urteilen, kam es in diesem Rahmen zu keinen Diskussionen. BND-Archiv 1107.

keine Notwendigkeit für eine grundsätzliche Revision der bisherigen DDR-Aufklärung bestanden haben. Die Leistungsfähigkeit auf dem militärischen Sektor war trotz erwiesener Schwächen im Nachgang ausreichend unter Beweis gestellt worden, während dem Kanzleramt unterstellt werden kann, dass es sich mit der Berichterstattung aus Pullach zufrieden gab.

Der Schwerpunkt der Einsatznachbereitung lag entsprechend auf vielen organisatorischen Neuerungen, die im Fall einer Grenzschießung in Berlin die Meldungsübermittlung aus der DDR sicherstellen und beschleunigen sollten. Priorität besaßen der Ausbau des Funkernetzes und das Anlegen von Nachrichtenschleusen in Grenznähe. Gleichzeitig wurden Anordnungen erlassen, welche die Übermittlung von Meldungen aus den Außenstellen an die Zentrale und die interne Weitergabe vereinfachen sollten. Zu diesem Zweck entstanden umfangreiche Maßnahmekataloge, für deren Umsetzung Unterstützung beim CIA-Stab beantragt wurde.²¹⁵

Weniger offensiv ging die Organisation Gehlen die strukturellen Probleme der Nachrichtenbeschaffung an. Grundsätzlich wurde das auf flächendeckende militärische Überwachung ausgerichtete Agentennetz nicht in Frage gestellt.²¹⁶ Dessen Potentiale sollten allerdings besser genutzt werden. Neben ihrem eigentlichen Auftrag waren alle Quellen angehalten, über „allgemein interessierende“ Vorgänge zu berichten und dabei nach den Erfahrungen des 17. Juni auch die Lage der Bevölkerung zu berücksichtigen, ohne allerdings „langatmige Stimmungsberichte“ abzufassen.²¹⁷

Ebenfalls beabsichtigt war die Neurekrutierung von aussagekräftigen Quellen in den bislang unterrepräsentierten Aufklärungszweigen Wirtschaft und Politik. Hier sind aber nur punktuelle Maßnahmen zu erkennen, die als Ergänzung der bestehenden Agentennetze anzusehen sind. Im ökonomischen Sektor sollten verstärkt Betriebe und Verwaltungseinrichtungen außerhalb Ostberlins in die Überwachung einbezogen werden, wie auch eine stärkere Ausrichtung auf

215 30, 33, 36, 40, 50/D, ohne Titel (im Folgenden Erfahrungsbericht), 13.11.1953, BArch B 206/934, Blatt 195-202 sowie 30.0 (Horst von Mellenthin) an 25 (James Critchfield), Lessons Learned from Uprising, 01.12.1953; in Ruffner, Intelligence Partnership, Band 2, S. 757–759, NARA.

216 Graber betonte, dass ein Aufgeben „der in dieser Form noch nie dagewesenen Frontaufklärung“ zugunsten eines nachrichtendienstlichen Aufklärungsapparates ein Fehler sei. 50 D (Siegfried Graber), 10 Thesen, 09.07.1953, S. 2, BND-Archiv 120100, Blatt 849.

217 Graber erinnert sich, dass die von ihm angeregte verstärkte Beobachtung der Stimmung in der Bevölkerung nicht umgesetzt worden sei. Siegfried Graber, Erinnerungsbericht, 1994, S. 50, BND-Archiv Nachlass 4, Band 20.

zivile Wirtschaftsbereiche beabsichtigt war.²¹⁸ Wichtiger als die Ausweitung des Wirtschaftsnetzes war der Ausbau der politischen Beschaffung. Die Notwendigkeit der Rekrutierung von politischen Gewährsleuten wurde vor allem von den Außenstellen betont, die während des 17. Juni nicht in der Lage waren, die geforderten Informationen zu beschaffen.²¹⁹ Dieses Problem wurde während des Aufstandes auch in der Zentrale zur Sprache gebracht.²²⁰ Für diesen Zweck beantragte die Organisation Gehlen Anfang Juli 1953 bei der CIA einen monatlichen Zuschuss von 15.000 DM.²²¹ Die Außenstellen wurden angewiesen, „besonderes Augenmerk auf die Möglichkeiten zur politischen Nachrichtengewinnung“ zu legen. Die eigenen Potentiale, dies mit Quellen innerhalb des SED- und des Staatsapparates bewerkstelligen zu können, wurden allerdings gering eingeschätzt. Die Rekrutierung solle „in erster Linie über [...] zentrale Positionen in der Wirtschaft“ versucht werden.²²²

Die Einsatznachbereitung wie auch die Umsetzung der skizzierten Vorhaben hatten augenscheinlich keine besondere Priorität. Am 9. Juli 1953 fand in Pullach eine zentrale Einsatzbesprechung statt, an der die Leiter der Außenstellen und Vertreter der Zentrale teilnahmen. Viel Raum für eingehende Diskussionen bot sich – der Tagesordnung nach zu urteilen – nicht.²²³ Bis zum Nachmittag waren Referate der Auswertungsabteilung vorgesehen, die den Kenntnisstand über die Aufklärung der Roten Armee, Volkspolizei und Wirtschaftspolitik zusammenfassten. Nur die letzten beiden Stunden des Tages waren Erfahrungsberichten der Außenstellen vorbehalten, wobei im Unterschied zu den Vorträgen am Vormittag die Möglichkeit für direkte Nachfragen nicht vorgesehen war. Eine halbstündige Abschlussdiskussion musste genügen, um Lehren aus den Ereignissen der vergangenen drei

218 Unter anderem wurde das Ministerium für Handel und Versorgung und das Ministerium für Arbeit in direkter Konsequenz aus den Erfahrungen des Volksaufstandes in die Überwachung einbezogen. 50/W (Wirtschaftsaufklärung), Die wirtschaftliche Aufklärung, S. 4, BND-Archiv 3196.

219 GV B an Zentrale, Bericht Aufträge Lage Berlin, 24.06.1953, BND-Archiv 7361 sowie BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), Brief, 21.06.1953, S. 3, BArch B 206/934, Blatt 154.

220 Auf einer zentralen Besprechung am 22. Juni äußerte die Auswertung Kritik an den „noch nicht vollauf befriedigenden“ Leistungen der politischen Beschaffung, die kaum Meldungen vorlegen konnte. 30d [Eberhard Blum], Protokoll Gruppenleiterbesprechung, S. 1, BND-Archiv 7361, Blatt 257.

221 Besprechungsnotiz Budget-Fragen, 02.07.1953, BND-Archiv 1107, Blatt 292–296.

222 Erfahrungsbericht, S. 4, BArch B 206/934, Blatt 198 sowie 50 D (Siegfried Graber), 10 Thesen, S. 2, BND-Archiv 120100, Blatt 850.

223 Bis auf die Tagesordnung und das Abschlussreferat sind keine Aufzeichnungen über diese Zusammenkunft vorhanden. Lagevortrag und -besprechung, 03.07.1953, BArch B 206/934, Blatt 187–192.

Wochen zu ziehen. Die Behebung der aufgetretenen organisatorischen Mängel besprachen in den kommenden Monaten die einzelnen Abteilungsleiter. Der Stab Gehlen brachte sich in diese Diskussionen nicht ein.²²⁴ Erst Mitte November erfolgte dann die Übersendung eines Abschlussberichtes, der die „mehrmonatigen Untersuchungen zu einem Abschluss“ brachte. Dem Duktus der Aufarbeitung nach zu urteilen, hatten die angeordneten Maßnahmen den Charakter von Empfehlungen, die zukünftig „Berücksichtigung finden müssen.“²²⁵ In welchem Ausmaß sich die erkannten strukturellen und organisatorischen Schwachstellen der DDR-Spionage schließlich behoben wurden, bedarf weiterer Forschung. Udo Ritgen stellte für die problembehaftete politische Beschaffung rückblickend fest, dass nach dem 17. Juni „die eingefahrenen Org.-Strukturen keinen Wandel der eingefahrenen Nachrichtengewinnung“ zugelassen hätten.²²⁶

Eine durchgreifende Reorganisation wurde ohnehin durch die im Herbst 1953 beginnende gezielte Verhaftung von Mitarbeitern der Organisation Gehlen durch das Ministerium für Staatssicherheit erschwert. Erstmals seit seinem Bestehen musste der Dienst ernsthafte Einbrüche in seine Netze in der DDR hinnehmen. Die Auswirkungen dieses Angriffs ließen die Erfahrungen des 17. Juni rasch in den Hintergrund treten.²²⁷

224 Aus der Dienststelle 33 wurde am 23. Juni 1953 an Gehlen der Vorschlag herangetragen, eine zentrale Untersuchungsgruppe zu bilden, die sowohl eine Einsatznachbereitung wie auch die Berichterstattung koordinieren sollte. Gehlen lehnte diesen Vorschlag mit Verweis auf die in der Auswertungsabteilung bereits begonnene inhaltliche Aufbereitung ab. An einer darüber hinaus gehenden zentralen Untersuchung bestand offenbar kein Interesse. 33.2a (Dienststelle 33) an 30 (Leitung), „Revolte in der SBZD“, 23.06.1953, BND-Archiv 7361, Blatt 249–256, sowie der handschriftliche Vermerk Gehlens auf Blatt 249.

225 30d (Eberhard Blum), Anschreiben Erfahrungsbericht, 13.11.1953, BArch B 206/934, Blatt 194.

226 Udo Ritgen, Erinnerungsbericht, 1983, S. 7, BND-Archiv Nachlass 28, Band 7.

227 Darauf weist auch das Anschreiben hin: „Die Übersendung dieser Zusammenstellung erfolgt in einem Augenblick, in dem alle Führungsstellen voll damit beschäftigt sind, sich mit den gegenwärtigen Problemen der ND-Offensive des Gegners zu befassen. Diese Dinge haben für den Augenblick selbstverständlich Vorrang. [...] Wenn die Zusammenfassung trotzdem jetzt übersandt wird, so deshalb, weil [...] ein Verlorengehen der Erfahrungen [...] unzumutbar, ein späteres Übersenden der Zusammenstellung auch nicht von Nutzen (wäre).“ 30d (Eberhard Blum), Anschreiben Erfahrungsbericht, 13.11.1953, BArch B 206/934, Blatt 194. Zu den MIS-Aktionen gegen die Organisation Gehlen: Fricke/ Engelmann, Konzentrierte Schläge, S. 42–47, 120–138.

5 Zur Frage einer Beteiligung an den Unruhen

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 behauptete die SED-Führung, die Erhebung sei von westlichen Organisationen herbeigeführt worden. Im Auftrag der Parteiführung versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, die vermeintlichen Hintermänner des „Tag X“ ausfindig zu machen. Im Fokus der Ermittlungen standen zunächst die Ostbüros von SPD und DGB sowie das Gesamtdeutsche Ministerium.²²⁸ Der Organisation Gehlen wurde eine Beteiligung während der Sommermonate 1953 nur indirekt unterstellt.²²⁹ Erst mit Beginn der Schauprozesse gegen in der DDR verhaftete Mitarbeiter der Organisation Gehlen im Herbst des Jahres, wurde dieser Vorwurf konkretisiert und in der Presse breit herausgestellt. Obwohl dem MfS Dokumente der Organisation Gehlen vorlagen, aus denen eindeutig hervorging, dass den Agenten während des 17. Juni jegliche Form einer Beteiligung an den Unruhen untersagt war, fand dieses Entlastungsmaterial in den Prozessen aus propagandistischen Gründen keine Berücksichtigung.²³⁰

228 Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 222.

229 In der DDR-Presse wurde die Organisation Gehlen in Zusammenhang mit dem Volksaufstand bis Herbst 1953 nur in einem Artikel erwähnt. Die Annahme einer Beteiligung begründet sich nur auf der Feststellung, dass die Organisation Gehlen unter amerikanischer Führung arbeite. Adenauers Banditenstrieche gegen die Versöhnung, Neues Deutschland, 23.06.1953, S. 2.

230 Fricke/ Engelmann, Konzentrierte Schläge, S. 126 sowie dies., Tag X, 75–78.

Auch in der Überlieferung des Bundesnachrichtendienstes findet sich kein einziger Hinweis, der auf eine Beteiligung hindeutet. Soweit bislang erkennbar, schloss die Organisation Gehlen im Gegensatz zu anderen amerikanisch finanzierten Einrichtungen aktive Widerstandsarbeit in der DDR grundsätzlich aus.²³¹ Angestrebt wurde lediglich eine Betätigung in den Bereichen Propaganda und psychologische Kriegsführung, die 1953 allerdings erst in den Anfängen steckten und noch einer eingehenden Untersuchung bedürfen.

Selbst wenn man von bislang noch nicht bekannten Programmen ausgehen wollte, ist im Falle des Volksaufstandes eine Beteiligung trotzdem definitiv zu verneinen: Da die Organisation Gehlen erst am Nachmittag des 17. Juni den Aufstand überhaupt wahrnahm und überdies von einer sowjetischen Urheberschaft überzeugt war, sind vorbereitende Maßnahmen auszuschließen. Aus den Quellen läßt sich außerdem ablesen, dass die Leitung der Organisation Gehlen sehr besorgt war, dass sich ihre Agenten durch regimekritische Äußerungen oder gar Handlungen der Gefahr einer Verhaftung aussetzen könnten. Bereits vor Ausbruch des Aufstandes erging angesichts der innenpolitischen Liberalisierung infolge des „Neuen Kurses“ an alle Außenstellen Anweisung, dafür zu sorgen, dass die V-Leute in der DDR nicht „aus den Löchern auftauchen.“²³² Die Anordnung wurde vermutlich am 17. Juni erneuert. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einem an die CIA gerichteten Schreiben, wonach „das gesamte Personal der Organisation frühzeitig gewarnt wurde, sich nicht an Demonstrationen zu beteiligen.“²³³ Dass diese Maßnahme der CIA zur Kenntnis gebracht wurde, kann nochmals als Beleg gelten, dass von Seiten der Amerikaner kein Auftrag an die Organisation Gehlen ergangen war, ihre Netze

231 Einem Bericht des CIA-Stabes in Pullach nach zu urteilen, ordnete sich die Leitung der Organisation Gehlen einer 1952 getroffenen Festlegung der Bundesregierung unter, wonach aktive Widerstandsarbeit keine Unterstützung des Kanzleramtes findet. Aus diesem Grund lehnte sie eine Beteiligung an den amerikanischen Programmen ab. Anonym (CIA-Stab Pullach), History of the Gehlen Intelligence Organization, September 1953; in: Ruffner, Intelligence Partnership, Band I, S. 226–236, NARA. Bernd Stöver, der sich auf Grundlage amerikanischer Quellen mit der Praxis der amerikanischen Liberation Policy beschäftigt hat, liefert ebenfalls keine Anhaltspunkte, dass sich die Organisation Gehlen an Sabotageaktionen beteiligte oder derartige Planungen verfolgte. Stöver, Befreiung vom Kommunismus. Die in der Organisation Gehlen bestehenden Stay Behind Programme waren ausschließlich für den Fall eines bewaffneten Konflikts vorgesehen und sind daher für den 17. Juni nicht von Interesse. Zum Verhältnis und den Strategien der Bundesregierung gegenüber der amerikanischen Liberation-Policy Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008, S. 155–177.

232 30 (Leitung), 50 D (Siegfried Graber) an alle Dienststellen, Anweisung Jetzige Maßnahmen der Ostzonen-Machthaber, 15.06.1953, S. 2, BAArch B 206/934, Blatt 84.

233 50 (Leiter Aufklärung) an 25.50 (Verbindungsoffizier CIA), Memorandum, 22.06.1953, S. 2, BAArch B 206/934, Blatt 155. Übersetzung aus dem Englischen.

im Sinne einer Teilnahme zu mobilisieren. Auch auf der Ebene der Außenstellen sind einschlägige Anweisungen nachweisbar. Die Generalvertretung G warnte am 17. Juni ihre nachgeordneten Dienststellen vielmehr:

*Jegliche Beteiligung an Aktionen, ja überhaupt jegliches Hervortreten unserer Mitarbeiter ist mit allen Mitteln zu verhindern. Nachrichtendienst gehört nie auf die Strasse und nirgends in die Öffentlichkeit. Äußerungen, dass man nicht nur dagegen gewesen sei, sondern auch etwas dagegen getan habe, sind tödlich - gerade jetzt.*²³⁴

Sofern ein Kontakt zwischen den westlichen Führungsstellen und den Agenten in der DDR noch bestand, wurde diese Anordnung auch weitergeben. Der Leiter der Berliner Außenstelle 120/A meldete an seine vorgesetzte Dienststelle:

*Alle haben sich gemäß den Anweisungen vernünftig verhalten und sich nicht exponiert. Bleibt zu hoffen, dass sie auch gegenwärtig aus freien Stücken verschlossen bleiben und ihrem Herzen nicht Luft verschaffen.*²³⁵

Gegen eine Beteiligung der Gewährsleute an den Unruhen spricht außerdem die geringe Zahl der bis Ende Juli 1953 bekannt gewordenen Verluste.²³⁶ Nach internen Erhebungen der Organisation Gehlen wurden zwölf Quellen Opfer von Verhaftungen, während sich drei weitere in den Westen absetzen mussten. Setzt man diese Zahl ins Verhältnis zu den Ende Juni 1953 in der DDR durch MfS und sowjetischer Geheimpolizei vorgenommenen Massenverhaftungen vermeintlicher und tatsächlicher Demonstrationsteilnehmer, so wird deutlich, dass es sich bei den genannten Ausfällen um Ausnahmen gehandelt haben muss, die auf eine Enttarnung zurückzuführen sind, die entweder unabhängig von den Unruhen erfolgten oder Ergebnis der zahlreichen Verhaftungen war.²³⁷

234 Leiter GV G (Hans Lutz) an nachgeordnete Dienststellen, Anweisung Entwicklung der Lage in der Ostzone, 17.06.1953, S. 5, BArch B 206/934, Blatt 106.

235 UV-Leiter E-120 an Zentrale, Brief, 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 143.

236 Einsatzbericht, S. 34, BArch B 206/934, Blatt 43.

237 Bis zum 8. Juli wurden in der DDR mehr als 9000 Menschen wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Teilnahme an Kundgebungen allein durch das MfS in Gewahrsam genommen. Weitere Festnahmen erfolgten durch sowjetische Sicherheitskräfte. Fricke/Engelmann, Tag X, S. 188–199.

Es sind bislang überhaupt nur zwei Fälle nachweisbar, bei denen eine direkte Verbindung zum Volksaufstand gegeben ist. Beide sind dem Netz der Generalvertretung H zuzuordnen. Der Agentenfunker „Xerxes“ musste am 24. Juni nach Westberlin fliehen, weil seine Frau als „Rädelsführerin“ der Demonstrationen in Leipzig verhaftet worden war.²³⁸ Der zweite Fall betraf Friedrich Karl Schorn, dessen Rolle während des Volksaufstands in der Forschung bereits ausführlich dargelegt worden ist. Schorn stand mit antikommunistischen Widerstandsgruppen in Westberlin in Kontakt und wurde 1952 vom MfS mit dem Ziel angeworben, über deren Tätigkeit zu berichten sowie Kontakt zu anderen westlichen Diensten aufzunehmen. Während des Volksaufstandes gehörte er zur Streikleitung in Merseburg und war an der Erstürmung der dortigen Stasi-Kreisdienststelle beteiligt. Er setzte sich nach Westberlin ab und rief zusammen mit anderen Streikführern das Komitee „17. Juni“ ins Leben. Leitende Mitglieder dieser Vereinigung wurden später vom MfS entführt und im Juni 1954 in einem Schauprozess vor dem Obersten Gericht als vermeintliche Hintermänner des 17. Juni abgeurteilt. Schorn sollte Hauptangeklagter werden, entging jedoch mehreren Entführungsversuchen der Staatssicherheit.²³⁹

Mit der Organisation Gehlen kam Schorn Anfang 1953 in Kontakt. Im Februar wurde er von einer Westberliner Filiale der Generalvertretung H als potentielle Quelle oder Kurier in Pullach zur Überprüfung eingereicht. Im März erfolgte die offizielle Anmeldung des Agenten V-2368,11.²⁴⁰ Obwohl Schorn als Angestellter der Finanzverwaltung der Leuna-Werke eine gute Wirtschaftsquelle gewesen wäre, erhielt er vorrangig einen militärischen Spionageauftrag. Diese Entscheidung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Dienststelle seines V-Mannführers in Westberlin keinen Auftrag für Wirtschaftsaufklärung hatte. Es scheint, dass sich Schorn im Auftrag des MfS von der Organisation Gehlen anwerben ließ, da er seine Kontakte zur Staatssicherheit verschwieg.²⁴¹ Schorns Aussage – die er nach

238 GV B an Zentrale, Bericht, 27.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 179.

239 Eisenfeld u.a. (Hg.), Die verdrängte Revolution, S. 501-584; Fricke/Engelmann, Tag X, S. 143–146, 173–175; Kowalczuk, 17. Juni, S. 201–203; Ilko-Sascha Kowalczuk und Tom Sello (Hg.), Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 72–76.

240 Karteikarte Schorn; Anmeldung V 2368,11, 30.03.1953, BND-Archiv Operativ V-2368,11, Blatt 1 und 6.

241 Anlage 1a zur Anmeldung des V 2368,11 [Lebenslauf], undatiert [März 1953], BND-Archiv Operativ V-2368,11, Blatt 11.

Bekanntwerden seiner MfS-Verbindungen später im Westen machte – dass er, „dem ostzonalen SSD nur fabrizierte und gefälschte Berichte (gebracht hatte), die vorher in Westberlin aufgestellt wurden und somit die Abwehr des SSD bewusst irreführten“ trifft zumindest für seine Tätigkeit als Agent der Organisation Gehlen nicht zu.²⁴²

Von seiner Rolle während des 17. Juni 1953 erfuhr die Organisation Gehlen erst nach dessen Flucht in den Westen. Obwohl Schorn den Unterlagen zufolge bereits am 20. Juni 1953 im Berliner Flüchtlingslager Am Sandwerder eingetroffen war und seinem Verbindungsoffizier einen unmittelbaren Bericht über die Ereignisse in Merseburg hätte geben können, ist nach Aktenlage weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt jemals eine gezielte Befragung erfolgt. Nach seiner Flucht als Quelle unbrauchbar, wurde er im Juli „stillgelegt“ und zum 1. August 1953 abgeschaltet.²⁴³ Aus der Akte geht nicht hervor, dass Schorn je wieder mit der Organisation Gehlen oder dem BND in Verbindung getreten ist.

Eine Beteiligung Schorns am Volksaufstand im Auftrag der Organisation Gehlen ist angesichts der allgemeinen Anweisung an die Gewährsleute auszuschließen. Auch die Erteilung eines besonderen Auftrages ist kaum wahrscheinlich, da er als unerprobte Quelle erst drei Monate für die Organisation Gehlen arbeitete und überdies wenig vertrauenswürdig erschien. Er galt als „sprunghaft und unausgeglichen“, was seinen V-Mann-Führer dazu bewog, ihn als für „ND-Arbeit nicht geeignet“ zu qualifizieren.²⁴⁴ Aus Perspektive des MfS war die Rolle Schorns während des 17. Juni 1953 in zweifacher Hinsicht ärgerlich. Nicht nur, dass sich einer ihrer Zuträger an exponierter Stelle an der Erhebung gegen das SED-Regime beteiligt hatte, mit der Flucht Schorns in den Westen verlor das MfS auch eine Gegenspionageverbindung in den Pullacher Dienst.

Im Gegensatz zur Organisation Gehlen kann die versuchte Einflussnahme antikommunistischer Widerstandsgruppen und der Ostbüros von SPD und DGB auf den Ablauf der Ereignisse am 17. Juni 1953 in der DDR als gesichert gelten. Eine Herbeiführung des Aufstandes ist auszuschließen, da alle Beteiligten vom Ausbruch des Aufstandes überrascht wurden. Gleichwohl

242 Zitat nach Kowalczyk, 17. Juni, S. 202.

243 Karteikarte Schorn, BND Operativ V-2368,11, Blatt 3.

244 Abschaltmeldung V-2368,11, 23.08.1953, BND Operativ V-2368,11, Blatt 10.

verfolgten alle diese Organisationen mit unterschiedlicher Intensität das Ziel, durch Sabotage und Propagandaaktionen den Widerstand in der DDR-Bevölkerung zu stärken. Sie wurden dabei im Sinne der Befreiungspolitik von amerikanischen Diensten unterstützt. Der Volksaufstand offenbarte die Grenzen dieser Strategie: Denn angesichts eines drohenden bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion schreckte der amerikanische Sicherheitsapparat vor einer Unterstützung der Aufständischen zurück.²⁴⁵

Die Frage, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln versucht wurde, auf die Dynamik der Demonstrationen Einfluss zu nehmen, beschäftigte auch die Organisation Gehlen. In Berichten an die Zentrale, die aus den Tagen nach dem Aufstand stammen, finden sich Hinweise, dass derartige Bestrebungen westlicher Stellen verfolgt wurden. Außerdem ist ein zusammenfassender Bericht überliefert, der wahrscheinlich zur Unterrichtung der Leitung anfertigt wurde.²⁴⁶ Diese Ausarbeitung geht vermutlich auf Ebrulf Zuber zurück, der bereits zuvor über diese Fragen nach Pullach berichtet hatte. Ob diese Unterrichtung auf Eigeninitiative zurückzuführen ist oder auf Weisung der Zentrale erfolgte, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Möglicherweise verbarg sich dahinter die Absicht, die Einflussmöglichkeiten dieser Organisationen in der DDR zu untersuchen. Für Zuber dürfte die in den DDR-Medien am 17. Juni erhobene Behauptung ausschlaggebend gewesen sein, der Aufstand sei von westlichen Stellen herbeigeführt worden.²⁴⁷ Am 21. Juni meldete er nach Pullach, dass die Demonstrationen in Ostberlin sich „durch sofortige Entflammung der Leidenschaften seitens Westberliner Parteien, Gewerkschaften und sonstiger Organisationen“ in einen Volksaufstand verwandelt hätten.²⁴⁸ Als einzigen Beleg nannte er die Verteilung von Flugblättern durch die Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge

245 Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 731–754; Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, Oldenburg 1991, S. 98–108, Margret Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Bonn 1996, S. 295–302.

246 Anonym [Ebrulf Zuber?], Angebliche Vorbereitungen und Steuerung der Unruhen am 16./17.6.1953 durch westliche Stellen und aktive Beteiligung westlicher Organisationen an den Unruhen, undatiert [Juli 1953], BND-Archiv 1172, Blatt 147–161. Sowohl Sprachduktus als auch die angeführten Quellen deuten auf Zuber als Autor hin. Als Entstehungszeitraum kann Ende Juni/ Anfang Juli 1953 angenommen werden. Das späteste erwähnte Datum ist der 24. Juni 1953.

247 Im zusammenfassenden Bericht werden Rundfunk- und Zeitungskommentare aus der DDR als Belege angeführt. Am 21. Juni 1953 berichtete er an die Zentrale, dass einer seiner Quellen in einem Ostberliner Ministerium die in den DDR-Medien erhobene Behauptung stützen würde. BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), Brief, 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 151 sowie Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], BND-Archiv 1172.

248 BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 151.

(VPO).²⁴⁹ Helmut Kleikamp, der als Vertreter der Organisation Gehlen in Berlin Gespräche mit politischen Repräsentanten und Westberliner Sicherheitsbehörden führte, äußerte sich über das westliche Engagement zurückhaltender:

*Irgendwelche neuen politischen Erkenntnisse aus der Lage sind bisher noch nicht eingelaufen. Man versucht natürlich mit allen Mitteln, die Schuld an den Geschehnissen dem Westen unterzuschieben, was allerdings allseits ein gewisses Lächeln hervorruft. Ich glaube, dass unsere östlichen Sowjetfreunde selbst noch nicht wissen, wie sie die Lage, die ihnen das Konzept verdorben hat, nun weiterführen sollen.*²⁵⁰

Die später entstandene Ausarbeitung listet verschiedene Einzelerkenntnisse aus dem Umfeld der Ostbüros von SPD und DGB, sowie KgU und UfJ sowie dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen auf, die mit Augenzeugenberichten während der Demonstrationen sowie Rundfunk- und Presseberichterstattung aus der DDR ergänzt waren. Von den aufgeführten Beispielen gehen nur drei auf Berichte aus erster Hand zurück. Die übrigen Angaben beruhen auf Aussagen von unbekanntem Gewährsmännern, mithin auf Hörensagen von Mitarbeitern der Organisation Gehlen. Das Fehlen einer Bewertung deutet darauf hin, dass sich der Autor hinsichtlich der Verlässlichkeit der zusammengetragenen Informationen wohl unsicher war.

In ihrer Substanz könnten die Erkenntnisse trotz der schwer zu beurteilenden Validität zutreffend sein. Der Bericht enthält Angaben von einer „zuverlässig beurteilten Quelle von unbekanntem Gewährsmann“, die von Gesprächen der SPD- und DGB-Ostbüros mit Vertrauensleuten aus der DDR wissen wollte, bei denen eine Vorbereitung von Streiks in den Tagen vor dem 17. Juni erfolgt sein soll.²⁵¹ Dies findet in dieser Form in der Literatur bislang keine Bestätigung. Dass Begegnungen stattfanden, stimmt hingegen mit den Äußerungen des SPD-Ostbüroleiters Stephan Thomas überein, der am 17. Juni mit Arbeitern aus dem Hennigsdorfer Stahlwerk in Kontakt stand,

249 BV E (Ebrulf Zuber) an Gay (Siegfried Graber), 21.06.1953, BArch B 206/934, Blatt 152.

250 „Feuerversicherung Berlin“ (Helmut Kleikamp) an „SWU“ (Dienststelle 33), Bericht über Besprechungen am 19.06.1953, 20.06.1953, S. 1–2, hier S. 2, BND-Archiv 120826, Blatt 1527–1528, hier 1528.

251 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 1, BND-Archiv 1172, Blatt 147.

diese aber von einem Generalstreik abgehalten haben will.²⁵² Vorstellbar ist auch die von der gleichen Quelle geschilderte Beratung zwischen der KgU und den erwähnten Ostbüros in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1953, die unter dem Eindruck der ersten Kundgebungen in Ostberlin stand:

*(Es) wurden Flugblätter hergestellt und verschickt. Auf diesen Flugblättern wurden die Ereignisse vom 16.6.1953 in Ost-Berlin stark übertrieben wiedergegeben und die Regierung der SBZD als praktisch „bereits gestürzt“ bezeichnet. Die versammelten Vertreter der erwähnten westberliner Organisationen einigten sich darauf, über „Verbindungsorgane“ auf die für 17.6.1953 in Ostberlin vorgesehenen Demonstrationen Einfluss zu nehmen und eine Steuerung an bestimmten Schwerpunkten zu versuchen.*²⁵³

Die Herstellung von Flugblättern in Westberlin am Vorabend des 17. Juni sowie deren spätere Verteilung ist bekannt.²⁵⁴ Die weiteren Einlassungen erscheinen gleichfalls plausibel, da sich unter den Demonstranten auch Vertrauensleute der Ostbüros befanden und ehemalige SPD-Mitglieder als Streikführer in Erscheinung traten.²⁵⁵ Ob dies auf die gezielte Planung zurückzuführen ist, muss ebenso dahingestellt bleiben, wie die erwähnte Entsendung von V-Leuten der Ostbüros und der KgU in die Regionen während der Nacht auf den 17. Juni, um für den kommenden Tag einen Generalstreik auszurufen.²⁵⁶ Ausschlaggebend für die Ausbreitung des Volksaufstandes war nach gegenwärtiger Forschungslage vor allem die Berichterstattung des RIAS.²⁵⁷

Führt der Bericht bis zu diesem Punkt vermeintliche Planungen an, die zunächst nur Versuche eine Instrumentalisierung des in der DDR zu Tage tretenden

252 Buschfort, Ostbüro, S. 94.

253 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 2, BND-Archiv 1172, Blatt 148.

254 Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 69–75; Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 749–750.

255 Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 135–141; Buschfort, Ostbüro, S. 95.

256 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 1–2, BND-Archiv 1172, Blatt 147–148.

257 Im Widerspruch zur gängigen Darstellung verweist Fricke darauf, dass die Bedeutung des RIAS nicht überschätzt werden dürfe und macht dies am Entstehen lokaler Forderungsprogramme fest, die sich von den über den RIAS verbreiteten Forderungen der Ostberliner Bauarbeiter unterschieden. Dass die Berichterstattung des Senders selbst über die Ereignisse in Ostberlin mobilisierend wirkte, stellt er nicht in Frage. Fricke, Zur Geschichte, S. 41–42, 45.

Unmutes belegen, so werden im Weiteren Augenzeugenberichte angeführt, die den Erfolg dieser Absichten in Frage stellen. So verstanden es die

Westberliner Agitatoren, die den marschierenden Arbeiterkolonnen am 17.6.1953 beigegeben wurden, [...] nicht, mit den demonstrierenden Arbeitern Kontakt zu bekommen. Sie wurden schnell isoliert und konnten deshalb die Lenkung der Aktionen nicht an sich reißen.²⁵⁸

Andere Demonstrationsteilnehmer machten westberliner Jugendliche, die mit der KgU in Verbindung gestanden haben sollen, als Urheber gewalttätiger Ausschreitungen aus. Derartige militante Aktionen gehörten zur Strategie dieser Organisation. Ob sie am 17. Juni im Auftrag oder aus eigener Initiative handelten, lässt der Bericht offen.²⁵⁹

Eine realistische Einschätzung der westlichen Bemühungen um den 17. Juni findet sich im Bericht von zwei Gewährsleuten aus dem Gesamtdeutschen Ministerium:

Diese Demonstrationen der ostdeutschen Bevölkerung wurden seitens West-Berlins und der Bundesrepublik ähnlich dilettantenhaft ausgewertet, wie überhaupt der Kampf um die Einheit Deutschland geführt wird. Von Vorbereitungen irgendeiner Art seitens des Westens kann überhaupt keine Rede sein, da solche hätten mehr spürbar werden müssen. Bezeichnend ist doch schließlich gewesen, dass selbst die Alliierten dieser gegebenen Situation nicht zu begegnen wussten. Zweifellos ist es möglich, dass nach Bekanntwerden der Demonstrationen westliche Stellen nachgeholfen haben; doch ist der Ursprung in der ehrlichen Verbitterung der Bevölkerung zu suchen.²⁶⁰

258 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 3, BND-Archiv 1172, Blatt 149.

259 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 3, BND-Archiv 1172, Blatt 149, zur Rolle der KgU am 17. Juni, Fricke/Engelmann, Tag X, S. 72–75; Enrico Heitzer: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg (1948–1959), erscheint 2013 im Böhlau-Verlag.

260 Angebliche Vorbereitungen, undatiert [Juli 1953], S. 7, BND-Archiv 1172, Blatt 153.

Schlussbemerkung

Am Beispiel des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zeigen sich die Möglichkeiten und Grenzen der DDR-Spionage der Organisation Gehlen recht deutlich. Abgesehen von der Militärspionage verfügte der Dienst damals weder über die strukturellen Voraussetzungen für eine Aufklärung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, noch maß er diesen Fragen besondere Bedeutung bei. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die sowjetische Deutschlandpolitik. Deren vermutete Konzepte prägten nicht nur die Bewertung der Entwicklung in der DDR, sondern sie wurden vor allem mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik der Bundesrepublik analysiert. Im Vorfeld des Aufstandes glaubte die Organisation Gehlen im Versuch der sowjetischen Führung, die prekäre Lage in der DDR durch einen Kurswechsel zu stabilisieren, eine deutschlandpolitische Initiative der sowjetischen Führung zu erkennen, die sich gegen die von der Regierung Adenauer verfolgte Westbindung der Bundesrepublik richtete.

Der Volksaufstand brach – wie für alle Nachrichtendienste in West und Ost – auch für die Organisation Gehlen überraschend aus. Ob die Unruhen im Vorfeld hätten erkannt werden können, ist bei der historischen Bewertung weniger von Bedeutung als vielmehr die Frage nach einer zutreffenden Einordnung der Ereignisse und der daraus resultierenden Berichterstattung. In dieser Hinsicht war der 17. Juni für die Organisation Gehlen kein Ruhmesblatt. Aufgrund der Vorannahmen vermutete man in Pullach hinter der Erhebung in Ostdeutschland politische Absichten der sowjetischen Führung. Die dem 17. Juni tatsächlich zugrunde liegenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen konnten nur mit einiger Verzögerung annähernd zutreffend eingeordnet werden. Dies erfolgte erst, nachdem sich die vermutete sowjetische Urheberchaft nicht belegen ließ und den inneren Vorgängen in der DDR bei der Lagebeurteilung mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Den Ablauf und die Niederschlagung des Volksaufstandes konnten trotz eines nahezu flächendeckenden Agentennetzes in der DDR von Pullach nicht beobachtet werden. Als die Organisation Gehlen am Nachmittag des 17. Juni

auf die Vorgänge aufmerksam wurde, brach infolge der Grenzschießung der Kontakt zu den Gewährsleuten in der DDR für etwa eine Woche ab. So war nur eine nachträgliche Rekonstruktion der Ereignisse möglich. Was die Organisation Gehlen schließlich über den Aufstand in Erfahrung brachte, basierte vorwiegend auf den Erkenntnissen des auf Militärsplionage ausgerichteten Agentennetzes. Da es keine aussagekräftigen Quellen gab, die eine tiefer gehende Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zuließen, beschränkte sich die Berichterstattung über den Aufstand in diesen entscheidenden Bereichen auf nur cursorische Angaben. Trotz dieser defizitären Informationsgrundlage konnte sich der Gehlen-Dienst im Sommer 1953 nicht zu einer vollständigen Revision seiner These eines von östlicher Seite inszenierten Aufstandes entschließen. Sehr dicht und zutreffend hingegen berichtete die Pullacher Aufklärung nachträglich über die militärischen Vorgänge während des Volksaufstandes.

Eine Beteiligung der Organisation Gehlen am 17. Juni – wie von der DDR-Propaganda behauptet – kann definitiv ausgeschlossen werden. Dagegen spricht schon die Interpretation der Unruhen als ein von Moskau herbeigeführter Aufstand, das späte Reagieren auf die Vorgänge und nicht zuletzt ein allen Agenten erteiltes Verbot, sich durch regimekritische Äußerungen oder Taten der Gefahr einer Verhaftung auszusetzen. Es existiert weiterhin kein Dokument, das als Beleg für eine aktive Rolle Pullachs gelten könnte.

Die Fehlwahrnehmung des Volksaufstandes wie auch die organisatorischen Schwierigkeiten der Aufklärung waren nicht nur ein Problem der Organisation Gehlen, sondern sie betrafen auch andere westliche Nachrichtendienste. Doch wie die Berichterstattung des Verfassungsschutzes zeigt, kann diese Einschätzung nicht verallgemeinert werden. Nicht nur das BfV, sondern etwa auch das Ostbüro der SPD sowie – so legt es die Forschung inzwischen nahe – andere geheimdienstlich gegen die DDR arbeitenden Organisationen, wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, verfügten über Möglichkeiten, die Entwicklungen in der DDR vor und während des Volksaufstandes zu verfolgen und die Fähigkeit, die Lage zutreffend einzuschätzen.²⁶¹

Diese augenfällige Diskrepanz hinsichtlich Expertise und operativen Möglichkeiten der Organisation Gehlen und der anderen deutschen Dienste dürfte auf unterschiedliche Erkenntnisinteressen bei der Analyse der Entwicklung in der DDR zurückzuführen sein. Soweit bislang erkennbar, hielt

261 Buschfort, Ostbüro, S. 95–102; Fricke/ Engelmann, Tag X, S. 71–73.

sich die Kritik der CIA wie auch des Kanzleramtes an den Leistungen der Pullacher Aufklärung in doch recht bescheidenen Grenzen. Der amerikanische Dienst erhielt nachträglich, was ihn vorrangig interessierte: ein dichtes Meldungsbild über die militärischen Entwicklungen. Die Bundesregierung, welche die Organisation Gehlen als Auslandsnachrichtendienst zu übernehmen beabsichtigte, schätzte den Pullacher Dienst offenbar nur in zweiter Linie wegen seiner Erkenntnisse über die DDR. Für die Berichterstattung über die Vorgänge östlich der Elbe konnte sie auf andere Institutionen zurückgreifen. Dieser konkurrierenden Unterrichtung dürfte es zu verdanken sein, dass die von Pullach nach Bonn übermittelten Fehleinschätzungen keine bleibenden Spuren hinterließen.

Daran schließt sich die noch zu klärende Frage an, welche Bedeutung die Organisation Gehlen als potentieller bundesdeutscher Auslandsnachrichtendienst der DDR-Aufklärung überhaupt beimaß. Einstweilen muss auch offen bleiben, ob die 1953 dominierende militärische Informationserhebung etwa auf einen Mangel an Entfaltungsmöglichkeiten unter der Ägide der CIA zurückzuführen ist. Gegenwärtig spricht nicht viel dafür. Aus der Einsatznachbereitung ist nicht zu erkennen, dass der amerikanische Dienst seine bereits vorhandene Unterstützung beim Ausbau der klar defizitären Aufklärungszweige verweigert oder geschmälert hätte. Zudem bestand weiterhin die erklärte Absicht, die Organisation Gehlen der Bundesregierung als Auslandsnachrichtendienst mit umfassenden Kompetenzen zur Verfügung zu stellen. Welche internen Faktoren haben die Leistungsfähigkeit Pullachs also eingeschränkt? Hatte die militärisch geprägte Organisation Gehlen überhaupt ein Eigeninteresse an ziviler Aufklärung entwickelt und verfügte sie über die dafür notwendige Expertise? Danach sieht es gegenwärtig nicht aus, wie am Beispiel des Volksaufstandes beim derzeitigen Stand der Aktenerschließung gezeigt wurde. Im Sommer 1953 führten die Defizite der Organisation Gehlen nicht zu größeren Friktionen. Der Dienst konzentrierte sich auf die Beseitigung organisatorischer Mängel. Eine grundsätzliche Revision der defizitären DDR-Aufklärung blieb aus.

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte
des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968

Wilhelm-Röpke-Str. 6c
35032 Marburg
mail@uhk-bnd.de
www.uhk-bnd.de

Druck und Bindung: Bundesnachrichtendienst
Gestaltung: David Löhr

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte biblio-
grafische Angaben sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

2. überarbeitete Auflage, Marburg, Juni 2013

ISBN 978-3-9816000-0-1